

Die Flucht nach vorne

Das Ende des Prager Frühlings 1968



Die Radio-Berichterstattung des ORF über die Invasion der Warschauer-Pakt-Truppen in die CSSR im August 1968,
ihre Ursachen und Folgen

verfasst von

Mag. Tina Plasil

Inhaltsverzeichnis

1. Vorausgegangene Ereignisse und Ursachen für die Intervention

1.1. Hintergrundinformation

1.2. Berichterstattung über die Dubcek-Ära vor dem 21. August 1968 in den ORF-Journalen

1.2.1. Österreich zu den Reformen in der Tschechoslowakei

1.2.2. Das Ende der Ära Novotny

1.2.3. Veränderungen in der Ära Dubcek

1.2.4. Was ist Kommunismus?

1.2.5. Kritik und Unterstützung durch die Bruderstaaten

1.2.6. Spekulationen über Verhandlungsergebnisse und tatsächliche Vorgänge

1.2.7. Die Angst vor einer möglichen Intervention

2. Sieben Tage im August: Der Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die Tschechoslowakei

2.1. Die Ereignisse vom 21. bis 28. August 1968 (Hintergrundinformation)

2.2. Die Okkupation in den ORF-Journalen: Die Berichterstattung

2.2.1. Die Geburt des Morgenjournals

2.2.2. Sendungsaufbau

2.2.3. Schlüsselfiguren der Information

2.2.4. Telefonverbindung mit Prag und Moskau

2.3. Die Okkupation in den ORF-Journalen: Die Inhalte

- 2.3.1. Lage und Ereignisse – ein chronologischer Bericht
- 2.3.2. Sicherheiten, Warnungen und Hinweise des ORF
- 2.3.3. Widerstand der Bevölkerung
- 2.3.4. Rolle der tschechoslowakischen Medien
- 2.3.5. Manipulation und Propaganda in der Sowjetunion und DDR
- 2.3.6. Sonderstellung: Jugoslawien und Rumänien, sowie China, Albanien und Kuba
- 2.3.7. Die Rolle der UNO
- 2.3.8. Die Meinung von westlichen und neutralen Staaten und ihren Kommunistischen Parteien
- 2.3.9. Haltung und Maßnahmen in Österreich
- 2.3.10. Grenzen – Einreise, Ausreise, Durchreise

2.4. Diskussion: Die Intervention in den ORF-Journalen und in der Literatur

- 2.4.1. Okkupation, Inhaftierung und außerordentlicher Parteitag
- 2.4.2. Kollaborateure
- 2.4.3. Die Moskaureise – der Anfang vom Ende
- 2.4.4. Medien und Widerstand
- 2.4.5. Das Gewicht der UNO
- 2.4.6. Österreich in der CSSR-Krise

3. Der Rückschritt in die Normalität – Eine Übersicht

3.1. Medien

3.2. Zeittafel

3.3. Einzelschicksale

4. Literatur

1. Vorausgegangene Ereignisse und Ursachen für die Intervention

1.1. Hintergrundinformation

Die Tschechoslowakei befand sich seit dem Anfang der 1960er Jahre in einer tiefen ökonomischen und gesellschaftlichen Krise. Die Wirtschaft stagnierte durch das bürokratisch-zentralistische Plansystem, politisch Verfolgte und Verurteilte der 1950er Jahre wurden nicht rehabilitiert. Die „Tauwetterperiode“, die seit dem Tod Stalins 1953 in der Sowjetunion und den meisten anderen Staaten des Ostblocks einsetzte, ließ die CSSR unberührt. Der damalige Chef der kommunistischen Partei (KPC) und Staatspräsident, Antonin Novotny, war ein konservativer Stalinist, der am orthodoxen Kurs festhielt und Liberalisierung und Reformen verhinderte.¹ Das Zentralkomitee und die Nationalversammlung (Parlament) wurden weitgehend ausgeschaltet.²

In der Novotny-Ära ging es mit der Wirtschaft bergab: Der Reallohn sank, das Bruttonationalprodukt stagnierte, die Auslandsschulden stiegen, selbst die Versorgung der Bevölkerung war nicht mehr gesichert.³ 1963 kollabierte der dritte Fünfjahres-Wirtschaftsplan. Erst dieses Ereignis brachte Novotny dazu, ein Team von Wirtschaftsexperten zusammenzustellen, die das Land aus der ökonomischen Krise führen sollte. Die Gruppe, angeführt von dem späteren stellvertretenden Ministerpräsidenten der Dubcek-Regierung Ota Sik, setzte Reformen mit Elementen der Marktwirtschaft durch. Langsam begann die Reformbewegung auch auf andere Gebiete der tschechoslowakischen Gesellschaft überzugreifen. Weitere Experten untersuchten historische, politische und juristische Ereignisse der 1950er Jahre, gleichzeitig kam es zu wissenschaftlichen und technischen Weiterentwicklungen. Journalisten und Künstler unterstützten alle diese Bestrebungen.⁴

Die Entwicklungen in der Tschechoslowakei blieben von den anderen Warschauer-Pakt-Staaten nicht unbemerkt. 1964 löste Leonid Breschnew Nikita Chrutschow als Staatschef der Sowjetunion ab. Er beobachtete die CSSR mit Unbehagen.

Die Lage spitzte sich zu. Am vierten Schriftstellerkongress im Sommer 1967 kritisierten die führenden tschechoslowakischen Schriftsteller wie Pavel Kohout, Vaclav Havel, Milan Kundera und Ludvik Vaculik öffentlich die gesamte Ära des Bildungssozialismus in der CSSR. Sie machten die kommunistischen Parteiführer für die materielle und gesellschaftliche Zerstörung ihres Landes verantwortlich. Eine Studentendemonstration am 31. Oktober 1967 wurde von der Polizei niedergeschlagen. Zum ersten Mal seit dem Zweiten

¹ www.kssursee.ch

² Schott, Harald. Worte gegen Panzer. Der Prager Frühling 1968. Recklinghausen 1991. S. 11

³ Ders. S.12

⁴ Radio Prag, 17.08.1998

Weltkrieg kam es zu einer Hinorientierung zum Westen. Bei einer Sitzung der KPC kritisierten Mitglieder des Zentralkomitees die Parteispitze. Antonin Novotny, der seine Position als Parteichef gefährdet sah, entschied eigenhändig, den sowjetischen Staatschef Leonid Breschnew einzuladen, um den Parteistreit zu lösen. Breschnew kam Anfang Dezember. Sein Kommentar: Das ist eure Angelegenheit.⁵ Antonin Novotny wurde am 5. Januar 1968 als Chef der Kommunistischen Partei vom gemäßigten Alexander Dubcek abgelöst, blieb aber vorerst noch Staatspräsident.⁶ Mit diesem Personalwechsel war ein erster entscheidender Sieg im Kampf gegen die Konservativen der Stalinzeit gelungen: Die Trennung von Partei und Staat.⁷

Alexander Dubcek war ein relativ junger, unbekannter Politiker. Sein freundliches und formloses Auftreten schenkte ihm Popularität, er wusste die Medien zu nützen.⁸ Hoensch charakterisiert Dubcek als bescheidenen, oft sogar etwas unbeholfen wirkenden Mann, der bewusst jede überragende Erklärung oder Aufsehen erregende personelle Maßnahme verhinderte. Am 29. und 30. Januar 1968 sprach er bei seinem Antrittsbesuch in Moskau zwar von der Notwendigkeit geringer interner Reformen, strich aber den Wunsch zur engsten Kooperation mit der UdSSR sowie den Gremien der Warschauer-Pakt-Organisation (WPO) und des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) heraus. Doch schon bei den Feierlichkeiten am 21. und 22. Februar 1968 anlässlich des 20. Jahrestags der kommunistischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei konkretisierte Dubcek in seiner Ansprache einige Reformen: Dazu gehörten die Ausrichtung der Außenpolitik der CSSR nach den Grundsätzen der Gleichberechtigung, dem gegenseitigen Nutzen und der internationalen Solidarität. Auch die Missachtung von Bürgerrechten sollte künftig „auch nicht im geringsten Maße“ mehr geduldet werden.⁹

Bei ebendiesem Treffen sprachen die Vertreter der Sowjetunion ihr volles Vertrauen in Dubcek aus, machten aber gleichzeitig deutlich, wie genau sie die Vorgänge in der CSSR beobachteten. Obwohl die Feierlichkeiten als kollektive Bestätigung von Dubcek's Team gesehen wurden, erwarteten die Sowjets, dass ihr diskret ausgedrückter Unmut einen tschechoslowakischen Umbruch auslösen würde. Dubcek und seine Kameraden hatten diese Signale scheinbar missverstanden und nahmen an, dass Moskau mit ihrem Reformkurs einverstanden war.¹⁰

Im März 1968 wurde bekannt, dass Novotny die Verhaftung des Reformflügels geplant hatte und eine Namensliste mit 1.030 Personen existierte. General Janko, der mit seiner

⁵ Radio Prag, 18.08.1998

⁶ Radio Prag, 17.08.1998

⁷ Schott, S. 13

⁸ Radio Prag, 17.08.1998

⁹ Hoensch, Jörg K. Geschichte der Tschechoslowakei. Stuttgart-Berlin-Köln 1992. S. 165

¹⁰ Williams, Kieran. The Prague Spring and its aftermath. Czechoslovak politics, 1968-1970. Cambridge University Press, 1997. S. 66 f.

Panzerdivision die Verhaftungen durchführen hätte sollen, beging nach Veröffentlichung des Plans Selbstmord. Novotny musste vom Präsidentenamt zurücktreten.¹¹

Am 30. März 1968 verlor Antonin Novotny das Amt des Staatspräsidenten an General Ludvik Svoboda, einen beliebten Politiker, der auch in der UdSSR respektiert wurde (Radio Prag, 18.08.1998). Das Amt des Parlamentspräsidenten übernahm am 18. April der vor allem von der Jugend verehrte Josef Smrkovsky. Hoensch beschreibt ihn als extrovertierter und weniger von Skrupeln geplagt als Parteichef Alexander Dubcek.¹² Josef Smrkovsky wurde zum Motor und Repräsentanten der Reformbewegung. Bei einer Begegnung mit Jugendlichen sagte er:

„Ihr habt also gedacht, dass die Sowjetunion bestimmt, wie es bei uns in der Republik lang geht. Also wenn jemand noch so etwas denkt, dann kann ich euch, meine jungen Freunde, sagen, ihr täuscht euch schrecklich. Die Zeiten sind schon vorbei.“¹³

Am 21. März 1968, dem Tag, an dem Novotny offiziell bekannt gab, dass er die Präsidentschaft zurücklegen werde, erhielt Dubcek einen Anruf von Breschnew, der ihn umgehend in die DDR zitierte. Mit dem Gipfeltreffen in Dresden am 23. März gingen die Sowjets ohne Umschweife von diskretem Signalisieren zu direkten Forderungen über.¹⁴ Dubcek hatte ein Treffen aller Ostblockstaaten erwartet, um über wirtschaftspolitische Fragen zu diskutieren. Tatsächlich hatte Breschnew gelogen: Weder waren Vertreter Rumäniens und Jugoslawiens anwesend, noch standen wirtschaftliche Belange auf der Tagesordnung. Zur Debatte stand ausschließlich die Lage in der CSSR. Ulbricht, Breschnew, Gomulka, Kádár und Schiwkow, die Vorsitzenden der fünf anwesenden Warschauer-Pakt-Staaten, beschuldigten die tschechoslowakische Delegation, die Situation nicht mehr unter Kontrolle zu haben. Sie sprachen von dem Zulassen einer Meinungsvielfalt, die an eine Konterrevolution grenzte.

„Mit Bedauern stellte ich fest, dass Gomulka mich am schärfsten kritisierte; Ulbricht stand ihm freilich an Arroganz kaum nach. Breschnew setzte die Miene des besorgten Vaters auf, seine Worte waren aber ebenso beißend wie die Gomulkas und Ulrichts.“

¹¹ www.medienladen-ev.de

¹² Hoensch, S. 166

¹³ Radio Prag, 18.08.1998

¹⁴ Williams, 1997, S.70

Die Konferenz endete in frostiger Stimmung, es gab keine gemeinsame Erklärung, lediglich ein förmliches Schlusskommuniqué, denn man war in allen Punkten uneinig gewesen.¹⁵ Der Ausgang dieses Gipfels wurde jedoch bewusst vor der tschechoslowakischen Öffentlichkeit verheimlicht.¹⁶

Unmut und Druck von Seiten Moskaus waren nicht unbegründet - die neue tschechoslowakische Parteiführung wollte einiges in ihrem Land umkrepeln. Sie plante ein umfassendes politisches Reformprogramm, das unter dem Schlagwort „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ bekannt wurde. Das Programm beinhaltete Pressefreiheit, Aufhebung der Zensur, Demokratisierung, Versammlungsfreiheit, Abbau des Zentralismus, wirtschaftliche Reformen mit einem Abrücken von der Planwirtschaft. Auch das Machtmonopol der Kommunistischen Partei sollte eingeschränkt¹⁷ und die stalinistische Vergangenheit aufgearbeitet werden - insbesondere die Fälle der über 120.000 politisch Inhaftierten der letzten zwanzig Jahre sollten untersucht werden.¹⁸ „Eine neue Phase einer sozialistischen Revolution in einer Epoche nicht-antagonistischer Beziehungen“ sollte eingeleitet werden, wobei der Kommunistischen Partei nur die Rolle einer organisierten, entscheidenden, progressiven Kraft in der Gesellschaft zukommen sollte.¹⁹

Am 6. April 1968 trat die Regierung unter Ministerpräsident Josef Lenart zurück, ihm folgte Oldrich Cernik, ein Vertrauter Dubceks. Frantisek Kriegel wurde Vorsitzender der Nationalfront, Jiri Hajek Außenminister und Josef Pavel Innenminister.²⁰ Am 8. April 1968 wurde die neue CS-Regierung vereidigt, der neue Ministerpräsident Oldrich Cernik machte sich sogleich an die Umsetzung der Beschlüsse. Am 10. April wurde das letzte Konzept des Aktionsprogramms veröffentlicht. Williams bezeichnet es als begriffsstutzig, widersprüchlich und aufgebläht. Der reformorientierte ungarische Parteichef Janos Kadar verhöhnte es als „große Null“. Am 6. Mai 1968 bezeichnete Breschnew das Programm als schlecht, weil es Möglichkeiten für die Wiederherstellung des Kapitalismus offen lasse. Die tschechoslowakische Bevölkerung hingegen nahm es positiv auf, jedoch nahmen sich wenige die Zeit, es gründlich zu überprüfen. Auch die Parteimitglieder hatten zum Großteil den Inhalt nur überflogen.²¹

Am 4. Mai reisten Dubcek, Smrkowsky, Cernik und Bilak nach Moskau. Breschnew und Kossygin drückten ihre Sorge aus, dass der Kommunismus seine zentrale Rolle verlieren könnte und dass die Intellektuellen auf Kosten der Arbeiter an Gewicht gewinnen würden. Die tschechoslowakische Delegation entgegnete, dass sie den Kommunismus nicht schmälern, sondern vielmehr durch die Unterstützung von Volk und Arbeiterschaft stärken

¹⁵ Dubcek, Alexander. Leben für die Freiheit. München 1993. S. 211 ff.

¹⁶ Williams. S.72

¹⁷ www.kssursee.ch

¹⁸ www.friedenspaedagogik.de

¹⁹ Hoensch. S.166

²⁰ Kun, Miklos. Prague Spring – Prague Fall. Blank Spots of 1968. Budapest, 1999. S. viii-ix

²¹ Williams. S. 73

wollte. Bezuglich der Aufhebung der Pressezensur meinten sie, dass nach einigen anfänglichen Ausreißern nun alles unter Kontrolle wäre.²²

Hoensch sieht Dubcek als loyalen Zentristen und keinesfalls als radikalen Neuerer. Er wurde mit dem reformerischen Tatendrang seiner Umgebung mitgerissen, und konzentrierte sich vor allem darauf, die wachsenden Spannungen in Partei und Regierung auszugleichen. Vor dem Plenum des Zentralkomitees vom 29. Mai bis 1. Juni appellierte er, sich von antikommunistischen und dogmatischen Positionen zu distanzieren. Solche Aussagen verunsicherten wiederum die Intelligenz des Landes, die fürchtete, dass der Demokratisierungsprozess gestoppt werden könnte.²³ Bei Skoug wird Dubcek als unentschlossen, naiv, furchtsam vor starken Maßnahmen und unwillig, schlechte Nachrichten zu ertragen, beschrieben. Abgesehen davon war er jedoch ehrlich, gutmütig, anständig, bescheiden, unprätentiös.²⁴

Mit ihren Reformen stieß die kommunistische Partei der Tschechoslowakei auf heftigen Widerstand bei dogmatischen Kritikern in den eigenen Reihen, die sich schon im Februar des Jahres 1968 mit der Bitte um Verhaltensregeln an den Kreml wandten. Die Sowjetunion zeigte ohnehin eine ablehnende Haltung gegen die reformfreudige CSSR. Vor allem die angestrebte Trennung von Staat und Partei schien die führende Rolle der KP und das Leninistische Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ zu gefährden. Auch die geplante Ausweitung des Westhandels, um die für die Modernisierung der Produktionsanlagen erforderlichen Devisen zu verdienen, stößt in der Sowjetunion auf wenig Gegenliebe. Verstärkt aufkommende antisowjetische Ressentiments, die mit dem Sieg der CSSR-Eishockeymannschaft gegen die UdSSR bei den Winterspielen in Grenoble ihren Anfang genommen hatten, werden von Moskau mit Unbehagen registriert.²⁵

Beteuerungen der tschechoslowakischen Regierung, dass sich die CSSR weiterhin zum Sozialismus bekenne, nützten nicht viel. Die DDR und Polen befürchteten ein Übergreifen der Liberalisierungswelle auf ihre Staaten. Bereits Mitte April gab die Ausweitung des Einflussbereichs der „reaktionären und antikommunistischen Elemente“ Anlass zu Überlegungen, eine militärische Intervention vorzubereiten. Zwischen dem 20. und 30. Juni hielten 16.000 Rotarmisten, sowie ostdeutsche und polnische Stabseinheiten mit tschechoslowakischen Verbänden in Westböhmien ein Manöver ab.²⁶

Der Reformkurs der CSSR war aber nicht zu bremsen. Es hatte sich eine gewisse Eigendynamik entwickelt. Der Höhepunkt war das „Manifest der 2.000 Worte“, verfasst vom Schriftsteller Ludvik Vakulík. Dieses wurde am 27. Juni 1968 veröffentlicht und in den darauffolgenden Wochen von über zehntausend Menschen unterschrieben. Es verurteilte die

²² Schott. S. 22

²³ Hoensch. S. 167

²⁴ Skoug, Kenneth N., Jr. Czechoslovakia's lost fight for freedom 1967-1969. Westport, Connecticut 1999.S.63

²⁵ Hoensch. S. 165 f.

²⁶ Ders. S. 167 f.

alte KP-Führung der Inkompotenz und Korruption und forderte zu Demonstrationen, Streiks und Boykotten auf. Die neue tschechoslowakische Regierung befürchtete eine Gefährdung der neuen Reformpolitik und distanzierte sich von dem Manifest.²⁷ Parlamentspräsident Smrkovsky bescheinigte den Unterzeichnern zwar ehrenhafte Absichten, missbilligte jedoch ihre „politische Romantik“.²⁸

Dubcek bemühte sich weiterhin, die Bruderparteien von der Ernsthaftigkeit des tschechoslowakischen Experiments zu überzeugen. Seine Argumente: Die Reformen sollten den wahren Sozialismus wieder zum Leben erwecken, ihn von den Verformungen der Stalinzeit befreien, und die Bevölkerung statt durch Druck, Vorschriften und Reglementierung zu einer freiwilligen Anerkennung des sozialistischen Systems bewegen. Seine Versuche fruchten nicht.²⁹

Moskau war der Meinung, dass die Situation in der Tschechoslowakei außer Kontrolle gerate. Zwischen März und August übte Breschnew bei verschiedenen Treffen Druck auf die Tschechoslowakei aus. Bei einem Treffen in Warschau am 14. und 15. Juli 1968 verfassten die fünf harten Gegner der Tschechoslowakei (Sowjetunion, Polen, Bulgarien, Ungarn und DDR) einen Brief an das Zentralkomitee der KPC. Darin brachten sie ihre Sorge um die Zukunft des Sozialismus in der Tschechoslowakei zum Ausdruck.³⁰

Kurz vor der eigentlichen Okkupation kam es noch zu einem Treffen zwischen der tschechoslowakischen und der sowjetischen Parteiführung in Cierna nad Tisou (am 29. Juli 1968). Am 3. August 1968 fand das letzte offizielle Treffen zwischen dem Präsidium der KPC und den Spitzenfunktionären der „Warschauer Fünf“ in Bratislava statt. Das verabschiedete Abschlusskommuniqué wurde von der CSSR als Zeichen der Entspannung gewertet. Man geht davon aus, dass konservative Mitglieder der KPC das Treffen dazu genutzt hatten, einen Brief mit der Aufforderung, die Konterrevolution in der CSSR zu stoppen, an die sowjetische Parteispitze weiterzuleiten.³¹

Bis 1992 war dieser Brief in einem versiegelten Umschlag mit den Worten „niemals zu öffnen“ in den Archiven der Kommunistischen Partei in Moskau verborgen:

Esteemed Leonid Ilyich,

(...) The basically correct post-January democratic process, the correction of mistakes and shortcomings from the past, as well as the overall political management of society, have gradually eluded the control of the Party's Central Committee. The press, radio and television, which are effectively in the hands of right-wing forces, have influenced popular opinion to such an extent that

²⁷ www.kssursee.ch

²⁸ www.friedenspaedagogik.de

²⁹ Hoensch, S.168

³⁰ www.kssursee.ch

³¹ Radio Prag, 16.08.1998, The intervention; lexikon.freenet.de

elements hostile to the Party have begun to take part in the political life of our country, without any opposition from the public. These elements are fomenting a wave of nationalism and chauvinism, and are provoking an anti-Communist and anti-Soviet psychosis. (...)

At present, all political instruments and the instruments of state power are paralyzed to a considerable degree. The right-wing forces have created conditions suitable for a counterrevolutionary coup.

In such trying circumstances we are appealing to you, Soviet Communists, the lending representatives of the Communist Party of the Soviet Union, with a request for you to lend support and assistance with all the means at your disposal. Only with your assistance can the Czechoslovak Socialist Republic be extricated from the imminent danger of counterrevolution. (...) we will struggle with all our power and all our means. But if our strength and capabilities are depleted or fail to bring positive results, then our statement should be regarded as an urgent request and plea for your intervention and all-round assistance. (...)

[Signed] Alois Indra, Drahomir Kolder, Antonin Kapek, Oldrich Svestka, Vasil Bilak³²

Die Staatschefs Jugoslawiens und Rumäniens ermutigten bei ihren Besuchen am 9. bis 11. August, bzw. 15. bis 17. August, den Demokratisierungsprozess fortzusetzen.

Am 13. August 1968 führten die Parteichefs Breschnew und Dubcek ein achtzigminütiges Telefongespräch. 1994 wurde im Archiv der russischen Föderation eine Transkription dieser letzten Konversation gefunden. Breschnew forderte wiederholt auf, die anti-sowjetischen Strömungen in der CSSR zu unterdrücken, Dubcek wiederholte mehrmals, dass dies Zeit benötige und sich nicht binnen weniger Tage bewerkstelligen lasse.³³

Militärische Truppenbewegungen fanden schon im Februar 1968, einen Monat nach Dubceks Wahl zum Parteichef, statt. Die nördlichen Warschauer-Pakt-Truppen in der DDR erhielten versiegelte Briefe mit der Aufforderung, näher an die tschechoslowakische Grenze zu rücken. Konkrete Pläne zu einer Invasion sollen schon im April 1968 bestanden haben.³⁴

Am 5. Mai schlug Walter Ulbricht bei einer streng geheimen Konferenz der fünf Parteichefs eine sofortige Intervention vor. Doch erhielt sein Vorschlag nicht die Mehrheit, denn vor allem der Ungar Janos Kadar sprach sich entschieden dagegen aus.³⁵ Die tatsächliche Intervention der fünf Warschauer-Pakt-Staaten fand erst in der Nacht vom 20. auf den 21. August statt. Die endgültige Entscheidung, in die CSSR einzumarschieren, fasste das sowjetische

³² www.cnn.com/SPECIALS

³³ Radio Prag, 10.08.2003

³⁴ Radio Prag, 17.08.1998

³⁵ Schott. S. 22

Politbüro in der Nacht des 17. August in Moskau. Dies galt nicht nur als Strafaktion, vielmehr als vorbeugende Maßnahme für das, was noch geschehen könnte.³⁶ Es war eine Flucht nach vorne.

1.2. Berichterstattung über die Dubcek-Ära vor dem 21. August 1968 in den ORF-Journalen

Da im Zeitraum vom Oktober 1967 bis zum 20. August 1968 die Beiträge zur Tschechoslowakei nur unvollständig vorhanden sind, bzw. Nachrichtenblöcke gar nicht mehr erhalten sind, kann durch die Ö1-Journale kein chronologisches Bild über die politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Ereignisse im Land gezeichnet werden. Nach Durchsicht der Journalbücher wurde klar, dass die Tschechoslowakei eigentlich eine prominente Rolle in den Journalen des Jahres 1968 spielte, das heißt, dass der ORF großen Anteil an den Veränderungen in seinem Nachbarland nahm. Die Anzahl der heute noch vorhandenen Beiträge entspricht jedoch lediglich einem winzigen Bruchteil des gesendeten Materials, kann also nicht einmal als Querschnitt gewertet werden. Aufgrund des Materialmangels wurde in diesem Abschnitt auf eine getrennte Darstellung der Vorgänge aus der Sicht der ORF-Journale mit anschließender Diskussion verzichtet. Es soll hier lediglich Vorhandenes zusammengefasst werden und etwaige Unterschiede zur Literatur herausgearbeitet werden. Die Behauptung „der ORF vertritt die Meinung, dass“ kann aufgrund der Lücken im Informationsmaterial nicht generell aufgestellt werden. Immer wieder werden auch die Überschriften gesendeter, jedoch nicht mehr vorhandener Beiträge aus dem Journalbuch erwähnt, um zu zeigen, dass der ORF zu wichtigen Ereignissen schwerpunktmäßig berichtete. Die Erwähnung von vorhandenen Beiträgen erkennt man unter anderem an der Signatur, die in der Klammer angegeben wird.

1.2.1. Österreich zu den Reformen in der Tschechoslowakei

Die Kommunistische Partei Österreichs begrüßte die Reformen in der CSSR. In einem Radiointerview am 19. März 1968 schätzte der Chef der KPÖ, Franz Muhri, die Entwicklungen in der CSSR als sehr positiv ein und bezeichnete sie als „neue Entwicklungsstufe in der Entfaltung der sozialistischen Demokratie“. Er sah auch keine Gefahr, dass die angestrebte Demokratisierung zu weit gehen könnte, da die führende Kraft

³⁶ Hoensch, S. 170.

der Reformen die kommunistische Partei selbst war. Kritik gegen konservative Kräfte, die die Vorwärtsentwicklung hemmten, hätte es in der CSSR schon seit Jahren gegeben, so Muhri. Er erwartete, dass das kommende ZK-Plenum der KPC, das ein neues Aktionsprogramm zur weiteren Demokratisierung entwerfen würde, für die Weiterentwicklung der CSSR eine große Rolle spielen würde.³⁷ Am 14. August, sechs Tage vor der Intervention im Nachbarland, wurde in der KPÖ ein neues Parteistatut beschlossen. Unter anderem wurde auch die Entwicklung der innerparteilichen Demokratie beschlossen. Die KPÖ befand sich nunmehr auf einer ähnlichen Linie wie die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei, die erst kurz davor ihr neues Parteistatut veröffentlicht hatte.³⁸

Der SPÖ-Vorsitzende Bruno Kreisky beschrieb die Vorgänge in der CSSR als die Erfüllung eines Nachholbedarfs, da die Entstalinisierung dort nicht durchgeführt worden war. Das hatte dazu geführt, so Kreisky, dass die Stalinisten an der Macht blieben und paradoxe Weise versuchten, sich selbst zu entstalinisieren, was jedoch gänzlich missglückte. Durch diesen aufgestauten Nachholbedarf fielen die Änderungen dann intensiver aus. Weiters bevorzugte Kreisky das Wort Liberalisierung statt Demokratisierung, da er nicht glaubte, dass diese Maßnahmen zu der Einführung einer Demokratie nach westlichen Maßstäben führen würden. Für ihn handelte es sich lediglich um Umwandlungen in kommunistischen Staaten. Weiters meinte er auch, dass man diesen Staaten nicht von außen ein Modell aufzwingen könnte, sondern, dass sie sich selbst in den Institutionen, die sie hatten, sich jene Einrichtungen schaffen müssten, die ihnen ein Maximum an politischer Freiheit brächten. Wie viel Freiheit da aber letzten Endes möglich wäre, angesichts dessen, dass die Kommunistische Partei die Macht ausübte, bliebe weiterhin die Frage.³⁹

1.2.2. Das Ende der Ära Novotny

Noch im Herbst 1967 war Antonin Novotny unumstrittener und alleiniger Herrscher in der Tschechoslowakei. Er vereinigte sowohl das Amt des Staatspräsidenten als auch jenes des ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei in seiner Person, und das seit mehr als 15 Jahren.⁴⁰ Im Dezember begann dann aber die Fassade der Festung zu bröckeln: Es gab erste öffentliche Auseinandersetzungen im ZK-Plenum und Politbüro und Rücktrittsforderungen an Novotny als ersten Sekretär. Selbst der sowjetische Parteichef Breschnew, der am 8. Dezember Prag besuchte, änderte nichts – er

³⁷ JM-680319_a

³⁸ JA-680814_b

³⁹ JA-680406_b

⁴⁰ Schott. S.11

erklärte die Situation zur „inneren Angelegenheit der KPC“,⁴¹ was jedoch nicht bedeutete, dass er dem, was folgen könnte, mit Gleichgültigkeit begegnete.⁴²

Bis Dezember war es in den Ö1-Journalen noch ruhig in Sachen CSSR. Am 8. und 13. Dezember gab es laut Journalbuch je einen Beitrag „ZK-Sitzung in Prag“, wobei am 8. Dezember vermutlich der Kurzbesuch Leonid Breschnew erwähnt wurde. Kurz vor Weihnachten fand eine Sitzung des Zentralkomitees der KPC statt, hier wurde erstmals der mögliche Zerfall Novotnys Position erwähnt. Im ORF-Mittagsjournal am 21. Dezember wurde darauf hingewiesen, dass das ZK schon den dritten Tag tagte, ein Ende jedoch noch nicht absehbar war. In den tschechoslowakischen Medien war weder etwas über die verhandelten Inhalte zu finden, berichtete der Korrespondent Heinz Hofmann, geschweige denn eine Meldung, dass die Sitzung überhaupt stattfand. Weder Gäste noch Kandidaten waren zugelassen, nur die abstimmungsberechtigten Mitglieder hatten Zugang. Noch nie hatte eine ZK-Sitzung länger als zwei Tage gedauert – das wurde vor allem darauf zurückgeführt, dass es unklar war, wie die Spalte des ZKs in Zukunft besetzt werden würde. Das Politbüro sah sich nicht mehr in der Lage, personelle Vorschläge an das Zentralkomitee zu machen, und setzte deshalb als Tagesordnungspunkt einfach die wirtschaftlichen Fragen an. Die ZK-Mitglieder lehnten diesen Punkt jedoch ab und bestanden auf die Behandlung der Personalfragen. Die Diskussion musste sehr heftig verlaufen sein. Es sollten auch Rücktrittsaufforderungen an Antonin Novotny als ersten Vorsitzenden des ZK aufgetaucht sein. Hauptkritikpunkt waren die ökonomischen Probleme um die Nichteinhaltung des vorgesehenen Wirtschaftsplans. Vor allem der Außenhandel lag im Argen, was Novotny und anderen Parteimitgliedern angelastet wurde. Es galt als wahrscheinlich, dass diese Verhandlungen die politischen Richtlinien der CSSR in der Zukunft bestimmen würden.⁴³

So kam es. Am 6. Jänner 1968 wurde ein Kommuniqué der ZK-Sitzung veröffentlicht. Die Mitteilung darin war, dass Antonin Novotny „wegen Mängeln in den Methoden und im Stil der innerparteilichen Führungstätigkeit“ als erster Sekretär des Zentralkomitees der KPC zurückgetreten und von Alexander Dubcek abgelöst worden war. Dubcek war der erste Sekretär der slowakischen KP und seit fünf Jahren Mitglied des Politbüros. In den vergangenen Monaten hatte er sich zu Novotnys stärkstem Widersacher und zum Sprecher der reformorientierten Gruppe etabliert.⁴⁴

Dieses Ereignis spiegelte sich in den Ö1-Journalen kaum wieder: Wohl gab es am 5. Jänner im Abendjournal einen Beitrag, dessen Inhalt mit „Sitzung ZK-Komitee: Sturz Novotnys“ (nicht erhalten) beschrieben war. Das bedeutet, dass die ORF-Hörer einen Tag früher über

⁴¹ Ders. S.12

⁴² Skoug. S. 64

⁴³ JM-671221_b

⁴⁴ Schott. S.13

den Wechsel der Parteiführung informiert wurden als Schott⁴⁵ berichtet. Eine andere Möglichkeit für die Differenz von einem Tag könnte sein, dass in der CSSR selbst das Kommuniqué erst am 6. Jänner herauskam, obwohl schon am Vortag der Ausgang der Sitzung bekannt war. Am 10. Jänner wurde ein weiterer, nicht erhaltener, Beitrag gesendet, der mit „Regierungsbildung in Prag“ im Journalbuch gekennzeichnet ist. Und das war es auch schon, kein Porträt zur Person Alexander Dubcek. Im Abendjournal des 18. Jänner brachte der Schriftsteller Ladislav Mnacko in einem Gespräch seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die Ablöse von Antonin Novotny Änderungen in der CSSR mit sich bringen würde. Er bezeichnete die Wahl Dubceks zum Parteiführer als Generationenwechsel, da nun die jungen, progressiven, konstruktiven Kräfte, die während der letzten 20 Jahre in der Partei reif geworden waren, endlich zur Verantwortung kamen. Er erwartete, dass die junge Generation verstehen würde, dass die Isolationstendenzen zu beenden wären, und die Türen in alle Welt geöffnet werden müssten.⁴⁶

Grund für die geringe Anteilnahme des ORF an den Geschehnissen im Nachbarland mag darin liegen, dass man allgemein annahm, dass sich einfach der Parteivorsitz änderte, jedoch nicht die Besetzung, und dass deswegen nicht allzu viele Veränderungen zu erwarten wären. Tatsächlich hatte Dubcek bei dem Gratulationsgespräch mit Breschnew versprechen müssen, dass er keine radikalen personellen Änderungen vornehmen würde.⁴⁷

Die Ö1 Nachrichten wurden erst ab Anfang März aufmerksam auf die Vorgänge in der Tschechoslowakei, da es zu weiteren Regierungsumbildungen kam. Zwischen dem 8. März und dem 25. April 1968 verging kaum ein Tag ohne Beitrag über die CSSR – der überwiegende Teil der Bänder wurde aber überspielt. So kann nur von Titel oder Datum auf mögliche Inhalte geschlossen werden. Am 16. März gab es im Abendjournal erstmals einen Bericht über Parteichef Dubcek. Am 20. März wurde im Mittagsjournal ein Beitrag zur „Forderung nach ärztlicher Untersuchung Novotnys“ gesendet, am 21. März erfolgte sein Rücktritt als Staatspräsident, der am folgenden Tag im Mittagsjournal berichtet und kommentiert wurde. In weiterer Folge kam es zu Änderungen im Wahlgesetz (Mittagsjournal, am 25.3.); die Wahl des neuen Präsidenten war geheim, was für ein sozialistisches Land ungewöhnlich war.⁴⁸ Der Zeitraum vor der Wahl wurde in den ORF-Journalen sehr gut dokumentiert, am 30. März wurde im Mittagsjournal die Wahl General Swobodas veröffentlicht und im Abendjournal ein Porträt des neuen Präsidenten präsentiert. Unter anderem wurden folgende wichtigen Umbildungen in den Journalen festgehalten: die Vereidigung der neuen Regierung von Ministerpräsident Oldrich Cernik (Abendjournal, 8. April), die Wahl Josef Smrkowskys zum Vorsitzenden der Nationalversammlung

⁴⁵ Ebd.

⁴⁶ JA-680118_a

⁴⁷ Skoug. S 61

⁴⁸ Schott. S.16

(Mittagsjournal, 18. April) und die Regierungserklärung (Abendjournal, 24. April). Leider ist kein Audiomaterial über diese Entwicklungen mehr vorhanden.

1.2.3. Veränderungen in der Ära Dubcek

Die neue Staats- und Parteiführung und vor allem die neue Regierung in der CSSR brachten Veränderungen im politischen, gesellschaftlichen, kulturellen und sozialen Bereich mit sich. Der Sekretär des Zentralkomitees der KPC, Vaclav Slavik, beschrieb die neue Politik seiner Partei als sozialistisch, demokratisch und humanistisch, denn unter anderem wurde für mehr Mitsprache der Bevölkerung gesorgt.⁴⁹ Die Mitglieder der neuen Regierung gaben sich auch sehr bevölkerungsnah, sie scheuten nicht den Kontakt zu den Menschen, wie diese Anekdote beschreibt: Während des Freundschaftsbesuchs des jugoslawischen Staatspräsidenten Tito am 10. August, machten Alexander Dubcek und Oldrich Cernik einen „Gesundheitsspaziergang“ von der Burg zum Wenzelsplatz. Am Weg machten sie bei dem Kinderwarengeschäft „Haus des Kindes“ halt, damit der werdende Großvater Dubcek Babykleidung kaufen konnte. Dabei wurden sie von der Bevölkerung erkannt und stellten sich vor Ort einer öffentlichen einstündigen Befragung.⁵⁰

Für Schott war vor allem das Ende der Zensur in den Massenmedien augenscheinlich. Formal wurde die Zensur zwar erst im Juni 1968 per Gesetz abgeschafft, in der Praxis gab es sie aber schon im Februar nicht mehr. Die Gewerkschaftszeitung Prace, bisher kaum gelesen, wurde zum begehrten Sprachrohr der Reform. Abhörmethoden der Polizei wurden in den Medien attackiert, Altfunktionäre zur Verantwortung gezogen, Missstände aufgedeckt und Unzufriedenheit kundgetan.⁵¹

In den Journalen ging man auch auf Kultur und Religion ein. Auf dem Kultursektor war es in den ersten Wochen des Jahres 1968 zu einer Demokratisierung gekommen, was neue Möglichkeiten eröffnete. Im Zuge dieser Veränderungen wurde Professor Eduard Goldstücker, Rektor der Universität Prag, zum Präsidenten des tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes gewählt.⁵² Auch die Lage der Kirche in der Tschechoslowakei verbesserte sich zusehends. Immer mehr Rechte wurden ihr zugestanden, bestätigte Bischof Frantisek Tomasek, Administrator des Erzbistums Prag. Als positive Veränderungen konnte er die Zahl der amtierenden Bischöfe und die Abschaffung des Numerus clausus für das Studium im Seminar nennen. Dennoch blieben sechs Stellen unbesetzt.⁵³ Die Rolle der Kirche in der CSSR nach Novotnys Rücktritt wurde auch in einem nicht mehr erhaltenen

⁴⁹ JA-680720_a

⁵⁰ JA-680810_a

⁵¹ Schott. S. 13 f.

⁵² JA-680203_b

⁵³ JA-680327_a

Beitrag des Abendjournals am 11. Jänner 1968 thematisiert und ebenso im Abendjournal des 15. März. In der Literatur wird auf das Thema Religion kaum eingegangen.

Pläne zur Umgestaltung der Wirtschaft hatte es zwar schon unter Novotny gegeben, jetzt aber sollte sie grundsätzlich reformiert werden. Es war im Grunde auch die schlechte wirtschaftliche Entwicklung des Landes, die die Veränderung – oder Evolution – in der Tschechoslowakei verursacht hatte. Als Anfang der Sechzigerjahre das Bruttosozialprodukt nicht nur nicht stieg, sondern sogar geringer wurde, haben sich die progressiven Kräfte dazu entschlossen, neue wirtschaftliche Wege zu beschreiten. Die ersten Schritte in dieser Richtung führten zu einer neuen Einstellung der Partei, des Staates und der gesamten Gesellschaft. Die Wirtschaftsfachleute wurden zu den angesehensten Männern in der CSSR. Neben dem Schöpfer des neuen Wirtschaftsprogramms, Dr. Ota Sik, der später zum stellvertretenden Ministerpräsidenten berufen wurde, war der Rektor der ökonomischen Hochschule in Prag, Professor Vladimir Kadlec, einer der bedeutendsten Experten. Er wurde im April 1968 Minister für Erziehung- und Schulwesen in der CSSR. Die Vorstellungen der CSSR zu Freiheit in der Wirtschaft war, so Kadlec, eine Kombination von Planung und Marktelementen.⁵⁴ Ota Sik erinnerte sich:

„Das alles ging natürlich in eine Richtung, wenn ich das so sagen kann, die an eine kapitalistische Wirtschaft erinnert. Der Unterschied war, dass es im Grunde noch sozialistische Betriebe blieben, also Eigentum der Kollektive, die selbst über die Produktion entschieden, ihre Manager selbst wählten und Löhne und Gewinnbeteiligung selbst festlegten, das Ganze in einen volkswirtschaftlichen Rahmenplan eingliederten.“⁵⁵

In einem Exklusivinterview mit dem Redakteur Alfred Macher erklärte Ministerpräsident Cernik am 17. August 1968, also knapp vor der Intervention, dass er eine Orientierung am Weltmarkt, die Verbesserung der Produkte und die günstigere Gestaltung der Rentabilität plante. Die CSSR setzte weiters Weltbankkredite voraus, aber auch Kredite von Firmen aus Frankreich, Italien, Belgien und auch Österreich, damit die tschechoslowakischen Betriebe westliche Waren kaufen und damit ihre Wirtschaftlichkeit erhöhen könnten, so Cernik.⁵⁶ Ein weiterer Plan der neuen Regierung war, das Land zu föderalisieren. Dabei war auch diese Forderung nicht neu, denn sie war schon 1918 und 1945 aufgetaucht.⁵⁷ Im Jahr 1968 ging die Initiative ursprünglich von den Slowaken aus. Ihr Nationalrat hatte bereits Mitte März eine Kommission einberufen, die erste Vorschläge zur Föderalisierung ausgearbeitet hatte. Mitte Mai wurde dann auch von der Regierung eine Kommission von Fachleuten

⁵⁴ JM-680522_a

⁵⁵ Schott. S. 16

⁵⁶ JA-680817_a

⁵⁷ JM-680820_a

zusammengestellt, darunter Staatsrechtler, Ökonomen und Historiker. Ein Verfassungsgesetz, aufgrund dessen ein tschechischer Nationalrat als Partner für den slowakischen Nationalrat gewählt wurde, wurde dann Ende Juni beschlossen. Das neue Verfassungsgesetz beinhaltete auch einen wichtigen Grundsatz: Von nun an konnten die Slowaken, deren Vertreter in der Nationalversammlung aufgrund der Bevölkerungsverteilung weniger als ein Drittel der Mandate innehatten, in staatsrechtlichen Fragen nicht mehr von den Tschechen überstimmt werden. Geplant war ein föderativer Staat aus zwei Grundelementen, nämlich dem tschechischen und dem slowakischen Staat. Beide Staaten würden dem föderativen Staat gewisse Rechte übergeben, darunter Außen-, Verteidigungs- und Verkehrspolitik, sowie grundlegende Fragen der Wirtschaftspolitik, vor allem Währungsfragen. Auch die Minoritätenfrage würde genauer geklärt werden müssen, auch die deutsche Minorität sollte anerkannt werden.⁵⁸ Die Prinzipien der Föderalisierung auf nationaler Grundlage wurden am 19. August, eineinhalb Tage vor der Invasion, vom tschechischen Nationalrat gebilligt - Einzelheiten wurden noch nicht bekannt gegeben.⁵⁹

1.2.4. Was ist Kommunismus?

Trotz aller Reformen ging es der neuen Parteiführung nicht darum, den Sozialismus in der CSSR abzuschaffen, denn alle Beteiligten waren überzeugte Kommunisten. Es ging ihnen lediglich darum, die alten Machtstrukturen zu überwinden, dem Sozialismus ein neues Gesicht zu verleihen: ein menschliches Gesicht.⁶⁰

In den wenigen Beiträgen, die von diesem Zeitraum erhalten sind, ist oftmals davon die Rede, dass die CSSR im Verbund der sozialistischen Staaten verbleiben wollte. Gleich am 22. Februar 1968, bei der Festsitzung auf der Prager Burg anlässlich des 20-jährigen Bestehens der KPC, bezeichnete KPC-Chef Dubcek in seiner Festansprache vor den sozialistischen Bruderländern den Februarsieg von 1948 als einen der wichtigsten Meilensteine in der Entwicklung der sozialistischen Ordnung der CSSR. Er unterstrich, dass die CSSR durch ihr festes Bündnis mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Bruderländern gegen alle äußeren Angriffe gesichert wäre. Besonders würdigte er das Freundschaftsbündnis mit der Sowjetunion und ihrer kommunistischen Partei.⁶¹

Die tschechoslowakische Führung befand sich auf einer Gratwanderung: Einerseits strebte sie es an, ihren Weg zu Ende zu gehen. Andererseits musste sie überzeugen, dass dies nicht einer Abwendung vom Kommunismus gleichkam. Zweiteren Punkt betonte die

⁵⁸ JM-680809_a

⁵⁹ JM-680820_a

⁶⁰ Schott. S.15

⁶¹ JA-680222_b

Parteispitze der KPC immer wieder, wie man auch in verschiedenen Beiträgen sehen kann. Beispielsweise hielt Parteichef Dubcek in Bratislava eine Rede in Hörfunk und Fernsehen, nachdem der Warschauer Brief, den die UdSSR, DDR, Polen, Ungarn und Bulgarien nach ihrem Treffen Mitte Juli in Warschau an die CSSR gerichtet hatten, veröffentlicht worden war. Im Abendjournal des 18. Juli wurde ein Teil davon live und synchron übersetzt veröffentlicht:

„(...) Ich wurde beauftragt für die spontanen Äußerungen der Freundschaft Ihnen zu danken, und bin sehr froh, dass mir diese Pflicht zugefallen ist. Es ist wirklich sehr schwer über all das zu sprechen. Wir spüren eine große Verantwortung, die auf uns allen liegt. Wir sind aber entschlossen und wir glauben fest, auch weiter ihre Unterstützung zu haben und wir werden in der Politik, die wir angetreten haben, weiter forschreiten. Wir haben die Praxis der vorigen Jahre sehr teuer bezahlt, und deswegen will die Führung der Partei mit allen zu Verfügung stehenden Mitteln, die Bedürfnisse unseres Volkes zu befriedigen, und vor allem, dass wir im Dienste unseres Volkes eine solche Politik machen, damit der Sozialismus sein menschliches Gesicht nicht verliert. Durch viele Jahre hat sich nun bei uns eine solche Atmosphäre durchgesetzt, dass ein jeder seine Meinung frei sagen kann und durch diese offene und ehrliche Politik und durch das nachhaltige und konsequente Entfernen der Fehler der Vergangenheit. Es gibt, sehr geehrte Zuseher, keinen anderen Weg, als die tiefen Quellen des Sozialismus und der Demokratie in unserem Leben zu eröffnen. Wir haben schon in unserem Programm unsere Absichten bekannt gegeben und wir wiederholen sie wieder. Die kommunistische Partei der Tschechoslowakei lehnt sich an, an die freiwillige Unterstützung des Volkes und sie ist sich dessen bewusst, dass sie nicht über der und über die Gesellschaft regiert, sondern dass sie der friedlichen, der fortschrittlichen, sozialistischen Entwicklung dient. Ihre Autorität kann sie sich nicht durch Direktiven erkämpfen, sondern dadurch, dass sie für die sozialistischen Ideale ehrlich arbeitet. Wenn das Volk nicht damit zufrieden ist, was die Partei macht, wie die Praxis aussieht, so ist es klar, dass die Partei, wenn sie die Politik verwirklichen will, so kann sie nicht das Volk ändern, sondern es muss sich die Führung ändern und diese Führung muss die Methoden, die Politik ändern, eine Politik, die wirklich die Interessen und die Sehnsucht unserer Völker zu verwirklichen sucht. Wir wollen eine freie Gesellschaft des Sozialismus auf der Basis des Marxismus weiterentwickeln. Es ist eine große vaterländische Aufgabe und zugleich unsere große eigentliche internationale Pflicht gegenüber dem internationalen Kommunismus und der Arbeiterbewegung. Diese strategische Position des Sozialismus, dass wir sein westlichster Punkt sind, wollen wir auf

jeden Fall schützen und ehren. Wir haben uns unseren Verbündeten nicht veruntreut und wir werden ehrlich und getreu das, was der Warschauer Pakt uns vorschreibt, auch erfüllen. Wir sehen die notwendige Grundlage unserer Selbständigkeit in dieser Linie. Wir zeigen die Treue dem proletarischen Internationalismus und wir werden von dem Wege, den wir nach dem Januarplenum der KPC angetreten haben, nicht abgehen. Die kommunistische Bewegung kann nur stark sein, wenn jeder seiner Teilchen stark sein wird. Der Sozialismus ist bei uns in guten Händen, denn er ist den Händen unseres Volkes, unserer Arbeiter, unserer Bauern, unserer arbeitenden Intelligenz, dessen der Sozialismus zueigen wurde. Niemand kann über die Reife dieses Volkes zweifeln. Ich glaube, ich bin davon überzeugt, dass unsere kommunistische Partei der Tschechoslowakei in dieser historischen Prüfung bestehen wird, nicht nur vor unseren Völkern, aber auch vor der internationalen Arbeiterbewegung, deren festes Mitglied wir auch bestehen werden. Wir sind für die Mitteilungen der verschiedenen brüderlichen Parteien, die sich auf unsere Seite gestellt haben sehr dankbar und wir danken ihnen dafür. Es geht uns vor allem darum, damit der Sozialismus fest verwurzelt wird im Boden unserer Heimat und im Denken unseres Volkes und damit er in seinen Grundsätzen unseren nationalen Bedingungen und Traditionen entspricht. Wir denken nach über das annehmbarste Modell unserer sozialistischen Gesellschaft und unseres sozialistischen Lebens. Wenn wir nicht konform mit unserem Volk schreiten würden, dann würde das bedeuten, dass wir unser sozialistisches Gewissen verlieren würden. Das würde bedeuten, dass wir den Weg, den wir nach dem Januar dieses Jahres angetreten haben, nicht mehr ihn verlassen würden. Wir lehnen uns an unser Volk an – das bedeutet, dass unser Weg nicht sehr leicht sein wird. Wir brauchen eine ruhige Arbeit an dem gemeinsamen Werk, und wir rufen sie alle im Namen unserer Heimat, im Namen des Sozialismus zur Mitarbeit an der Verwirklichung des Aktionsprogramms, welches die nationale Front angenommen hat. Sehr verehrte Televisionshörer. Sicherlich werden Sie mit mir der gleichen Meinung sein, wenn ich Ihnen sage, dass die Demokratie ein einander Entgegentreten verschiedener Ansichten ist. Aber das verlangt auch nach einer staatlichen Weisheit aller unserer Bürger. Es würde uns nicht helfen, wenn wir unnötig dramatisieren würden, wenn wir kurzsichtig wären und unsere Leidenschaften aufbringen würden. Diesen Reifungsprozess zum Wohle des Volkes und des Sozialismus werden wir so beenden, damit wir jederzeit den Völkern dieses Staates die Rechnung für unsere Arbeit ablegen können. (...)"⁶²

⁶² JA-680718_a

Kurz vor dem Treffen in Cierna nad Tisou, betonte Parteichef Dubcek in einer weiteren Fernsehansprache, dass er die Verhandlungen mit der UdSSR für den Beweis nützen wollte, dass sein Demokratisierungsprozess keine Gefahr für den Sozialismus sowie für die sozialistische Gemeinschaft darstellte. Doch fühlte er sich verpflichtet, den Prozess zu Ende zu führen und war entschlossen, von diesem Weg keinen Schritt abzuweichen.⁶³

In seiner Rede am 2. August, vor Beginn der Verhandlungen mit den fünf Warschauer-Pakt-Staaten in Bratislava, gab sich Parteichef Dubcek abermals dankbar und optimistisch. Er wies auf den guten Willen der sowjetischen Repräsentanten hin, die die Spezifika und das unveräußerliche Recht jeder kommunistischen Partei, selbst über ihre Angelegenheiten zu entscheiden, respektierten und mit Verständnis begegneten. Beide Seiten zeigten ihren Willen zu praktischen Schritten in der Zusammenarbeit, sowohl im Rat der gegenseitigen Wirtschaftshilfe als auch im Warschauer Vertrag. Diesen Prinzipien war die KPC niemals untreu geworden, so Dubcek. Er schätzte die Voraussetzungen für die Verhandlungen in Bratislava eher als sehr gut ein. Dort würden gemeinsame Interessen der kommunistischen Parteien und praktische Schritte im Interesse des Internationalismus und der internationalen kommunistischen Bewegung zur Debatte stehen.⁶⁴

Schon am Vorabend der Dubcek-Rede präsentierte Präsident Svoboda bei einer Rede dieselbe Linie. Auch er gab sich zuversichtlich und bestätigte, nicht von dem bisherigen Weg abweichen zu wollen. Er meinte, dass jeder, der einen Umschwung gegen die kommunistische Partei der CSSR, gegen die Regierung der nationalen Front, gegen die Interessen der Republik und das Bündnis mit der Sowjetunion herbeiführen wollte, erfolglos und allein bleiben würde. Das Beharren auf die eingeschlagene Politik hätte bei den sowjetischen Politikern volles Verständnis und volle Unterstützung hervorgerufen. Man hatte auch beschlossen, dass die Lebensinteressen der sozialistischen Gemeinschaft weitere aktive Schritte zur Festigung der Einheit erforderten und hatte deshalb die Zusammenkunft in Bratislava einberufen. Die Ergebnisse der Verhandlungen in Cierna nad Tisou würden der CSSR die nötige politische Ruhe geben, die zur Verwirklichung ihres sozialistischen Programms notwendig wären, so Präsident Svoboda.⁶⁵

Noch bei dem Besuch einer Auto- und Flugzeugfabrik mit dem rumänischen Staatspräsidenten Ceaucescu, erklärte KPC-Chef Dubcek, dass der Vertrag mit Rumänien, wie auch jene Verträge mit anderen Warschauer-Pakt-Staaten Sicherheit, Entfaltung, Souveränität und Unabhängigkeit für die Tschechoslowakei bedeuteten.⁶⁶

Auch von zwei anderen Seiten wurde dieselbe Auffassung der Reformen in der Tschechoslowakei vertreten. Der Schriftstelle Ladislav Mnacko sah in den Entwicklungen in

⁶³ JA-680727_b

⁶⁴ JA-680802_a

⁶⁵ JA-680801_d

⁶⁶ JA-680816_a

der CSSR lediglich eine Umkehr in eine friedfertige Erneuerung der marxistischen Prinzipien⁶⁷ und somit keine Abkehr vom Kommunismus. Den intensiven Angriffen und Vorwürfen der sowjetischen Parteipresse gegen tschechoslowakische Journalisten, denen sie Revisionismus vorwarfen, widersprach der Direktor des CS-Fernsehens, Jiri Pelikan, entschieden. Denn seiner Meinung nach unterstützten alle gemeinsam den Sozialismus, und es wären lediglich Dogmatiker, die das neue Gesicht des Sozialismus nicht verstehen wollten.⁶⁸

Eine große Schwierigkeit der Reformer war, das richtige Tempo zu finden. Selbst in Parteipräsidium und Zentralkomitee gab es unterschiedliche Auffassungen: Auf der einen Seite gab es Personen wie Kriegel und Slavik, die scheinbar aufrichtige Demokraten waren, auf der anderen Seite gab es Vertreter wie Kolder, Bilak und Indra, die lediglich kontrollierte Veränderungen zur Reduzierung der wirtschaftlichen Spannungen befürworteten. Dazwischen standen die Zentristen wie Dubcek, Cernik, Smrkovsky, Spacek und Mlynar.⁶⁹

Den orthodoxen Kommunisten ging alles zu schnell, der reformfreudigen Jugend und den Intellektuellen alles zu langsam. Professor Goldstücker, Rektor der Universität Prag, hatte zur Demokratisierung im Staat wesentlich beigetragen und brachte dieses Problem im ORF-Gespräch auf den Punkt. Anfang Juni erklärte er sich mit den Fortschritten weitgehend zufrieden. Er glaubte auch nicht, dass die Regierung die Reformen zu bremsen gedenke, doch meinte er, dass man sich nach all den Monaten die Frage nach den Grenzen der Demokratisierung stellen müsste. Denn jede Demokratie hätte Grenzen und die würden von der Beschaffenheit und den Möglichkeiten der jeweiligen Gesellschaft bestimmt.⁷⁰

Professor Goldstücker war vermutlich ein Realist zwischen den beiden Geschwindigkeitsfronten. Andere hatten es eiliger: Am 27. Juni 1968 erregten einige prominente Schriftsteller, Wissenschaftler, Musiker, Schauspieler, Sportler und andere Persönlichkeiten großes Aufsehen, als sie „2.000 Worte – ein Manifest“ in einigen tschechoslowakischen Zeitungen veröffentlichten. Der erste Teil des Manifests enthielt eine kritische Analyse der Fehler der vergangenen 20 Jahre, eine Bilanz enttäuschter Hoffnungen. Im zweiten Teil wurde über die Entwicklungen im ersten Halbjahr 1968 gesprochen, eine Periode, für die sich schon die Bezeichnung „Tschechoslowakischer Frühling“ eingebürgert hatte. Der Erneuerungsprozess begann in der Kommunistischen Partei, denn er konnte gar nicht anderswo beginnen. Die Leute, so hieß es, die diesen Prozess in Bewegung gebracht hatten, bezahlten damit eine Rate der Schuld, die vorhergehende Funktionäre auf die Schultern der Partei geladen hatten. Der Aufruf sprach sich für das Aktionsprogramm der KPC aus. Gleichzeitig wurde auch die Befürchtung

⁶⁷ JM-680507_a

⁶⁸ JA-680723_a

⁶⁹ Williams. S.82 f.

⁷⁰ JM-680604_b

ausgedrückt, dass es im Demokratisierungsprozess zu einer gewissen „Windstille“ gekommen war. Zum Schluss des Manifestes folgte der Aufruf, innerhalb und außerhalb der Partei Aktionen zu organisieren, Protestdemonstrationen und Streiks eingeschlossen, um so die Fortsetzung des Demokratisierungsprozesses zu erzwingen. Dieser Aufruf hatte die Polemik hervorgerufen, auch Ministerpräsident Cernik und das Präsidium des ZKs der KPC wandten sich dagegen, selbst einige Unterstützer des Manifests gaben bei Diskussionen vor der Kamera zu, dass dieser Punkt nicht ganz überlegt, gar unrichtig war. Der Ministerpräsident warnte, dass es durch diesen Aufruf zu Aktionen kommen könnte, die Wasser auf den Mühlen der alten konservativen Clique treiben würden.⁷¹

In der Literatur wurde eine vehementere Verurteilung des Manifests dokumentiert: Cernik bezeichnete es zwar nicht als konterrevolutionäres Werk, aber als ein Schritt in diese Richtung. Smrkovsky nannte es den Anbruch der Konterrevolution und meinte, wenn sie jetzt nichts täten, wäre es in zwei bis drei Monaten zu spät. Die Sowjets glaubten trotz allem, dass das Manifest der 2.000 Worte ein Beweis für konterrevolutionäre Vorgänge in der CSSR war.⁷²

1.2.5. Kritik und Unterstützung durch die Bruderstaaten

Die fünf Warschauer-Pakt-Staaten, die im August in die CSSR einfielen, verhielten sich aus mehreren Gründen kritisch, bzw. feindlich gegenüber den Reformen in der Tschechoslowakei: Einerseits fürchtete man den Austritt der Tschechoslowakei aus dem Bündnis des Warschauer Paktes, andererseits ein Übergreifen der Demokratisierungstendenzen auf andere sozialistische Staaten.

Anfangs gab man sich noch freundschaftlich, wie beispielsweise bei den Feierlichkeiten anlässlich des 20-jährigen Bestehens der KPC am 22. Februar in Prag. Bei seiner Festrede wies der erste Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Walter Ulbricht, auf die jahrzehntelange Freundschaft der kommunistischen Parteien der CSSR und der DDR hin, und sagte wörtlich:

„Es gibt keine Kraft der Welt, die die engen und brüderlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Parteien und unseren Völkern zerstören könnte.“

Der Parteivorsitzende der KPdSU, Leonid Breschnew, unterstrich zwar bei selbigem Anlass, dass die Arbeiterklasse und die kommunistische Partei nur dann siegen könnten, wenn sie

⁷¹ JM-680629_a

⁷² Williams. S.91

konsequent auf revolutionärer marxistisch-leninistischer Position stünden und mit den Volksmassen eng verbunden blieben, doch er schloss mit den Worten:

„Es lebe die ruhmreiche kommunistische Partei der Tschechoslowakei, es lebe der Frieden in der ganzen Welt.“⁷³

In den Bruderstaaten machte die Presse immer verstärkter anti-tschechoslowakische Propaganda. In sowjetischen Medien war, auf Anweisung von oben, die Rede von „Untergrabung der Einheit der sozialistischen Länder, von Unterwanderung durch imperialistische Drahtzieher aus USA und Westdeutschland“.⁷⁴ Die ablehnende Haltung war auch durchaus verständlich, denn diese Länder hatten mit eigenen Problemen zu kämpfen: Wie die Titel von Journalbeiträgen beweisen, gab es im März 1968 Studentenunruhen in Warschau und Budapest. Vor allem die DDR und Polen hatten Angst, dass die Demokratisierungs- und Liberalisierungswelle, die von der CSSR ausging, auch auf die Bevölkerung ihrer Länder übergreifen würde.⁷⁵ Schott spricht sogar von der Angst vor dem Bazillus der Demokratisierung.⁷⁶ Der westdeutsche Regierungssprecher Conrad Ahlers brachte diese Unruhe der DDR auf den Punkt: Er sagte, dass SED-Chef Walter Ulbricht wohl besorgt war über die Entwicklungen, denn wenn es einmal in der DDR auch so weit wäre, dann ginge es ihm an den Kragen.⁷⁷

Es folgten direkte und indirekte Aufforderungen von Seiten der orthodoxen Bruderstaaten, die Reformen in der CSSR zu stoppen bzw. rückgängig zu machen. Doch mangels vorhandenem Audiomaterial kann hier nicht näher darauf eingegangen werden.

Zu Beginn des Gipfels in Bratislava am 3. August zeigte man sich plötzlich verständnisvoll. Die Delegationen der UdSSR, CSSR, DDR, Polen, Ungarn und Bulgarien begrüßten sich äußerst herzlich. Die Stimmung war sehr entspannt, was Anlass zu der Hoffnung gab, dass sich die Wünsche der CSSR größtenteils durchgesetzt hatten. Auch die Hetze in Polen und Ostdeutschland gegen die Tschechoslowakei wurde eingestellt. Dennoch konnte man über die Inhalte der Besprechungen nur spekulieren.⁷⁸

Am 12. August besuchte SED-Chef Walter Ulbricht kurzfristig Karlsbad. Da er neben Breschnew der unpopulärste ausländische Staatsmann in der CSSR war, wurde er von der Bevölkerung nicht begeistert empfangen. Im Gegensatz dazu waren Ceausescu und Tito aufs herzlichste begrüßt worden. Dubcek selbst bezeichnete Ulbricht als in der stalinistischen Zeit versteinerten Dogmatiker, als schlichtweg abstoßend.⁷⁹ Ulbricht

⁷³ JA-680222_b

⁷⁴ Schott. S.24

⁷⁵ Hoensch. S. 167 f.

⁷⁶ Schott. S. 22

⁷⁷ JA-680427_a

⁷⁸ JM-680803_a

⁷⁹ Dubcek. S. 253

überraschte bei einer Pressekonferenz am 13. August mit Aussagen zu geheimen Wahlen, Zensur und ideologischen Fragen:

„Der Genosse Dubcek erzählte gestern, bei unserer ersten Besprechung wäre ich erstaunt gewesen, dass in der Tschechoslowakei, also in der Partei und Volksvertretung keine geheime Abstimmung gewesen ist. Aber wir kennen das gar nicht – bei uns hat es immer geheime Abstimmungen gegeben. Wir kennen das gar nicht anders. Und sie haben Recht, dass unsere Bürger manches nicht so einfach verstehen, was bei Ihnen vor sich geht. Wir haben einfach normale Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse, den Genossenschaftsbauern, den Wissenschaftlern und auch den Handwerkern und Unternehmern. In einer der tschechischen Zeitungen wurde uns die Frage gestellt: Was erzählt ihr Deutschen denn eigentlich? Ihr habt doch auch Privatunternehmer! Ja, haben wir. Das ist aber eine besondere Art. Wir haben sogar Hitlergenerale – also ehemalige - aber die kämpfen gegen USA und westdeutschen Imperialismus. Das heißt, sie haben die geschichtliche Lehre bis zu Ende gezogen. Es gibt niemanden, der diskriminiert würde wegen seiner Vergangenheit. Also, wir sind den demokratischen Weg zum Sozialismus gegangen. Wir ziehen alle an einem Strang. Und daraus erklärt sich die gute Zusammenarbeit zwischen Partei, Wissenschaftlern und Studenten. Wir sind mit der Universitätsreform, sind die Professoren und Studenten so beschäftigt, dass sie nur den Fortschritt sehen. Sie haben gar keine Zeit sich mit der bürgerlichen Ideologie, die aus Westdeutschland importiert wird, zu beschäftigen. Lieber singen sie fröhliche Lieder, als dass sie diesen westdeutschen Quatsch hören. Das ist die reale Lage. Denn als wir aus der Presse erfuhren, dass sie eine Pressezensur abgeschafft haben, war man bei uns erstaunt, weil wir so etwas nicht kannten. Wir haben nie eine Pressezensur gehabt. Und Sie sehen, wir sind ganz gut vorwärts gekommen auch ohne Pressezensur. Das heißt, unsere Methoden waren andere. Die Methoden der Partei- und Staatsführung waren andere, als sie sich bei Ihnen entwickelt hatten. Wir haben uns niemals eingelassen auf Dezentralisierung. Wir haben überhaupt wenige organisatorische Experimente gemacht. Die Hauptfrage ist die Bewusstseinsentwicklung. Deswegen begrüßen wir das. Im gemeinsamen Kommuniqué wird ausdrücklich hervorgehoben die Bedeutung der sozialistischen Bewusstseinsentwicklung im Sinne des Marxismus-Leninismus. Was heißt denn das? Das heißt, die konstruktive, die schöpferische Entwicklung der Probleme der sozialistischen Gesellschaft bei gleichzeitigem Kampf gegen die Reste der bürgerlichen Ideologie im eigenen Land und dem Import westlicher Ideologie aus

dem Westen. Ich würde sagen: Dort wo man den Kampf vernachlässigt, immer dort sitzt der Gegner. Deswegen steht da nicht die Frage des Kampfes gegen rechte oder linke Abweichungen oder sonst etwas. Diese Fragen habe ich bei uns seit fünfzehn Jahren nicht mehr gehört. Sondern wir haben solche konstruktiven Aufgaben, dass es schöpferisch noch vorwärts geht. Es gibt höchstens Leute, die zeitweise zurückbleiben, zeitweise, und denen man helfen muss, mit vorwärts zu kommen.“

Walter Ulbricht kritisierte die CSSR nicht wirklich, sondern verglich mit der Situation der DDR. In seiner Rede zeichnete er jedoch eine etwas realitätsferne DDR, in der es angeblich nicht einmal eine Preszensur gab. Bei der Aufnahme der Rede, die synchron ins Tschechische übersetzt wurde, hört man immer wieder eine deutsche Stimme, die die Aussagen des SED-Chefs korrigierten oder ihm mit Wörtern auf die Sprünge half.⁸⁰ Anders als die fünf orthodoxen Warschauer-Pakt-Staaten verhielten sich Jugoslawien und Rumänien, die sich hinter die CSSR und ihre Reformen stellten. Im Sommer 1968 kündigten die beiden Staatspräsidenten Tito und Ceaușescu Besuche in Prag an, um die Freundschaftsverträge mit der Tschechoslowakei zu erneuern. Titos Besuch, der für Ende Juli geplant war, wurde immer wieder verschoben (Abendjournal 24. Juli; Mittagsjournal 31. Juli). Schließlich traf er am 9. August in Prag ein (Abendjournal). Grund für die Verschiebung waren wahrscheinlich die Treffen zwischen CSSR und UdSSR in Cierna nad Tisou und zwischen den sechs Warschauer-Pakt-Staaten in Bratislava. Während seines Aufenthaltes hielt der jugoslawische Staatspräsident Tito eine Pressekonferenz ab. Von größtem Interesse war der mögliche Abschluss eines Freundschafts- und Beistandsvertrages mit der CSSR. Präsident Tito betonte das gute Verhältnis der beiden Staaten, es wurden aber vor allem bilaterale Fragen wie die Wirtschaftsbeziehungen behandelt. Weiters begrüßte er den Demokratisierungsprozess in der CSSR.⁸¹

Mitte August kam dann der rumänische Staatspräsident Ceaușescu zu Besuch nach Prag. Am Vormittag des 16. August war der Freundschafts- und Beistandspakt unterzeichnet worden, wobei sich die Verpflichtungen lediglich auf Aktionen des Imperialismus bezogen. In einer Erklärung hieß es weiter, dass die Sicherheit in Europa nur in der Anerkennung der Nachkriegssituation, der bestehenden Grenzen und der Existenz zweier deutscher Staaten möglich wäre. Zum Abschluss der Gespräche hielt Ceaușescu eine Pressekonferenz ab. Er bezeichnete die Respektierung der Unabhängigkeit jeder Partei als grundlegende Voraussetzung für die Festigung des Sozialismus und betonte die Wichtigkeit der Souveränität und der Bereitschaft zur gegenseitigen Hilfe. Den COMECON, also den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe der Oststaaten, bezeichnete er als eine gute Basis für die

⁸⁰ JA-680813_a
⁸¹ JA-680810_a

wirtschaftliche Zusammenarbeit. In einem Punkt gab sich Ceausescu jedoch vorsichtig: Auf die Frage, ob die rumänische KP an der Zusammenarbeit mit den KPs Jugoslawiens und der CSSR interessiert wäre, da diese ähnliche Auffassungen zum Kommunismus teilten, erwiderte er, dass es in Europa neun sozialistische Staaten gäbe, die alle die gleichen Ansichten über die Entwicklung der Beziehungen zwischen ihnen hätten. Unterschiede gäbe es lediglich in der Verwirklichung der Prinzipien, nicht in den Prinzipien selbst.⁸² Nicht zu vergessen ist, dass auch CSSR und Ungarn am 14. Juni noch einen Freundschaftsvertrag abschlossen (Mittagsjournal 14. Juni).

1.2.6. Spekulationen über Verhandlungsergebnisse und tatsächliche Vorgänge

Der Gipfel in Warschau:

Die Warschauer Konferenz vom 14. und 15. Juli zwischen den fünf Warschauer-Pakt-Staaten wurde in den heute noch vorhandenen Journalbeiträgen nicht erwähnt. Es gab auch nicht allzu viele Beiträge vor und während der Verhandlungen, da diese streng geheim verliefen und im Vorfeld nicht angekündigt wurden. So gab es am 13. Juli zwei Beiträge zum Thema „Sowjetische Delegation überraschend nach Warschau abgereist“ und einen Beitrag am 15. Juli zum Warschauer Gipfel. Am 16. Juli gab Hugo Portisch im Mittagsjournal einen Lagebericht in der CSSR ab. Er sprach von einem an die KPC gerichteten Brief der Teilnehmerstaaten der Warschauer Gipfelkonferenz. Es hieß zwar, dass der Brief noch gar nicht eingelangt wäre, doch versuchte man ihn – ohne den Inhalt zu kennen – trotzdem zu analysieren. Hier verschiedene Schlüsse: Einerseits hieß es, die Warschauer Konferenz konnte für die CSSR gar nicht so schlimm ausgegangen sein, sonst würde nicht nur ein Brief geschickt werden. Andererseits war die Tatsache, dass die Konferenz so streng geheim verlaufen war, bedenklich. Dennoch wurde von Einstimmigkeit und freundschaftlicher Atmosphäre in Warschau gesprochen, obwohl die ungarische KP versprochen hatte, für die CSSR Partei zu ergreifen. Daher hätte, wenn sie Wort gehalten hätten, eher eine Atmosphäre der Unstimmigkeit herrschen sollen. Es war aber auch möglich, dass die Ungarn in ihrem Plädoyer Verständnis für die Tschechoslowakei heraufbeschworen hatten. Man war also skeptisch, umso mehr, als sich noch ein erheblicher Teil der sowjetischen Manövertruppen auf tschechoslowakischem Boden befanden. Es gab zwar Meldungen, dass die Sowjets bis spätestens 21. Juli die CSSR verlassen haben würden, gleichzeitig gab es aber wiederholt Appelle an die Sowjetunion, ihre Truppen doch endlich abzuziehen, mehr noch, dass sie gar kein Recht hätten, in der CSSR zu sein. Spekulationen besagten, dass

⁸² JA-680816_a

der Warschauer Brief in Zusammenhang mit einer weiteren Truppenstationierung stehen könnte.⁸³

Am 18. Juli wurde der Standpunkt des Parteipräsidiums zum Warschauer Brief veröffentlicht (siehe auch S. 8 und 9). Danach entstanden spontane Versammlungen in Arbeitsstätten und Büros, eine Resolution für Dubcek und die Regierung wurde gefordert. Die Inhalte des Warschauer Briefes wurden als Fehleinschätzung der politischen Situation in der CSSR betrachtet. Die Tschechoslowaken waren gegen eine Einmischung in innerparteiliche Angelegenheiten von außen und sahen mit Stolz auf die Standhaftigkeit der Regierung gegen den Druck der anderen Warschauer-Pakt-Staaten.⁸⁴

Was tatsächlich in Warschau geschah und in dem Brief stand: Die Entwicklung in der CSSR sei eine gemeinsame Angelegenheit aller kommunistischen Staaten, so sahen es die Vertreter der fünf Warschauer-Pakt-Staaten, eine Loslösung von der sozialistischen Gesellschaft würde nicht geduldet werden, hieß es in dem gemeinsamen Brief.⁸⁵ „Die Unterminierung der führenden Rolle der Kommunistischen Partei führt zur Liquidierung der sozialistischen Demokratie und der sozialistischen Ordnung“.⁸⁶ Sie beschlossen ein Schlüsselement der Breschnew-Doktrin: die partielle Souveränität. Dies bedeutete, wenn ein Teil des sozialistischen Blockes die anderen zu destabilisieren drohte, so hätte der gesamte Block das Recht, in interne Angelegenheiten zu intervenieren.⁸⁷ In dem Brief beanspruchten sie neben einer Kursänderung in der CSSR das Recht, jedem sozialistischen Staat erbeten oder ungebeten zu Hilfe zu kommen, wenn ihrer Ansicht nach die Basis der sozialistischen Ordnung gefährdet schien.⁸⁸

Ganz so deutlich wurde dieser Beschluss in dem Brief nicht formuliert. Man begnügte sich mit Anklagen und Drohungen, dass der Fall der CSSR eine gemeinsame sozialistische Angelegenheit sei:

„Deshalb müssen wir solidarisch und geeint sein in der Verteidigung der Errungenschaften des Sozialismus, unserer Sicherheit und der internationalen Position der ganzen sozialistischen Gemeinschaft. Deshalb meinen wir, dass die entschiedene Zurückweisung der Angriffe der antikommunistischen Kräfte und die entschlossene Verteidigung der sozialistischen Ordnung in der Tschechoslowakei nicht nur Ihre, sondern auch unsere Aufgabe ist.“⁸⁹

⁸³ JM-680716_b

⁸⁴ JA-680718_a

⁸⁵ www.kssursee.ch

⁸⁶ Bertleff, Erich. Mit bloßen Händen. Der einsame Kampf der Tschechen und Slowaken 1968. Wien-München-Zürich 1968. S. 201

⁸⁷ Radio Prag, 17.08.1998

⁸⁸ Hoensch. S. 168

⁸⁹ Bertleff. S.207

Gleichzeitig wurde Kritik an der tschechoslowakischen Regierung geübt, nicht das nötige Engagement im Kampf gegen die antikommunistischen Strömungen aufzubringen:

„Der gesamte Verlauf der Ereignisse in Ihrem Lande während der letzten Monate lässt keinen Zweifel daran, dass die von den imperialistischen Zentren unterstützten Kräfte der Konterrevolution eine breit angelegte Offensive gegen die sozialistische Ordnung entfaltet haben, ohne auf die erforderliche Zurückweisung von Seiten der Partei und der Volksmacht zu stoßen.“⁹⁰

Der Brief endet mit einem scheinbaren Angebot:

„Wir möchten der Überzeugung Ausdruck geben, dass die KPC in Erkenntnis ihrer Verantwortung die erforderlichen Maßnahmen treffen wird, um der Reaktion den Weg zu versperren. In diesem Kampf können Sie stets auf die Solidarität und jedwede Hilfe von Seiten der sozialistischen Bruderländer rechnen.“⁹¹

Radio Prag schreibt, dass die Mitglieder der KPC – trotz Einladung - ihre Teilnahme an dem Treffen in Warschau verweigert hatten.⁹² Dubcek war der Meinung, dass das Fünfertreffen verfrüht wäre und zuerst bilaterale Treffen erfolgen müssten.⁹³ Die Vertreter der fünf Warschauer-Pakt-Staaten bemerkten das Fehlen der Tschechoslowaken in ihrem Brief mit folgenden Worten:

„Leider hat das Präsidium des ZK der KPC nicht an diesem Treffen teilgenommen und die Möglichkeit einer kollektiven kameradschaftlichen Erörterung der entstandenen Situation nicht genutzt.“⁹⁴

Zwischen dem 10. Juli und der Invasion in der Nacht auf 21. August verging wiederum kaum ein Tag ohne Berichte aus Prag in den Journalen. Schließlich war dieser kurze Zeitraum äußerst bewegt: Gipfel in Warschau, Cierna nad Tisou und Bratislava, Besuche von Tito, Ceausescu und Ulbricht. Und der ORF berichtete ausführlich. Am 19. Juli beispielsweise hielt das Zentralkomitee der KPC eine außerordentliche Sitzung ab, ein Thema, das fünf von neun Beiträgen des Mittagsjournals in Anspruch nahm – keiner davon ist jedoch erhalten.

Das tschechoslowakisch – sowjetische Treffen in Cierna nad Tisou:

⁹⁰ Ders. S.204

⁹¹ Bertleff. S.208

⁹² Radio Prag, 17.08.1998

⁹³ Dubcek. S. 240 f.

⁹⁴ Bertleff. S. 200

Am 20. Juli erwähnte der Sekretär des ZK der KPC, Vaclav Slavik, dass die Führung der Sowjetunion zu bilateralen Gesprächen eingeladen hatte.⁹⁵ Dazu waren noch vier Fragen zu klären: Verhandlungsort, Verhandlungsdatum, Verhandlungsinhalte, Verhandlungsteilnehmer. Denn Prag wollte nicht auf der Ebene des Parteipräsidiums verhandeln, sondern nur eine Delegation entsenden, da im Präsidium vier konservative Novotny-Anhänger saßen, die in den Verhandlungen die Meinung der Sowjets unterstützen würden.⁹⁶ Letztendlich wurde aber der sowjetische Wunsch akzeptiert: Beide Parteipräsidien nahmen geschlossen an den Verhandlungen teil.⁹⁷ Die Aussprache zwischen Prag und Moskau fand vom 29. bis zum 31. Juli in Cierna nad Tisou, an der Grenze zwischen Tschechoslowakei und Ukraine, statt. Beiträge gab es bei diesem Gipfel viele, sowohl im Vorfeld als auch währenddessen. Vor allem zu Beginn der Verhandlungen wurde viel berichtet (fünf Beiträge im Mittagsjournal des 29. Juli 1968). Erhalten ist auch hiervon nichts. In den Abendstunden des 31. Juli gaben unbestätigte Meldungen Auskunft von der Beendigung der sowjetisch-tschechoslowakischen Besprechungen in Cierna nad Tisou.⁹⁸ Das Schlusskommuniqué über Verlauf und Ergebnis der Besprechungen wurde aber erst am nächsten Tag veröffentlicht. Ursprünglich umfasste das Kommuniqué der UdSSR 5 Seiten, jenes der CSSR 2,5 Seiten. Veröffentlicht wurde jedoch ein Kommuniqué von nur 36 Zeilen, wobei sechzehn Zeilen davon lediglich Aufzählungen der Gesprächsteilnehmer waren. Der Rest war eine kurze Erklärung der nächsten Schritte, weit reichende Beschlüsse wurden nicht genannt. Der Ausgang der Gespräche wurde in der CSSR als Sieg gefeiert. Als erstes Zeichen des Sieges wurde die Einstellung der Angriffe der Presse der fünf Länder des Warschauer Paktes gegen die CSSR gewertet. Dennoch war noch nicht der Krieg gewonnen, hieß es. Denn für Samstag, den 3. August, war ein Treffen zwischen CSSR und den fünf anderen Warschauer-Pakt-Staaten geplant, während dessen sich die CSSR noch einmal rechtfertigen müsste, dass sie weder den Warschauer Pakt angreifen noch den Ostblock schwächen wollte. Dann würde entschlossen werden, ob die CSSR ihre neue Linie fortsetzen könnte.⁹⁹ Der Verhandlungsort würde Bratislava sein.¹⁰⁰

Die sowjetische Presse zeichnete auf der anderen Seite ein ganz anderes Bild von der Situation, wie Alfons Dalma in seinem Tageskommentar zusammenfasste: Während in Prag die erste Reaktion zuerst eine Siegesstimmung und dann Ungewissheit war, sagte man in Moskau, dass es zu keiner Einigung gekommen war, dass die Partie weitergespielt würde und ihren Höhepunkt bei dem Treffen in Bratislava hätte. Denn dort würden die tschechoslowakischen Reformer einem neuen kombinierten Druck ausgesetzt werden:

⁹⁵ JA-680720_a

⁹⁶ JA-680723_a

⁹⁷ Schott. S.29

⁹⁸ JA-680731_a

⁹⁹ JA-680801_a

¹⁰⁰ JA-680801_b

militärisch durch die Manöver in der Umgebung, politisch durch die Konfrontation mit allen fünf Parteien und psychologisch durch die Fortdauer der beiden anderen Druckarten.¹⁰¹

Dubcek bestätigte, dass die Nachrichten über die Verhandlungen in Cierna nad Tisou, die an die Öffentlichkeit gelangten, sehr spärlich waren. Journalisten war es untersagt, über die Konferenz zu berichten, da das sowjetische Politbüro dagegen war. Dubcek meinte, dass das immer der Fall gewesen war, wenn es die Öffentlichkeit nicht unter Kontrolle hatte. Die Konferenz geriet in eine Sackgasse, man war sich so uneinig wie nie zuvor. Es war Breschnews Vorschlag gewesen, die Verhandlungen am Bahnhof im Klubhaus der Eisenbahner abzuhalten.¹⁰² Die Dolmetscherin Jana Neumannova, beschrieb die Stimmung in Cierna nad Tisou als alles andere als freundschaftlich: Dolmetscher, technisches Personal, aber auch das Politbüro und der Präsident der CSSR wohnten während der drei Tage im Zug. Die sowjetische Delegation kam mit dem Zug zum Verhandeln, fuhr aber mittags und abends immer wieder über die sowjetische Grenze, um dort zu essen und zu nächtigen. Eine derartige Ablehnung der Gastfreundschaft galt in slawischen Ländern als überaus unhöflich. Der erste Tag verlief nach dem Protokoll, am zweiten Tag forderte Breschnew Bilak zum Sprechen auf, danach Rigo, Piller, Barbirek und Kolder. Alle nahmen die sowjetische Sichtweise ein. Am dritten Tag verspäteten sich die Sowjets und trafen erst um 14 Uhr am Bahnhof ein.¹⁰³ Dubcek erklärte die Verspätung mit einer plötzlichen Krankheit Breschnews. Als er Breschnew in seinem Wagon einen Besuch abstattete, fand er diesen in seinem Pyjama im Bett vor. Müdigkeit und Kopfschmerzen waren lediglich vorgetäuscht. Breschnew wiederholte seinen Wunsch für ein Treffen der sechs Warschauer-Pakt-Staaten, das heißt ohne Rumänien und Jugoslawien. Dubcek hatte die Hoffnung, dass ein solches Treffen den Warschauer Brief bereinigen könnte, und willigte ein. Man einigte sich auf den 3. August 1968, also zwei Tage nach dem Treffen in Cierna nad Tisou.¹⁰⁴

Schott schreibt, dass Dubcek keine Möglichkeit hatte, das von tschechoslowakischer Seite vorbereitete Communiqué über das bilaterale Treffen vorzulegen - Breschnew präsentierte sein Communiqué, die tschechoslowakischen Einwände waren darin mehr oder weniger berücksichtigt, dann schloss er die Sitzung.¹⁰⁵ Dubcek formulierte diesen Punkt anders: Er meinte, dass es vereinbart war, kein Protokoll über die Verhandlungen zu führen: Er hielt sich daran, die Sowjets nicht.¹⁰⁶

Der Gipfel in Bratislava:

¹⁰¹ JA-680801_e

¹⁰² Dubcek. S. 146

¹⁰³ Schott. S.30 ff.

¹⁰⁴ Dubcek. S. 248

¹⁰⁵ Schott. S.30 ff.

¹⁰⁶ Dubcek. S. 247

Zwei Tage später, am 3. August, fand die Konferenz der sechs Warschauer-Pakt-Staaten in Bratislava statt. Dies wurde in den Journalen überaus ausführlich behandelt, vermutlich deshalb, weil diese Konferenz unter großem Medienrummel stattfand: Es wurde eine überbordende Freundschaft demonstriert, man begrüßte sich, anders als in Cierna, mit heftigen Umarmungen und Brüderküssen.¹⁰⁷ Ein Detail aus Dubceks Memoiren: Er erwähnte Breschnews Vorliebe, „für die Kamera zu küssen“. Um das zu vermeiden, hielt Dubcek einen großen Blumenstrauß bereit, als Schild, um Breschnews Küsse abzuwehren. So geschah es dann auch.¹⁰⁸ Über die Inhalte der Besprechungen konnte man dennoch nur spekulieren.¹⁰⁹ Auch in Moskau gab es bis in die Abendstunden keine bemerkenswerten Reaktionen auf die Verhandlungen in Bratislava. Einzige Anomalie war das Nichterscheinen der Zeitung *Istvestia*. Offensichtlich wartete man auf das Kommuniqué. Grundsätzlich waren die Menschen in Moskau aber pessimistischer als in Prag - man erwartete höchstens einen Kompromiss.¹¹⁰

Die Verhandlungen gingen tatsächlich noch am selben Abend zu Ende – die Deklaration von Pressburg wurde im Rathaus unterzeichnet. Über den Inhalt des Dokumentes war man sich schon zu Mittag einig, am Nachmittag ging es lediglich um die Formulierung, selbst um einzelne Worte wurde gefeilscht, hieß es. Der Inhalt behandelte die weitere Zusammenarbeit der Warschauer-Pakt-Länder und die weitere Entwicklung des Sozialismus im Allgemeinen. Spekulationen zufolge waren innenpolitische Themen nicht enthalten, auch nicht jene der CSSR. Gerüchte sprachen von Schwierigkeiten, die Polen und Ostdeutschland verursacht haben sollten. Dennoch hieß es, dass die Übereinkunft von Cierna nad Tisou sanktioniert wurde. In einem Radiointerview am Nachmittag erklärte Parlamentspräsident Smrkovsky, dass der eingeschlagene Weg der Demokratisierung fortgesetzt würde und es ausschließlich Sache der KPC wäre, wie es innenpolitisch weiter gehen würde. Wie es zu diesem Zeitpunkt aussah, hatte Dubcek auch die zweite Runde gewonnen, und das ohne jedwede Konzessionen.¹¹¹

Tatsächlich, beschrieb Zdenek Mlynar später, hatten die Sowjets ihren Text vorgelegt. Die anderen Teilnehmerstaaten konnten dazu Bemerkungen machen, doch nicht alle Änderungsvorschläge wurden in das Papier aufgenommen. Nach außen zelebrierte man Einverständnis und bekräftigte den Zusammenhalt der sozialistischen Staaten. Selbst in der tschechoslowakischen Regierung machte sich Hoffnung breit, einige Mitglieder beschlossen sogar auf Urlaub zu fahren, um sich vor dem Parteitag am 9. September noch zu erholen. Die sowjetische Presse stellte ihre Polemik ein. Die Welt wurde von einem gelungenen

¹⁰⁷ Schott. S.34

¹⁰⁸ Dubcek. S. 249

¹⁰⁹ JM-680803_a

¹¹⁰ JA-680803_a

¹¹¹ JA-680803_b

Kompromiss überzeugt.¹¹² Dubcek beschrieb das Dokument als vor Klischees strotzend, voll leerer Anspielungen auf Imperialismus, Kolonialismus und Revanchismus.¹¹³ Es war also ganz und gar nicht verwunderlich, dass nach der Konferenz in Bratislava auch im ORF von einem Sieg Dubceks die Rede war.

1.2.7. Die Angst vor einer möglichen Intervention

Man könnte glauben, dass die Partei- und Regierungsführung der CSSR die Situation völlig unterschätzte und keinen Militärschlag erwartete. KPC-Chef Dubcek und Präsident Swoboda gaben sich in ihren Reden tatsächlich zuversichtlich, siegessicher und zielstrebig, wie oben in den Zusammenfassungen und Auszügen der Reden in den ORF-Journalen erwähnt wurde. Ob sie sich auch tatsächlich so sicher fühlten, wie sie sich vor der Bevölkerung gaben, ist fraglich. Schott behauptet, dass Dubcek nicht bereit war, an ein Eingreifen der Verbündeten zu glauben, sondern auf sein gutes Verhältnis zu Moskau vertraute.¹¹⁴ Dubcek selbst schrieb in seinem Buch, dass er „keine Kristallkugel hatte, die die Invasion der Russen prophezeit hätte“. Er gab zu, dass er zwischen Jänner und August 1968 niemals die Möglichkeit eines Einmarsches erwogen hatte.¹¹⁵ Die ORF-Redakteure und Korrespondenten fragten jedoch immer wieder nach einer möglichen Bedrohung von außen. Westliche Geheimdienste hatten angeblich im Juni erstmals die Gefahr einer Invasion erwähnt.¹¹⁶ Das österreichische Verteidigungsministerium hatte sich schon vor Anfang Juni auf eine mögliche Invasion vorbereitet.¹¹⁷ Kun schreibt, dass die Londoner Zeitung Sunday Express bereits am 24. März 1968 die Möglichkeit einer Militärintervention ansprach.¹¹⁸ Die Kommunisten hatten da eine andere Einschätzung: Schon am 7. Mai 1968 wurde Ladislav Mnacko in einem Interview gefragt, was er über die Möglichkeit einer militärischen Intervention dachte. Er hielt dies für gänzlich ausgeschlossen.¹¹⁹ Selbst nach der Warschauer Konferenz hielt der Sekretär des Zentralkomitees der KPÖ, Erwin Scharf, eine Intervention noch für unwahrscheinlich, da es sich in der CSSR um eine Entwicklung innerhalb des Kommunismus handelte und nicht um eine Entwicklung, die sich vom Kommunismus entfernte. Weiters war er überzeugt, dass ein monolithischer Weltkommunismus nicht mehr angestrebt würde, sondern dass jede kommunistische Partei von den konkreten

¹¹² Schott, 1991, S.35 ff.

¹¹³ Dubcek, S. 249 f.

¹¹⁴ Schott, S.25

¹¹⁵ Dubcek, S. 191

¹¹⁶ Schott, S. 24

¹¹⁷ Vodopivec, Alexander. Der verspielte Ballhausplatz. Vom schwarzen zum roten Österreich. Wien 1970. S. 105

¹¹⁸ Kun, S. viii

¹¹⁹ JM-680507_a

Gegebenheiten und Bedürfnissen in ihrem Lande ausgehen müsste.¹²⁰ Genau einen Monat später gab sich auch der ORF-Journalist Alfred Macher zuversichtlich, dass die neue Politik der CSSR ihren Weg machen könnte, und dies vor allem durch die Unterstützung von Rumänien und Jugoslawien.¹²¹

Was aber nicht nur die CSSR beunruhigte, waren die sowjetischen Truppenmanöver im Land, von denen im Abendjournal des 23. Juli gesprochen wurde. In Prag wurde dazu nicht sofort Stellung genommen, weil man schon an den vorangegangenen Tagen widersprüchliche Informationen über Abzug und Nicht-Abzug gehört hatte.¹²² Tatsächlich war in den Journalbeiträgen sehr oft die Rede von Truppenabzug und Manövern, ein Thema, das das Nachbarland Österreich naturgemäß zu interessieren hatte. Von den sechs Beiträgen zwischen dem 3. und 16. Juli, sowie dem Bericht von den größten sowjetischen Manövern seit Kriegsende am 10. August ist jedoch nichts mehr erhalten. Offiziell wurden die Manöver Anfang Juli als beendet erklärt, dennoch verließen die Stabsabteilungen die CSSR nicht.¹²³

Am 20. August ereignete sich wieder etwas Verdächtiges. Das Zentralkomitee der KPdSU trat – unbestätigten Meldungen zufolge - überraschend zusammen. Inhalte wurden nicht bekannt gegeben, jedoch war anzunehmen, dass es um die CSSR ging. Breschnew, Kossygin und Podgorny hatten für die Sitzung sogar ihren Urlaub unterbrochen. Die Prawda veröffentlichte immer mehr Angriffe gegen die Prager Führungsspitze und die tschechoslowakische Presse. Die Polemik wurde immer schärfer und näherte sich im Ton jenem des Warschauer Briefes vom 15. Juli. Die sowjetische Führung konnte sich demnach nicht mit den Neuerungen in der CSSR abfinden. Die Sitzung, so sie tatsächlich stattfand, galt für den Moskauer Korrespondenten Lothar Löwe als außergewöhnlicher Vorgang und als Zeichen, dass einschneidende Entscheidungen in Moskau bevorstünden.¹²⁴

Eine weise Voraussicht, denn wenige Stunden nach dieser Aussage rückten die Truppen der fünf Warschauer-Pakt-Staaten in die Tschechoslowakei ein.

¹²⁰ JM-680717_a

¹²¹ JA-680817_a

¹²² JA-680723_a

¹²³ Schott. S.27.

¹²⁴ JA-680820_a

2. Sieben Tage im August: Der Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die Tschechoslowakei

2.1. Die Ereignisse vom 21. bis 28. August 1968 (Hintergrundinformation)

Am 20. August 1968 um 23 Uhr rollten an achtzehn Punkten die ersten Panzer über die Grenze in die Tschechoslowakei. Die Anzeichen zu diesem Schritt hatten sich zwar schon seit einiger Zeit verhärtet, die tschechoslowakische Bevölkerung und die gesamte Weltöffentlichkeit reagierten jedoch völlig überrascht.¹²⁵ Ursprünglich war die Armee nur 200.000 Mann stark, wurde dann aber auf 800.000 aufgerüstet.¹²⁶ Die Okkupationstruppen stammten aus fünf Warschauer-Pakt-Staaten: der Sowjetunion, der DDR, Polen, Bulgarien und Ungarn. Rumänien und Albanien beteiligten sich nicht an der Intervention. Innerhalb weniger Stunden wurden die wichtigsten Positionen des Landes besetzt. Die tschechoslowakische Armee wurde von Seiten ihrer Regierung dazu aufgerufen, keinen Widerstand zu leisten. Staatspräsident Svoboda forderte die Bevölkerung übers Radio auf, Ruhe zu bewahren.¹²⁷

Die russische Führung rechtfertigte die Intervention mit der „Breschnew-Doktrin“ von der „begrenzten Souveränität der sozialistischen Staaten“ und der „gemeinsamen internationalen Pflicht zur Verteidigung des Sozialismus“.¹²⁸ Weiters hatte sie den Vorwand, die Parteispitze in Prag hätte in einem Hilferuf nach Unterstützung gegen die imperialistischen Kräfte im Land verlangt. Dieser Hilferuf wurde auch in der sowjetischen Presseagentur TASS veröffentlicht.¹²⁹ Die tschechoslowakische Regierung dementierte geschlossen.

Scheinbar hatte sich die sowjetische Parteiführung die Intervention anders vorgestellt. Radio Prag beschreibt den Plan der tschechoslowakischen Hardliner mit dem Kreml: Bei einer Parteisitzung der KPC am Abend des 20. August wollten die Konservativen einen Misstrauensantrag an den reformierten Flügel der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei stellen. Zu demselben Zeitpunkt sollten die Warschauer-Pakt-Truppen einmarschieren, sodass die Konservativen die Macht übernehmen könnten. Am nächsten Tag hätte eine außerordentliche Plenarsitzung einberufen werden sollen, in der die Konservativen offiziell die Hilfeleistung der anderen Warschauer-Pakt-Staaten begrüßen würden. Es war vorgesehen, Zeitungen, Radio, Fernsehen und Telefonzentralen zu übernehmen.¹³⁰

¹²⁵ APA Dossier

¹²⁶ Radio Prag, 16.08.1998, The intervention.

¹²⁷ Ebd.

¹²⁸ www.kssursee.ch

¹²⁹ Radio Prag, 16.08.1998, The intervention.

¹³⁰ Ebd.

Es kam anders. Das Zentralkomitee der KPC hielt schon zwei Stunden nach Beginn der Intervention eine Notsitzung ab. Dabei veröffentlichte die Regierung eine Deklaration an die tschechoslowakische Bevölkerung, die besagte, dass die Intervention ohne ihr Einverständnis stattfand, und dass dies ein Zu widerhandeln der sozialistischen Prinzipien und des internationalen Rechtes sei. Weiters forderten sie die Bevölkerung auf, Ruhe zu bewahren und den Eindringlingen keinen Widerstand zu leisten. Das tschechoslowakische Radio und Fernsehen konnte vorerst nicht zum Schweigen gebracht werden. Ab 4.30 Uhr früh des 21. August 1968 wurden die Vorgänge im Land veröffentlicht. Der Geheimdienst gründete zwar den Pro-Invasions-Sender Vltava, gleichzeitig bildete sich aber ein Netzwerk von regionalen Sendestationen, die sich der Okkupation entgegenstellten, um mit dem Rest der Nation und der Welt in Verbindung zu bleiben.¹³¹ Dubcek, Cernik, Smrkovsky, Kriegel, Spacek und Simon wurden verhaftet.¹³² Davor wurde schon über einen außerordentlichen Parteitag gesprochen, der zur Sicherheit an einem geheimen Ort abzuhalten wäre.¹³³

Die Konservativen der KPC erhielten am 22. August beim außerordentlichen 14. Parteitag der KPC im Prager Vorort Vysocany nicht die Mehrheit, wie sie es Breschnew versprochen hatten, und konnten somit nicht legal die Macht ergreifen. Die tschechoslowakische Bevölkerung demonstrierte und leistete passiven Widerstand. Sie akzeptierte die Truppen des Warschauer Paktes nicht als Befreier, sondern erachtete sie als Besetzer.¹³⁴

Hoensch beschreibt die Uneinigkeit, die im Politbüro der KPdSU herrschte, nachdem klar war, dass alle Versuche, den geschlossenen Widerstand der Tschechen und Slowaken zu überwinden, gescheitert waren. Auf der einen Seite standen die „Falken“, zu ihnen gehörte unter anderem Staatsoberhaupt Nikolaj Podgorny. Sie forderten die sofortige Entlassung aller Reformer, brutale Repressionen gegen die Bevölkerung und Einsetzung eines offenen sowjetischen Besatzungsregimes. Auf der anderen Seite standen die „Tauben“, zu denen der Premierminister Aleksey Kosygin und wahrscheinlich auch Parteichef Leonid Breschnew zählten. Sie vertraten die Ansicht, dass sich bei der strikt überwachten Durchführung der zur „Normalisierung“ notwendig erachteten Auflagen sich der tschechoslowakische Reformeifer ebenso verschleißen lassen werde wie die unbotmäßigen Reformpolitiker. Letztendlich siegte die von den „Tauben“ vertretene Auffassung.¹³⁵

Parteichef Dubcek und andere hochrangige Politiker wurden umgehend festgenommen und, wie sich später herausstellte, nach Moskau gebracht.

Eine moskautreue Gruppe um den ZK-Sekretär Alois Indra versuchte vergeblich folgende Vorsätze zu realisieren: das Zustandebringen eines Kollaborationskabinetts, die Verhinderung des außerordentlichen 14. Parteitages, das Durchbrechen des Generalstreiks,

¹³¹ Ebd.

¹³² Kun. S. xi

¹³³ Dubcek. S. 266

¹³⁴ Radio Prag, 16.08.1998, The intervention.

¹³⁵ Hoensch. S. 171 f.

die Ausschaltung der im Untergrund arbeitenden Informationsorgane, die Begeisterung der Bevölkerung für die „Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften“. Alle diese Vorhaben scheiterten. Erst danach erklärte sich die Kremlföhrung bereit, den tschechoslowakischen Staatspräsidenten Svoboda in Moskau zu empfangen.¹³⁶

Zwei Tage nach der Intervention, am 23. August 1968, wurde Präsident Svoboda zusammen mit Verteidigungsminister Martin Dzur, Vizepremier Gustav Husák, Justizminister Bohuslav Kucera und den ZK-Mitgliedern Bilak und Indra (die beiden letzteren galten als Kollaborateure) offiziell zu Gesprächen nach Moskau gerufen.¹³⁷ Über den genauen Verlauf der vom 23. bis zum 26. August andauernden Gespräche ist nicht viel bekannt. Die Tatsache aber, dass die von den Sowjets verhafteten Reformer wie Parteichef Dubcek, Premierminister Černík und Parlamentspräsident Smrkovsky auf Verlangen des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Svoboda am 24. August hinzugezogen wurden, erlaubt einige Rückschlüsse.¹³⁸ Angeblich hatte der Präsident gedroht, sich im Kreml zu erschießen, wenn die Sowjets nicht die verhafteten Staatsmänner freigeben würden.¹³⁹ Dubcek schreibt, dass Svoboda Cernonko gedroht hatte, sich eher zu erschießen, als die Regierung des Verräters Indra zu legitimieren. Und das war noch in Prag.¹⁴⁰ Während der Verhandlungen war die tschechoslowakische Delegation erheblichem Druck und Drohungen ausgesetzt, isoliert von der eigenen Bevölkerung, ohne Information über die Geschehnisse in ihrem Land. Zwei Tage später wurde das Moskauer Protokoll verabschiedet. Die Vereinbarungen kamen einer faktischen Kapitulation der Tschechoslowakei gleich: Sie beinhalteten die Aufhebung fast aller Reformprojekte und den Beschluss, die Okkupationstruppen im Land zu belassen, bis sich die Lage in der CSSR normalisierte. Die Pressezensur wurde wieder eingeführt, die Kontakte zwischen KPC und KPdSU intensiviert. Die meisten Regierungsmitglieder wurden vorerst in ihrem Amt belassen. Grund dafür war vermutlich der starke Rückhalt, den sie durch die tschechoslowakische Bevölkerung genossen. Einzelne leitende Reformpolitiker wie der stellvertretende Ministerpräsident Ota Šik wurden abgesetzt.¹⁴¹ Die Bevölkerung beendete den Widerstand. Der Prager Frühling war beendet. An die siebzig Personen hatten bei der Invasion ihr Leben verloren,¹⁴² andere Quellen sprechen von 98 Tschechen und Slowaken, sowie etwa 50 Soldaten des Warschauer Paktes.¹⁴³ Der Prager Winter war gekommen.

¹³⁶ Ders. S. 172

¹³⁷ Radio Prag, 16.08.1998, The intervention.

¹³⁸ Hoensch. S. 172

¹³⁹ Schott. S 56

¹⁴⁰ Dubcek. S. 274 f.

¹⁴¹ www.friedenspaedagogik.de

¹⁴² www.kssursee.ch

¹⁴³ lexikon.freenet.de

2.2. Die Okkupation in den ORF-Radio-Journalen: Die Berichterstattung

Über die Ereignisse in der Tschechoslowakei nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten ist in der Dokumentation des ORF überdurchschnittlich viel erhalten. Das kommt daher, dass im Wiener Rathaus die Nachrichtenjournale dieser Zeit auf Kassette mitgeschnitten wurden. Die Aufnahmen kamen Jahre später in den Besitz des ORF.

Der ORF selbst hatte nur einzelne Beiträge aufbewahrt, mehr als in anderen Perioden, aber eben doch nur Einzelbeiträge und keine kompletten Journale mit Moderation. Eine Übersicht über das gesendete und davon noch vorhandene Material von den ersten acht Tagen nach dem Einmarsch gibt die Tabelle 1.

Tab. 1: Diese Tabelle zeigt, von welchen Tagen in der Woche vom 21. bis zum 28. August 1968 komplette Journale vorhanden sind. Weiters stellt sie dar, wie viele Beiträge jedes Journal hatte und wie viele Beiträge pro Journal noch erhalten sind.

Das Morgenjournal wird mit FJ abgekürzt, das Mittagsjournal mit MJ und das Abendjournal mit AJ.

In den Klammern steht die Anzahl der Beiträge, die andere Themen behandeln als den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die CSSR.

Der 25. August war ein Sonntag, es gab kein Mittagsjournal.

	Komplette Journale vorhanden			Anzahl der gesendeten Beiträge			Anzahl der vorhandenen Beiträge		
	FJ	MJ	AJ	FJ	MJ	AJ	FJ	MJ	AJ
21. August	x	-	x	7	15	13	7	9	13
22. August	x	-	x	7	11 (2)	12	7	9 (1)	12
23. August	x	x	x	5	14 (1)	12	5	14 (1)	12
24. August	x	x	-	5	12	5	5	12	11
25. August	x	keines	x	4	keines	11	4	keines	11
26. August	x	-	x	6	15 (2)	10	6	11 (2)	10
27. August	x	x	-	4	12	11 (2)	4	12	3
28. August	x	x	-	4 (1)	12	8 (3)	4 (1)	12	0

Im Zeitraum vom 21. bis zum 28. August 1968 sind alle Morgenjournale (FJ) komplett vorhanden. Mittagsjournale (MJ) gibt es noch komplett vom 23. und 24. August, sowie vom 27. und 28. August. Die Abendjournale (AJ) vom 24., 27. und 28. August sind nicht mehr erhalten, die anderen fünf Abendjournale hingegen schon. Am Sonntag, den 25. August, wurde ein Morgen- und ein Abendjournal produziert, nicht aber ein Mittagsjournal. Hier gilt anzumerken, dass im Jahr 1968 an Sonntagen keine Nachrichtenjournale ausgestrahlt wurden. Es handelt sich hier also um eine Ausnahme.

Die Morgenjournale waren mit Ausnahme von jenem am 28. August alle monothematisch, das heißt inhaltlich ausschließlich einem einzigen Thema, und zwar der CSSR, gewidmet.

Die Mittagsjournale vom 22., 23. und 26. August behandelten ein bis zwei Nicht-CSSR-Themen, die restlichen Mittagsjournale waren ebenfalls monothematisch und in den

Abendjournalen wurden erst am 27. und 28. August Beiträge gestaltet, die sich nicht um die Ereignisse in der Tschechoslowakei drehten.

2.2.1. Die Geburt des Morgenjournals

Die Truppen der fünf Warschauer-Pakt-Staaten marschierten in der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 in die Tschechoslowakei ein. Am Morgen des 21. August wurde eine detaillierte Berichterstattung über die Ereignisse notwendig. Bis zu diesem Tag gab es um 7 Uhr früh die Sendung „Gestern Abend in der Welt“, in der über die Geschehnisse des jeweiligen Vorabends berichtet wurde. Die Geschehnisse in der CSSR führten am 21. August 1968 um 7 Uhr zum ersten Morgenjournal des ORF. Das Morgenjournal wurde von diesem Tag an beibehalten.

2.2.2. Sendungsaufbau

Der grundsätzliche Aufbau der Journale, die über die erste Woche nach dem Einmarsch der Truppen der fünf Warschauer-Pakt-Staaten berichteten, war so wie in jedem anderen Journal: Signation, Begrüßung, Nachrichtenblock, Wetter, Beiträge, Schlussnachrichten, Signation. Von diesem Schema gibt es aber einige Abweichungen.

Die Mittagsjournale behielten ihre ursprüngliche Dauer von knapp einer Stunde, Morgen- und Abendjournale wurden verlängert. Die Morgenjournale variierten in ihrer Dauer von 24 bis 35 Minuten statt der herkömmlichen 15 bis 20 Minuten. Das Abendjournal wurde von den üblichen 30 bis 45 Minuten auf eine Stunde verlängert. (Tab. 2)

Die Moderation in den Journalen dieses Zeitraumes war in den meisten Fällen sehr knapp gehalten und diente lediglich der Überleitung von einem Telefoninterview zum nächsten.

Die Journale waren, im Gegensatz zu herkömmlichen Journalen, oft monothematisch. Das bedeutet, dass nur ein Thema, und zwar jenes der Lage in der CSSR und die Reaktionen darauf, behandelt wurde. Sie gaben keinen Überblick über das Weltgeschehen. Tabelle 2 zeigt jedoch, dass vereinzelt auch andere Themen angesprochen wurden. Am 21. August 1968 waren alle drei Journale monothematisch. Am 22. und 23. August wurden im Mittagsjournal bereits zwei bzw. ein Beitrag zu einem anderen Thema gebracht: Diese Themen waren die Abreise von Papst Paul VI. zum Eucharistischen Kongress nach Bogota, sowie die Lage in Vietnam. Am 24. und 25. August waren die Journale wieder monothematisch und am 26. August begann der Parteikonvent der demokratischen Partei der Vereinigten Staaten von Amerika in Chicago, in dem der zukünftige demokratische

Präsidentenchaftskandidat ermittelt wurde. Dieser Konvent wurde im Mittagsjournal des 26. August, in den Abendjournalen des 27. und 28. August, sowie im Morgenjournal des 28. August behandelt. Weitere Themen waren die Weltraumkonferenz im Abendjournal des 27. August, die Vertagung der Abrüstungskonferenz in Genf und die Aufwertung der D-Mark im Abendjournal des 28. August. (Tab. 2).

Tab. 2.: Dauer der Journale in der Woche nach dem Einmarsch der Truppen der Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR, sowie die Dauer des Nachrichtenblockes zu Beginn des Journals (Nachrichten I) und am Schluss des Journals (Nachrichten II). Nach dem zweiten Nachrichtenblock wurden häufig Nachrichten in tschechischer Sprache gespielt (Nachrichten CS).

Beim ersten Nachrichtenblock ist neben der Dauer des gesamten Blockes in Klammer noch die Dauer der Meldungen angegeben, die lediglich das Thema CSSR behandeln. Die Differenz ist die Dauer der Meldungen, die andere Themen behandeln. „Mono“ bedeutet monothematisch. Beim zweiten Nachrichtenblock geben in Klammer geschriebene Zahlen und Kommentare Hinweise auf Meldungen mit anderem Thema als der CSSR. „1x“ bzw. „3x“ bedeutet, dass ein bzw. drei andere Meldungen im Nachrichtenblock vorkommen, „nur andere“ bedeutet, dass keine der Meldungen das Thema CSSR behandelt.

NK bedeutet „nicht komplett“, was besagt, dass Teile des Journals vorhanden sind, dass aber dadurch nicht alle Angaben gemacht werden können.

„Keine“ bedeutet, dass es keine Nachrichten dieser Kategorie gab.

Ein Schrägstrich (/) bedeutet, dass es an diesem Tag kein Journal gab.

„Fehlt“ bedeutet, dass von dem Journal an diesem Tag nichts erhalten ist.

		Dauer	Nachrichten I	Nachrichten II	Nachrichten CS
21. August	JF	28.44	mono	keine	keine
	JM	NK	NK	NK	NK
	JA	59.30	9 min (8.20 mono)	2.30	keine
22. August	JF	35.00	5 min (4.00 mono)	keine	keine
	JM	NK	9.30 min (6.30 mono)	NK	NK
	JA	59.30	7 min (6.30 mono)	1 min	4 min
23. August	JF	30.20	7.20 (6.20 mono)	0.45	keine
	JM	59.15	7 min (5.30 mono)	2 min	4 min
	JA	59.30	6 min (5.00 mono)	2 min	4 min
24. August	JF	29.30	8.30 (6.00 mono)	0.30	keine
	JM	59.12	7 min (5.10 mono)	3.50 (1x)	4.50
	JA	NK	NK	NK	NK
25. August	JF	30.00	6.30 (5.30 mono)	keine	keine
	JM	/	/	/	/
	JA	59.50	9 min (8.00 mono)	2.30 (1x)	5 min
26. August	JF	24.00	8 min (5.40 mono)	keine	keine
	JM	NK	NK	NK	NK
	JA	1.00.00	8 min (7 mono)	4.15	5 min
27. August	JF	28.30	6.35 (3.35 mono)	keine	keine
	JM	NK	9 min (7.00 mono)	1.30 (3x)	NK
	JA	NK	NK	NK	NK
28. August	JF	NK	NK (4.00 mono)	2.20 (nur andere)	keine
	JM	59.30	7.30 (5.00 mono)	2.20	5 min
	JA	fehlt	fehlt	fehlt	fehlt

Auch die Nachrichtenblöcke zu Beginn und am Ende der Journale wurden vom Thema CSSR dominiert. Der große Nachrichtenblock zu Beginn jedes Journals enthielt zwar, mit Ausnahme des Morgenjournals am 21. August, dem Tag der Invasion, auch Meldungen über andere Themen, doch wurden diese erst gegen Ende des Nachrichtenblocks gesendet und

waren viel weniger zahlreich als jene zur Tschechoslowakei. Der erste Nachrichtenblock dauerte fünf bis neuneinhalb Minuten, je nachdem, ob es sich um ein Morgen-, Mittags- oder Abendjournal handelte. Im Morgenjournal war der Nachrichtenblock am kürzesten, im Mittagsjournal am längsten. Die Weltnachrichten nahmen vierzig Sekunden bis dreieinhalb Minuten in Anspruch, die Anzahl der Meldungen aus der Welt betrug zwei bis acht. (Tab.2) Die Schlussnachrichten waren, so vorhanden, vorwiegend monothematisch auf das Thema CSSR konzentriert. Im Morgenjournal gab es oft keine Schlussnachrichten. Im Mittags- und Abendjournal dauerten sie nur zwei bis vier Minuten, waren monothematisch, außer im Mittagsjournal am 24.8., und im Abendjournal am 25.08. wurde auch je ein anderes Thema gemeldet. Im Mittagsjournal des 27.8. waren drei von sechs Meldungen einem anderen Thema gewidmet. Im Morgenjournal des 28. August war der komplette zweite Nachrichtenblock von 2 Minuten 20 Sekunden anderen Themen als der Sowjetinvasion in die CSSR gewidmet. (Tab. 2).

Eine meines Wissens bisher einmalige Ausnahme in der Geschichte der ORF-Journale ist die Tatsache, dass für eine kurze Zeitspanne zusätzlich zu den Schlussnachrichten auch noch Nachrichten in einer Fremdsprache, in diesem Fall auf Tschechisch, gebracht wurden, nur weil ein bestimmtes Ereignis eingetreten war (Tab.2). Das war vermutlich auch der Grund dafür, dass die Schlussnachrichten in deutscher Sprache verhältnismäßig kurz waren, da die Nachrichten auf Tschechisch rund vier bis fünf Minuten dauerten. Die Ursache dafür, dass Informationen in tschechischer Sprache ausgestrahlt wurden, war ein Hilferuf vom Sender Brünn in deutscher Sprache an den österreichischen Rundfunk. In diesem Hilferuf bat Lubomir Popelka, der Sprecher des Senders Brünn, dass der ORF auch Nachrichten in tschechischer Sprache senden möge:

„Liebe Freunde in Österreich: Ich spreche jetzt aus Brünn. Wir sind vielleicht die einzigen in der ganzen tschechoslowakischen Republik im Fernsehen, die noch senden können. Ich weiß nicht, wie lange. Ich bitte alle: Informieren Sie die ganze Welt, besonders den Generalsekretär U Thant und den Sicherheitsrat. Wenn die Situation kommt, dass mit der Sendung im Fernsehen und Rundfunk Schluss wird, dann bitte ich die Kollegen aus Fernsehfunk in Wien, damit Sie die kurzen Informationen von der Situation in der tschechischen Sprache senden. Ich danke aus dem ganzen Herzen.“¹⁴⁴

Dieser Hilferuf stellte den ORF vor eine schwerwiegende Entscheidung. Es wurde intern und mit Bundeskanzler Josef Klaus beraten, dann kam die Zustimmung.¹⁴⁵

¹⁴⁴ JA-680821-[06]

¹⁴⁵ Andics, Hellmut. Ergert, Viktor. Kriechbaumer, Robert. 50 Jahre Rundfunk in Österreich. S.101. Band IV: 1967-1974. Salzburg und Wien 1985.

Eigentlich wurde in diesem Hilferuf das Fernsehen angesprochen. Ob das ORF-Fernsehen genauso wie der Hörfunk Nachrichten auf Tschechisch gesendet hat, ist mir nicht bekannt, ist aber anzunehmen. Kurz nach dem Einmarsch der Okkupationstruppen bestand noch die Angst, dass sämtliche Berichterstattungen in der CSSR früher oder später unterbunden würden. Die fremdsprachigen Nachrichten im österreichischen Rundfunk sollten dann die tschechoslowakischen Bürger über die Vorgänge in ihrem Land informieren. Außerdem bestand die Gefahr, dass die Okkupationstruppen alle Medienstationen schnell in ihre Macht bringen und somit eine unzensurierte Berichterstattung verhindern würden.

Der Hilferuf wurde im Abendjournal des 21. August ausgestrahlt, am ersten Tag nach der Invasion. Den ersten Nachrichtenblock in tschechischer Sprache gab es vermutlich im Mittagsjournal des 22. August, doch ist hier nicht das ganze Journal, sondern nur Einzelbeiträge vorhanden - die tschechischen Nachrichten fehlen somit. Die ersten noch vorhandenen Nachrichten auf Tschechisch sind vom Abendjournal des 22. August. Im Morgenjournal wurden nie Nachrichten in tschechischer Sprache gebracht, nur in den Mittags- und Abendjournalen. Ab dem 29. August sind keine kompletten Journale mehr vorhanden, es ist also nicht klar, ob die Meldungen auf Tschechisch noch beibehalten wurden oder nicht – vermutlich eher nicht.

Ein Sonderfall sind auch die Journale am Sonntag, den 25. August 1968. Im Jahr 1968 gab es normalerweise sonntags – so wie heute - nie Nachrichtenjournale. Angesichts der brisanten Lage an der Grenze zur CSSR gab es aber am 25. August 1968 ein Morgen- und ein Abendjournal, jedoch kein Mittagsjournal.

Bezüglich des Aufbaus der Journale in diesem kurzen Zeitraum gilt es anzumerken, dass keine Musik zur Auflockerung des Journals gespielt wurde. 1968 war es noch üblich, nach einigen Beiträgen Musik einzublenden. Während der intensiven Berichterstattung über die Vorgänge in der Tschechoslowakei wurde aber davon abgesehen. Ein Grund dafür könnte sein, dass ohnehin schon relativ viel Zeit für die Nachrichten in tschechischer Sprache auf Kosten der Berichterstattung in deutscher Sprache verloren ging und dass deshalb die Zeit für die Musik eingespart wurde. Oder aber man gab der Information in einer so heiklen Situation den Vorrang vor der Auflockerung. Eine weitere Möglichkeit wäre, dass das Programm ohnehin so dicht war, und die einzelnen Beiträge rechtzeitig eintrafen, sodass die Musik als Pausenfüller nicht benötigt wurde. Am 29. August gab es erstmals wieder Musik im Rahmen eines Journals. Auch in den Journalen setzte die Phase der Normalisierung ein.

2.2.3. Schlüsselfiguren der Information

Erste Meldungen über den Einmarsch der Truppen der Warschauer-Pakt-Staaten erhielt der Österreichische Rundfunk in der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 um ein Uhr dreißig. Bereits um drei Uhr früh trafen Reportagewagen aus den Studios Wien und Linz an den Grenzübergängen zur CSSR ein.¹⁴⁶

Als Schlüsselfiguren der Informationsübertragung aus den Orten des Geschehens in den Ostblockstaaten gelten zum einen die ORF-Journalisten an den Grenzen, vor allem aber die verschiedenen Korrespondenten in Prag, aber auch Moskau, Belgrad und Bukarest. Die Korrespondenten gaben ihre Berichte übers Telefon durch, manchmal schon vor der Sendung, das Telefonat wurde aufgezeichnet und im Journal abgespielt. In anderen Fällen wurde das Telefonat live während des Journals geführt. Tabelle 3 stellt die Anzahl der Berichte von der Grenze, vor allem aber der Telefongespräche mit den Korrespondenten in den Ostblockstaaten dar.

Tab. 3: Anzahl der vorhandenen Beiträge, die ein Korrespondentengespräch über Telefon aus Prag, Moskau, Belgrad, Bukarest oder einem anderen Ostblockstaat enthalten, oder einen Bericht von einer Grenzstelle zwischen Österreich und der CSSR enthalten. Die häufigsten Grenzberichte stammen aus Berg, mit einem „+“ und einer Zahl wird angedeutet, dass es noch entsprechend der Zahl weitere Berichte von anderen Grenzstellen gibt. Die Journale werden mit FJ für Morgenjournal, MJ für Mittagsjournal und AJ für Abendjournal abgekürzt. Weiters ist die Summe aller Korrespondenten- und Grenzberichte pro Journal angegeben.

		Grenze	Prg	Mosk	Belg	Buka	anderswo	Sum
21. 8.	FJ	Berg		1	1			3
	MJ	Berg, Wullowitz, Klein-Haugsdorf, Drasenhofen						4
	AJ	Berg		1	1			3
22. 8.	FJ	Berg, Drasenhofen	2				Budweis	4
	MJ				1	1	Budweis, DDR	4
	AJ		2					3
23. 8.	FJ		2				Budweis	3
	MJ		1	1				3
	AJ		2	1	1	1	Albanien	5
24. 8.	FJ		1	1	1		Budweis	4
	MJ	Berg	3				Budweis, Peking, DDR	7
	AJ		1	1	1			3
25. 8.	FJ		2	1				3
	MJ		2	1	2	1		
	AJ	Berg	1	1				7
26. 8.	FJ		4	1	1			6
	MJ		2		1	1		4
	AJ	Berg	1	1		1		4
27. 8.	FJ		2	1		1		4
	MJ		2	1		1		5
	AJ		1					1
28. 8.	FJ		2	1		1		2
	MJ							3
	AJ							0

¹⁴⁶ Andics, Ergert, Kriechbaumer, S 99 f.

Die Grenzberichte stammten vorwiegend aus Berg. Am 21. August 1968 war Alfred Macher an der Grenze, ab dem 22. August wurde er von Ernst Exner vom Studio Niederösterreich ersetzt. Im Mittagsjournal des 21. August gab es zusätzlich Berichte von den Grenzen Wullowitz (Redakteur Friedrich Engelmann), Klein-Haugsdorf (Redakteur Bernt Burchhart) und Drasenhofen (Redakteur Ernst Exner). Im Morgenjournal des 22. August wird neben Berg abermals von der Grenze in Drasenhofen berichtet, diesmal ist dort der Redakteur Oskar Wanka stationiert, da Ernst Exner mittlerweile von der Grenzstation Berg berichtet.

Die Berichte von der Grenze waren vor allem am ersten Tag der Okkupation, dem 21. August 1968, wichtig. Zum einen mochte das daran liegen, dass es den ganzen Tag keinen Telefonkontakt mit Prag gab und keine direkten Informationen über die Lage in der Tschechoslowakei zu haben waren. Grenzberichte waren somit die einzige Informationsmöglichkeit. Es kamen immer wieder Reisende über die Grenze, die ihre Beobachtungen über die Geschehnisse in der CSSR mitteilten. Zum anderen waren zu Beginn des Einmarsches der Warschauer-Pakt-Truppen die Auswirkungen noch nicht klar, ob die Besetzung der CSSR auch Österreich bedrohen würde oder nicht. Schon am 22. August sank die Zahl der Grenzberichte von sechs auf zwei, ab dem 23. August gab es pro Tag maximal einen Lagebericht von der Grenze. Diese Grenzberichte stammten vorwiegend aus Berg, denn die Informationen über die Lage in Bratislava waren besonders spärlich, da es weder Telefonverbindungen mit, noch Korrespondenten in Bratislava gab. Somit war man auf die Berichte von Reisenden oder beispielsweise den Vertreter der österreichischen Gesandtschaft in Bratislava abhängig. Mit der Abnahme der Grenzberichte gewannen die Korrespondentenberichte – je nach Zustandekommen von Telefonverbindungen - an Gewicht.

Im Falle der Korrespondenten waren natürlich jene besonders wichtig und zahlreich vertreten, die in Prag stationiert waren. Zu ihnen zählten Wilhelm Krasser, Christian am Ende, Rainer Schuhmacher, Heinz Hofmann, Peter Hoffer, Peter Bleibtreu und Hans Peter Mengg, wobei vor allem Krasser, Hofmann und Hoffer besonders häufig konsultiert wurden. In Moskau waren es vor allem Ulrich Schiller und Lothar Löwe, die Auskunft über Telefoninterviews gaben. In Belgrad wurde ausschließlich mit Gustav Chalupa gesprochen, in Bukarest mit Manfred Schifter. Situationsberichte aus Albanien und Peking gab es je einmal im Abendjournal des 23. August bzw. im Mittagsjournal des 24. August. Zwei Berichte stammten aus der DDR und zwar aus den Mittagsjournalen des 22. und 24. August.

In so heiklen Situationen, wie dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die CSSR, zeigte sich die gute Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen westeuropäischen Rundfunkstationen besonders deutlich. Hatte eine Rundfunkanstalt eine Telefonverbindung mit Prag oder Moskau zustande gebracht und ein Gespräch mit dem zuständigen

Korrespondenten vor Ort geführt, so wurde dieses Gespräch auch anderen Rundfunkanstalten zur Verfügung gestellt.

Eine Ausnahmesituation stellen die Situationsberichte aus Budweis dar. Dort war es kein Korrespondent, der über die Lage berichtete, sondern Friedrich Hlinka, der Direktor von Radio Budweis. Zwischen dem 22. und 24. August 1968 fanden sechs Telefongespräche statt: im Früh-, Mittags- und Abendjournal des 22. August, im Morgenjournal des 23. und im Morgen und Mittagsjournal des 24. August. Budweis war außer Prag die einzige Stadt in der Tschechoslowakei, mit der der ORF Kontakt aufnehmen konnte. Vier der fünf Gespräche führte der Redakteur Walter Waldherr vom Studio Oberösterreich. Scheinbar hatte sich im Laufe der drei Tage eine gewisse Vertrautheit aufgebaut, denn begrüßte Walter Waldherr seinen Kollegen bei den ersten beiden Gesprächen noch formell, sagte er bei den letzten beiden am 24. August schon: „Hallo Fritz! Was gibt es Neues?“. Das wäre grundsätzlich kaum erwähnenswert, hätte es nicht der Moderator Alfred Poindl als wichtig erachtet, darauf hinzuweisen. Er tat dies im ersten Fall mit den Worten: „Die etwas ungewöhnliche Art der Begrüßung der beiden Gesprächspartner – sie braucht wohl nicht kommentiert zu werden.“ Im Mittagsjournal des 24. August variierte er diesen Kommentar nur geringfügig.

2.2.4. Telefonverbindung mit Prag und Moskau

Das Vorhandensein bzw. das Nicht-Vorhandensein funktionierender Telefonverbindungen mit den Korrespondenten in Prag, Moskau, Belgrad und Bukarest war entscheidend für die Berichterstattung in der ersten Woche nach der Invasion. Denn außer dem Abhören ausländischer Radiostationen waren die Situationsberichte vor Ort die einzigen Informationsquellen.

Am 21. August gab es ab neun Uhr früh mit wenigen Ausnahmen praktisch keine Telefonverbindung mit der CSSR.¹⁴⁷ Das bedeutete für die Journalredaktion des ORF, dass Korrespondentenberichte aus anderen Ländern und auch Grenzberichte an Gewicht gewannen. Im Abendjournal gab es einen Beitrag vom Korrespondenten Wilhelm Krasser in Prag.

In den Nachrichten im Mittagsjournal des 23. August wurde berichtet, dass die Telefonzentrale in der CSSR blockiert worden war und dass daher keine zwischenstaatlichen Gespräche und auch keine Fernschreiben möglich waren. Mit Bratislava gab es tagelang keine Telefon- und Postverbindung.¹⁴⁸

¹⁴⁷ JF-680822-[05]

¹⁴⁸ JM-680827-[05]

Im Morgenjournal des 28. August hieß es, dass die Telefongespräche des ORF in dem Moment nicht mit Prag verbunden wurden, da nach der Normalisierung der Lage in der CSSR zu viele Anmeldungen vorlagen. Der ORF wurde für seine Berichterstattung nicht bevorzugt.¹⁴⁹ Um 8 Uhr 30 war es dann möglich mit einem Korrespondenten in Prag zu sprechen, das Gespräch wurde im Mittagsjournal gesendet. Nach dreieinhalb Minuten schaltete sich jedoch eine Frau vom Fernamt mit den Worten ein „Sie müssen jetzt zum Schluss kommen, nur mehr zwei Minuten“.¹⁵⁰ Beim nächsten Telefonat wiederholte sich der Zwischenruf: „Bitte kurz fassen, die Sprechzeit ist gleich aus!“.¹⁵¹

Mit der Normalisierung der Lage in der CSSR ab dem 28. August begann sich auch das Postwesen zu normalisieren. Der Postverkehr war zwar nie komplett abgerissen, wohl aber der Telefonverkehr. Daher war ein starker Nachholbedarf all jener Leute da, die tagelang nichts von ihren Angehörigen gehört hatten. Auch Telegramme konnten aufgegeben werden, wobei nur eine Leitung von Radio Austria nach Aussig vorhanden war. In der CSSR wurden die Telegramme über den Postweg oder auf Bahnleitungen weitergeleitet. Radio Austria war eigentlich für das Telegrammwesen von Österreich nach Amerika zuständig. In diesem Falle wurde aber eine Ausnahme gemacht, und Radio Austria bekam die Genehmigung, mit tschechischen Stationen im Telegrafienetz angeschlossen zu werden. Der Telefonverkehr war völlig überlastet, es dauerte Stunden, um eine Verbindung mit der CSSR zu bekommen. Ein Grund dafür war, dass die halbautomatischen Leitungen, die bis zu diesem Zeitpunkt bestanden hatten, nicht mehr funktionierten. Somit gab es nur noch eine einzige, manuelle Leitung, die extrem beansprucht wurde.¹⁵²

2.3. Die Okkupation in den ORF-Radio-Journalen: Die Inhalte

2.3.1. Lage und Ereignisse – ein chronologischer Bericht

Die Darstellung von Lage und Ereignissen in den ORF-Radiojournalen ergab sich in Abhängigkeit der vorhandenen Informationsquellen, nämlich ausländischer Medien und Korrespondentenberichten. Insofern glichen die Journale eher Situationsberichten als Hintergrundberichten, da nur wenig Information über die eigentlichen politischen Vorgänge an die Öffentlichkeit drang und es daher oft bei Spekulationen blieb.

¹⁴⁹ JF-680828-[03]

¹⁵⁰ JM-680828-[03]

¹⁵¹ JM-680828-[04]

¹⁵² JM-680828-[05]

21. August: In der Nacht waren Streitkräfte der Sowjetunion, der DDR, Polens, Ungarns und Bulgariens in die Tschechoslowakei eingerückt. Sowjetische Panzer umstellten den Präsidentschaftssitz am Hradschin und das Gebäude des Zentralkomitees der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Davor war Bratislava von aus Ungarn einrückenden sowjetischen Truppen besetzt worden. Die Sowjetunion rechtfertigte ihr Vorgehen, dass die Führung der tschechoslowakischen Partei und Regierung die Sowjetunion und die anderen Warschauer-Pakt-Staaten zur Hilfe bei der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung gebeten hätte. Die ostdeutsche Nachrichtenagentur ADN veröffentlichte eine ähnliche Erklärung, aus der aber deutlich hervor ging, dass nicht alle tschechoslowakischen Regierungsmitglieder zum Eingreifen Moskaus gebeten hatten. In der Erklärung hieß es, Persönlichkeiten in der Partei und des Staates in der CSSR, die dem Sozialismus treu sind, hätten einen offenen Kampf gegen die gegenrevolutionären Umtriebe aufgenommen und die Warschauer-Pakt-Staaten um jegliche Hilfe, einschließlich militärischer Hilfe ersucht. Um 5 Uhr 30 verlautbarte der Prager Rundfunk, die tschechoslowakische Führung tage noch, über den Verlauf der verschiedenen Sitzungen war jedoch nichts bekannt. Die tschechoslowakische Armee und die Miliz hatten keinen Befehl zur Verteidigung gegeben. In einer Erklärung des Parteipräsidiums war der Truppeneinmarsch als eine fundamentale Verletzung der Prinzipien der Beziehung zwischen sozialistischen Staaten und der Prinzipien des internationalen Rechts verurteilt worden. Auf den Flughäfen rund um Prag waren in der Nacht sowjetische Flugzeuge in rascher Reihenfolge gelandet.¹⁵³

Um zwei Uhr früh kam eine vom Präsidium unterzeichnete Meldung über Radio Prag, die im Wortlaut im Morgenjournal wiedergegeben wurde:

„Gestern, am 20. August, um 23 Uhr, haben Truppen der Sowjetunion, der polnischen Republik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Ungarischen Volksrepublik und der bulgarischen Volksrepublik die Grenzen der tschechoslowakischen Republik überschritten. Dies geschah ohne das Wissen des Vorsitzenden der Nationalversammlung, des Präsidenten der Republik, des Ministerpräsidenten und des ersten Sekretärs des tschechoslowakischen Zentralkomitees. Das Präsidium des Zentralkomitees der tschechoslowakischen Republik ruft alle Bürger auf, die Ruhe zu bewahren und dem marschierenden Trupp keinen Widerstand zu leisten. Unsere Armee, Sicherheitskräfte und die Volksmiliz sind nicht angewiesen worden, das Land zu verteidigen. Das Zentralkomitee der tschechoslowakischen kommunistischen Partei betrachtet diesen Akt als Verletzung der fundamentalen Prinzipien der Beziehungen

¹⁵³ JF-680821, Nachrichten I

zwischen sozialistischen Staaten und der Prinzipien des internationalen Rechtes. Alle führenden Vertreter der Partei, der Regierung und der nationalen Front behalten ihre Funktionen des Staates, wie sie nach den Gesetzen der tschechoslowakischen Republik gewählt wurden. Die verfassungsmäßigen Funktionäre rufen sofort eine Sitzung der Nationalversammlung ein und das Präsidium zur gleichen Zeit das Plenum des Zentralkomitees, um die entstandene Situation zu erörtern.“¹⁵⁴

Interessanterweise ist in Dubceks Memoiren, in dem auch die Erklärung im Wortlaut angeführt ist, von 21 Uhr die Rede und nicht von 23 Uhr. Ansonsten stimmt der Inhalt überein, wenn auch die Übersetzung marginal verschieden ist.¹⁵⁵

Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS gab in einer Erklärung sieben Gründe für den Einmarsch ab: 1.) Die tschechoslowakische Regierung und die Parteiführer – Namen wurden nicht genannt - baten um die dringende Hilfe der übrigen sozialistischen Länder. Intern erfuhr der Korrespondent Lothar Löwe, dass die Führung in Prag intern gewechselt hatte, Namen wurden aber auch hier nicht bekannt gegeben. 2.) Zweck der Besetzung war es, konterrevolutionären Kräften zu begegnen und 3.) die sozialistischen Errungenschaften zu verteidigen. Dies galt als heilige Pflicht aller sozialistischen Länder. 4.) Die Verschärfung der Situation in der CSSR berührte auch die Interessen der übrigen sozialistischen Länder. 5.) Die Entwicklungen in der CSSR gefährdeten den Frieden in Europa. 6.) Der Einmarsch war eine notwendige brüderliche Hilfe für das tschechoslowakische Volk. 7.) Die Streitkräfte würden sofort zurückgezogen werden, sobald die Gefahr für die CSSR und die anderen sozialistischen Staaten gebannt war.¹⁵⁶

Die österreichische Rapidmannschaft befand sich zum Zeitpunkt des Einmarsches in Prag. Baumeister Grassi berichtete von einer Frau, die vor dem Hotel von einem polnischen Panzer überrollt wurde. Bürger wickelten ihren Leichnam in eine tschechoslowakische Fahne und trugen ihn durch die Straßen.¹⁵⁷ Auch in Bratislava waren die ersten Toten zu beklagen, wie Augenzeugen aus Österreich, Jugoslawien und der Schweiz nach ihrer Ausreise nach Österreich berichteten. Soldaten und Panzer zeichneten das Stadtbild, alle wichtigen Posten, vor allem Fernseh- und Radiostationen, wurden von sowjetischen Soldaten besetzt.¹⁵⁸

In den Vormittags- und Mittagsstunden strahlte der tschechoslowakische Rundfunk einen Aufruf an alle Mitglieder der tschechoslowakischen Nationalversammlung aus, sofort zu einer außerordentlichen Sitzung nach Prag zu kommen. Im Abendjournal wurde berichtet, dass sich einige Mitglieder der Nationalversammlung zu einer Rumpfregierung

¹⁵⁴ JF-680821-[04]

¹⁵⁵ Dubcek. S. 265.

¹⁵⁶ JF-680821-[08]

¹⁵⁷ JM-680821_d

¹⁵⁸ JA-680821-[04]

zusammengefunden und vier Punkte gefordert hatten: 1.) Volle Identifizierung mit der Erklärung des Politbüros, 2.) Freilassung von Staatspräsident Svoboda, Präsident der Nationalversammlung Smrkovsky, Ministerpräsident Cernik, Parteichef Dubcek, Präsident der Nationalfront Kriegel und Präsident des tschechischen Nationalrats Cisar, 3.) Rückzug der Interventionstruppen aus den tschechoslowakischen Gebieten, 4.) Appell um Hilfe an andere Regierungen.¹⁵⁹

22. August: Der Korrespondent in Prag, Christian am Ende, gab um Mitternacht, also rund 24 Stunden nach dem Beginn der Okkupation, eine Stellungnahme für das Morgenjournal zur Situation in der CSSR ab: Die Sowjets hatten noch keine Parteispitze und Regierung gefunden, die bereit waren, mit ihnen zu kollaborieren. Diese Tatsache brachte die Aktion der Warschauer-Pakt-Staaten in eine immer peinlichere Lage. Trotz Anwendung aller Machtmittel konnten sich die Sowjets in der CSSR nicht durchsetzen. Offenbar hatten sie nicht mit einer derartig mit Parteichef Dubcek verschworenen Gemeinschaft gerechnet. Auf tschechoslowakischer Seite hoffte man auf ein Wunder durch die entschlossene Haltung der Bevölkerung, denn die militärische Überlegenheit der Warschauer-Pakt-Staaten war augenscheinlich und eine Hilfe durch westliche Staaten unwahrscheinlich. Die Tschechoslowaken versuchten, die Okkupanten zu überzeugen, dass sie keinen faulen Kompromiss eingehen, also kein neokonservatives Regime akzeptieren würden. Das Gebäude des Zentralkomitees war indes immer noch von vierzig Panzern umstellt.¹⁶⁰ Kurz vor Beginn des Morgenjournals war es möglich, mit dem Korrespondenten Wilhelm Krasser ein Telefonat zu führen. Er beschrieb die Nachtstunden in Prag: Bis drei Uhr früh hörte man noch immer wieder Gewehrsalven und Schüsse aus Maschinenpistolen, vor allem in der Nähe des Wenzelsplatzes und des Rundfunkgebäudes, danach wurde es ruhig. Es herrschte ein inoffizielles Ausgehverbot bis vier Uhr früh. Im Gebäude des Zentralkomitees wurde die ganze Nacht verhandelt. Dabei hatten sich zwei Gruppen gebildet: Die eine Gruppe um den slowakischen Parteiführer Bilak und den tschechischen KP-Sekretär Indra war für die Okkupation, die andere Gruppe sprach sich für den Abzug der Warschauer-Pakt-Truppen aus. Ob es noch eine dritte Gruppe gab, war bis zum Zeitpunkt des Morgenjournals noch unklar. Auch über den Verbleib der verhafteten ZK-Mitglieder war nichts bekannt, der Korrespondent Wilhelm Krasser nahm aber an, dass sie sich in Prag oder in der Nähe von Prag befanden.¹⁶¹

In einem Bericht um 18 Uhr hieß es, dass die Nationalversammlung seit der Früh mit einer beschlussfähigen Mehrheit tagte. Die 166 Abgeordneten waren jedoch von sowjetischen Truppen isoliert. Die Nationalversammlung sprach Präsident Svoboda ihr Vertrauen aus und

¹⁵⁹ JA-680821-[08]

¹⁶⁰ JF-680822-[03]

¹⁶¹ JF-680822-[08]

beschloss die Entsendung zweier Briefe an die Parteien und Regierungen der Signatarstaaten des Warschauer Paktes. An einem geheim gehaltenen Ort begann in der Früh der überstürzt einberufene außerordentliche Parteikongress der KPC, der regulär erst am 9. September tagen sollte. Etwa zwei Drittel der 1.500 gewählten Delegierten konnten teilnehmen. Sie erklärten sich mit den internierten Reformkommunisten Dubcek, Cernik, Smrkovsky und Cisar solidarisch. Unter dem Schutz von mindestens 500 Panzern versuchten hohe sowjetische Besatzungsoffiziere gemeinsam mit dem sowjetischen Botschafter in Prag Cervonenko eine tschechoslowakische Gegenregierung und eine neue Parteiführung zu etablieren. Gerüchte besagten, dass der konservative ZK-Sekretär Alois Indra von den Sowjets mit der Führung der KPC beauftragt wurde. Er hatte versucht, Delegierte des Parteikongresses in das von Panzern umstellte Zentralkomitee einzuladen. Unbestätigten Berichten zufolge bildeten sich in der Sowjetbotschaft auch Ansätze für eine kollaborationsbereite tschechoslowakische Regierung.¹⁶²

Für fünf Uhr abends war eine Kundgebung am Wenzelsplatz geplant gewesen, doch wurde die Bevölkerung durch die Polizei aufgefordert, den Platz zu verlassen, da die Sowjets gedroht hatten zu schießen.¹⁶³ Die Befehlshaber der Okkupationstruppen verboten die Ausgabe von Druckschriften und Flugblättern, es herrschte Versammlungsverbot und eine inoffizielle Ausgangssperre in den Nachtstunden.¹⁶⁴

Das Oberkommando der Warschauer-Pakt-Truppen gab den Befehl, kleinere Städte wie Budweis zu räumen und die Soldaten und Panzer in die Außenbezirke zu verlegen.¹⁶⁵ Am Abend war eine sowjetische Transportmaschine in der Nähe von Budweis abgestürzt. Viele sowjetische Soldaten kamen ums Leben, einige Verletzte wurden ins Militärkrankenhaus in Budweis gebracht, um mit Blutkonserven versorgt zu werden. Kurz war die Frage offen, ob diese Rettungsmaßnahmen überhaupt geleistet werden sollten, doch die Ärzte beriefen sich auf einen internationalen Konvent, wonach Ärzte zu Hilfeleistungen verpflichtet waren. Als Gegenleistung mussten danach zehn sowjetische Soldaten zum Blutspenden kommen.¹⁶⁶

23. August: Auch 48 Stunden nach dem Beginn der Invasion hatte sich noch keine in Moskau akzeptierte Gegenregierung gebildet. Dies galt als gutes Zeichen für die Tschechoslowakei. Es war auch unwahrscheinlich, dass eine Gegenregierung vom Volk anerkannt worden wäre. Am außerordentlichen Parteitag der KPC am 22. August hatte sich niemand gegen Dubcek und die legale tschechoslowakische Regierung ausgesprochen. In der geheim gedruckten tschechoslowakischen Zeitung Prace wurde eine angebliche Nachricht von Parteichef Dubcek veröffentlicht: Der Genosse Dubcek wandte sich an alle

¹⁶² JA-680822-[05]

¹⁶³ JA-680822-[06]

¹⁶⁴ JM-680822, Nachrichten I

¹⁶⁵ JA-680822-[07]

¹⁶⁶ JF-680823-[05]

Arbeiter mit dem Aufruf Ruhe zu bewahren. Weiters erklärte er die Genossen Indra, Schwesku und Kolder für Verräter. Er forderte, dass die Arbeiter ihre Betriebe fest in der Hand behielten und dass diese mit der Jugend sprechen sollten, damit diese keine Dummheiten mache. Er sprach aus, dass die Truppen der Warschauer-Pakt-Staaten das internationale Recht gebrochen hatten und rief alle Arbeiter auf, die Freilassung aller internierten Staatsmänner sowie den Abzug der Besatzungstruppen zu fordern. Über das genaue Schicksal von Alexander Dubcek war aber immer noch nichts bekannt – der Wahrheitsgehalt der in der Zeitung Prace abgedruckten Nachricht war somit unklar.¹⁶⁷

In der Nacht vom 22. auf den 23. August war es zu Schießereien in Prag, Pilsen, Bratislava und Kaschau gekommen. Der Prager Korrespondent Wilhelm Krasser berichtete von Maschinengewehrsalven und Detonationen zwischen Mitternacht und zwei Uhr früh. Ob es sich dabei um Kämpfe oder lediglich um Warnschüsse gehandelt hatte, war unklar. Um zwölf Uhr mittags lief das Ultimatum, ihre Truppen aus der CSSR abzuziehen, an die Sowjetbehörden aus. Staatspräsident Svoboda hatte gedroht, widrigfalls die Tschechoslowakei zu einem neutralen Staat zu erklären. Doch stand Svoboda zu diesem Zeitpunkt schon unter Kontrolle der Okkupationstruppen, was ein freies Handeln unmöglich machte.¹⁶⁸

Am frühen Vormittag meldete sich Staatspräsident Svoboda im tschechoslowakischen Rundfunk zu Wort und erklärte, dass er zu Verhandlungen mit sowjetischen Spitzenfunktionären nach Moskau reisen würde:

„Wir verhandeln über die ordentlichen Organe der Regierung der tschechoslowakischen Republik. Nachdem diese Verhandlungen nicht zu zufriedenstellenden Ergebnissen führten, bat ich in den Nachtstunden in Übereinstimmung mit der Regierung, die sich auf der Burg versammelte und die bis jetzt tagt, um direkte Verhandlungen mit den Repräsentanten der Sowjetunion. Heute früh teilte mir der Botschafter der Sowjetunion in Prag mit, wie die Stellungnahme der sowjetischen Führung ist. Mit mir fahren die folgenden gemeinsamen Genossen: Dr. Husák, General Dzur, Piller, Bilak, Indra und Dr. Kucera. Über meine Reise habe ich die Nationalversammlung der Republik informiert. Ich wende mich auf diesem Wege von neuem an Sie, liebe Freunde: Ich danke euch aufrichtig für eure bisherige Unterstützung, für euer Vertrauen und ich bitte euch, dass Sie mit mir, mit diesem Vertrauen, meine weiteren Handlungen unterstützen. Ich bitte Sie dringend um Überlegtheit, um Zurückhaltung, damit Sie mit keinen weiteren Taten und Stellungnahmen das Schicksal unseres Landes verschlechtern, sowie auch die Beziehung zu den

¹⁶⁷ JF-680823-[03]

¹⁶⁸ JF-680823-[04]

*Vertretern der fremden Einheiten. Dass Sie mir mit Ihrer bewusstvollen Einstellung helfen, günstige Bedingungen für bevorstehende komplizierte Verhandlungen zu treffen. Wir müssen uns alle bewusst werden, dass es darum geht, einen ehrlichen, würdigen Ausweg aus dieser Lage zu finden, die eine tragische Folge für unser Volk und unsere Heimat haben könnte. Dass es darum geht, die sozialistische Republik weiter aufzubauen, auf dem Wege einer demokratischen Entwicklung unserer sozialistischen Heimat, im Geiste des Januarplenums des ZKs der KPC. Ich setze voraus, dass wir noch heute Abend zurückkehren. Nach meiner Rückkehr werde ich die verfassungsmäßigen Organe und alle Bürger informieren.*¹⁶⁹

Die Prager Bevölkerung reagierte sehr skeptisch auf die bevorstehende Moskaureise des Präsidenten, vor allem deshalb, weil mit Svoboda auch das ehemalige Mitglied des Politbüros Jan Piller und der ehemalige ZK-Sekretär Alois Indra reisen würden, die überaus unbeliebt waren. Weiters befand sich der Chef der Sozialistischen Partei, Kutschera, auf der Delegationsliste. Die Bevölkerung zeigte sich dennoch hoffnungsfröhlich, zu einer Lösung zu kommen. Am Vortag wurde das neue Zentralkomitee der KPC gewählt. Konservative Funktionäre wie Alois Indra oder Jan Piller waren im neuen ZK, an dessen Spitze immer noch Alexander Dubcek stand, nicht mehr vertreten. Höchstens dreißig der alten Mitglieder wurden in das neue Zentralkomitee wiedergewählt.¹⁷⁰

Die sowjetische Bevölkerung war bis um die Mittagszeit noch nicht über die bevorstehende Ankunft des tschechoslowakischen Staatspräsidenten informiert worden. Journalisten aus sozialistischen Staaten wurden aber gebeten, am Flughafen zu erscheinen und den Präsidenten willkommen zu heißen. Die größte Neuigkeit war aber ein Appell über die Notwendigkeit der Besatzung, vorgelegt von den fünf Besatzungsregierungen. Dieser Appell zeugte vom eindeutigen propagandistischen Notstand gegenüber der tschechoslowakischen Bevölkerung. Das Argument darin war aber alt: die Gefahr der Konterrevolution. Über mögliche Ziele der Verhandlungen mit Präsident Svoboda war aber noch nichts bekannt. Die Rolle Svobodas galt in der sowjetischen Presse als sehr undurchsichtig: Er wurde politisch nicht eingeordnet – er war lediglich der Mann, der zur Ruhe aufgerufen hatte. Seine Meinung zur Okkupation wurde in sowjetischen Medien nicht erwähnt.¹⁷¹

Um zwölf Uhr mittags heulten in Prag und in anderen Großstädten der CSSR die Sirenen: Es war der Aufruf zum Generalstreik, mit dem die Freilassung der inhaftierten Reformkommunisten und der Abzug der Okkupationstruppen erzwungen werden sollte. Um 12.30 Uhr kam es zu schweren Schießereien bei dem an der Moldau gelegenen Gebäude

¹⁶⁹ JM-680823-[04]

¹⁷⁰ JM-680823-[05]

¹⁷¹ JM-680823-[06]

des Zentralkomitees der KPC. Sowjetische Soldaten schossen auf in tschechoslowakische Fahnen eingehüllte Jugendliche, die auf das ZK-Gebäude zumarschierten. Es gab viele Tote und Schwerverletzte. Dieser Generalstreik zeichnete den bisherigen Höhepunkt des Widerstandes. Staatspräsident Svoboda und seine Delegation waren um elf Uhr nach Moskau abgereist. Ihnen war freies Geleit zugesprochen worden.¹⁷²

Staatspräsident Svoboda kam mit seiner Delegation am Nachmittag des 23. August in Moskau an und wurde herzlich und aufwändig am Flughafen empfangen. Angesichts dieses Aufwands galt es schon am 23. August als unwahrscheinlich, dass Svoboda noch am selben Tag nach Prag zurückkehren würde. Der glanzvolle Empfang war ein Zeichen dafür, dass die sowjetische Führung die politischen Weichen bereits gestellt hatte. Denn Svoboda war der Mann, der das volle Vertrauen des sowjetischen Politbüros genoss. Zwei Punkte standen auf dem Programm der Verhandlungen: die Formierung einer neuen Partei- und Regierungsspitze und die Beendung der Aktivität der sogenannten konterrevolutionären Elemente.¹⁷³

Im Abendjournal des 23. August wurde ein Aufruf der Justizangestellten in einem Geheimsender veröffentlicht, wonach die Zusammenarbeit mit den Okkupationstruppen als Kollaboration gelten würde, und somit nach tschechoslowakischem Gesetz strafbar war. Es wurde betont, dass die Justizbeamten treu nach der Verfassung arbeiten würden, und entschlossen waren, ihre Pflicht, die aus der Verfassung und aus dem Gesetz hervorgeht, zu erfüllen. Weiters wurde durchgesagt, dass das Delegationsmitglied Gustav Husák von der Regierung ernannt worden war und der Justizminister von der Nationalen Front. Dies bedeutete gleichzeitig, dass die beiden Delegationsmitglieder Bilák und Indra auf Betreiben der Sowjets an der Moskaureise teilgenommen hatten.¹⁷⁴

24. August: Wie erwartet wurden die Moskauer Verhandlungen nicht am selben Tag abgeschlossen. Die Weltöffentlichkeit fragte sich indessen, welche Rolle der tschechoslowakische Staatspräsident Svoboda überhaupt spielte. Er hatte vorab angekündigt, dass er einen Abzug der Warschauer-Pakt-Truppen forderte und eine Abkehr vom Liberalisierungskurs ablehnte. Der herzliche Empfang am Flughafen implizierte jedoch, dass die Würfel in der CSSR-Frage schon gefallen waren.¹⁷⁵ Das tschechoslowakische Volk brachte seinem Präsidenten aber immer noch volles Vertrauen entgegen.¹⁷⁶

In der Nacht hatte es Schießereien gegeben, es herrschte Ausgehverbot, einige sprachen sogar von einem Ausnahmezustand.¹⁷⁷ In Budweis war es indessen so ruhig, als ob keine

¹⁷² JA-680823-[03]

¹⁷³ JA-680823-[05]

¹⁷⁴ JM-680823-[06]

¹⁷⁵ JF-680824-[03]

¹⁷⁶ JF-680824-[05]

¹⁷⁷ Ebd.

Okkupation stattfinden würde, da die Truppen den Stadt kern verlassen hatten.¹⁷⁸ Im Laufe des Tages beruhigte sich die Situation in Prag, Geschäfte hatten geöffnet, und Straßenbahnen nahmen ihren Betrieb wieder auf. In der Nacht hatte eine große Verhaftungswelle stattgefunden. Der Stadtteil Pankraz, in dem sich das größte Gefängnis befand, wurde von sowjetischen Truppen hermetisch abgeriegelt. Hauptopfer waren Journalisten und Intellektuelle mit dem Ziel, die geheimen Nachrichtenzentren aufzulösen. Die tschechoslowakische Armee verhielt sich treu zu Staatspräsident Svoboda in ihren Garnisonen – in Pilsen hatten die Soldaten den Befehl, ihre Waffen niederzulegen, verweigert. Zeitgleich rückten immer neue ausländische Truppenverbände in die Tschechoslowakei ein.¹⁷⁹

Der Sender Nitra berichtete, dass fünf Präsidiumsmitglieder der KPC in die sowjetische Kommandantur geleitet wurden, wo man sie telefonisch mit dem stellvertretenden Ministerpräsident Husak und dem ZK-Sekretär Bilak in Moskau verbunden hatte: Diese überbrachten die Mitteilung, dass an den Verhandlungen nun auch Parteichef Dubcek und Ministerpräsident Cernik teilnehmen würden.¹⁸⁰ Friedrich Hlinka von Radio Budweis bestätigte diese Meldung.¹⁸¹

Das Präsidium der slowakischen KP wurde von Sowjetsoldaten verhaftet und deportiert, berichtete der Sender Freies Pressburg. Trotzdem sollte am Montag, den 26. August, der außerordentliche Parteitag der slowakischen KP durchgeführt werden und im Zuge dessen alle Kollaborateure aus der Partei ausgeschlossen werden.¹⁸²

Die tschechoslowakische Nationalversammlung tagte weiterhin, wie der Freie Sender Prag berichtete. Es wurde erklärt, dass das Parlament die Ergebnisse aus Moskau abwarten würde, da das Parlament als höchstes Organ des Staates diese Ergebnisse zu genehmigen habe. Der Verlauf der Verhandlungen blieb jedoch weiterhin unbekannt. Weiters gab Radio Prag bekannt, dass sämtliche Parteisekretariate, Banken, Bahnhöfe, Telegraphen- und Postämter, die Redaktionen aller Zeitungen, Druckereien, die Nachrichtenagentur CTK, der Schriftstellerverband, die philosophische Fakultät, das Innenministerium, das Außenministerium und das Außenhandelsministerium, sowie sämtliche Flugplätze von den Sowjets besetzt wurden. Weiters wurde veröffentlicht, dass bis zum Morgen des 24. August in Prager Krankenhäusern acht Menschen an Verletzungen gestorben waren und noch 90 Schwerverletzte in Behandlung waren. 307 Personen wurden ambulant behandelt.¹⁸³

¹⁷⁸ JF-680824-[06]

¹⁷⁹ JM-680824-[03]

¹⁸⁰ JM-680824, Nachrichten I

¹⁸¹ JM-680824-[05]

¹⁸² JM-680824-[06]

¹⁸³ JM-680824-[11]

Außenminister Hajek, der sich zum Zeitpunkt des Einmarsches der Warschauer-Pakt-Truppen auf Urlaub in Belgrad befand, war am 23. August nach New York gereist, um am 24. August vor dem UN-Sicherheitsrat zu sprechen.¹⁸⁴

Um 21 Uhr wurden am Wenzelsplatz Exemplare der Zeitung Prace aus einem Auto heraus verteilt, woraufhin sowjetische Soldaten sofort das Feuer eröffneten. Das Auto fuhr davon. Über der Stadt kreisten den ganzen Tag Hubschrauber, die von einem Platz am Fuße des Hradschins starteten. Das große Prager Krankenhaus Krc wurde am Nachmittag von Sowjetsoldaten besetzt, da sie vermuteten, dass dort Menschen versteckt wurden.¹⁸⁵

Seit dem 24. August kursierten folgende wichtige, jedoch unbestätigte Meldungen: 1.) Dubcek, Cernik und Smrkowsky nahmen an den Verhandlungen in Moskau teil. 2.) Präsident Svoboda hatte ein Telegramm an Außenminister Hajek in New York geschrieben mit der Aufforderung, nicht vor dem Sicherheitsrat zu sprechen und die Debatte über die CSSR von der Tagesordnung zu nehmen.¹⁸⁶ Tatsächlich sprach Hajek aber am 24. August vorm Sicherheitsrat.¹⁸⁷

25. August: In Moskau wurde verkündet, dass die Verhandlungen weiter andauern würden, sowie, dass die Parteichefs aller anderen Warschauer-Pakt-Staaten, mit Ausnahme von Rumänien, daran teilnehmen würden.¹⁸⁸ Svoboda hatte erklärt, hieß es, dass sich die Möglichkeit für einen ehrenvollen Kompromiss abzeichneten. Das würde ein Ende der „Alles- oder-Nichts-Haltung“ der tschechoslowakischen Delegation bedeuten. Der Freie Sender Tschechoslowakei teilte mit, dass die Sowjets in einer Forderung, dass die legale tschechoslowakische Regierung ihre Funktion ausüben dürfte, bereits nachgegeben hatte.¹⁸⁹ Die Prager Bevölkerung zeigte sich skeptisch, ob diese Aussagen der Wahrheit entsprächen.¹⁹⁰

Zwei Spekulationen zum Tag: Sollte Präsident Svoboda tatsächlich ein Telegramm an Außenminister Hajek geschrieben haben, um seine Rede vor dem Sicherheitsrat zu verhindern, so würde das implizieren, dass sich ein Kompromiss abzeichnete, der der tschechoslowakischen Bevölkerung nicht recht wäre.¹⁹¹ Sollten die Parteichefs der anderen Okkupationsstaaten tatsächlich den Moskauer Verhandlungen beiwohnen, so würde das implizieren, dass Präsident Svoboda sich doch in einigen Punkten durchgesetzt hätte.¹⁹² An diesem 25. August blieb es hinsichtlich der Verhandlungen bei Spekulationen.¹⁹³

¹⁸⁴ JF-680825-[03]

¹⁸⁵ JF-680825-[04]

¹⁸⁶ JF-680825-[05]

¹⁸⁷ JF-680825-[03], siehe auch Kapitel „Rolle der UNO“

¹⁸⁸ JF-680825-[03]

¹⁸⁹ JF-680825-[04]

¹⁹⁰ JF-680825-[05]

¹⁹¹ Ebd.

¹⁹² JF-680825-[06]

¹⁹³ JA-680825-[03], JA-680825-[04]

Die tschechoslowakische Nationalversammlung tagte ununterbrochen, hielt Kontakt mit der Regierung, mit dem Präsidenten, mit Betrieben, Ämtern und Botschaften. Es ging sogar so weit, dass die Abgeordneten am Fußboden schliefen und nur sporadisch kaltes Essen bekämen, denn es ging darum, die nötige Mehrheit der Abgeordneten zu halten, damit das Parlament beschlussfähig blieb.¹⁹⁴

Am Vormittag gab es mysteriöse Verhaftungen auf dem Roten Platz in Moskau. Vermutlich war eine kleine Demonstration von Intellektuellen vor dem Kreml, in dem die Verhandlungen stattfanden, geplant gewesen.¹⁹⁵

Radio Freies Prag meldete, dass um 14 Uhr das Prager Polizeipräsidium von Besatzungstruppen besetzt und das Personal evakuiert worden war. Die Verhaftungen in Prag gingen indes unvermindert weiter.¹⁹⁶ Neue sowjetische Truppen nahmen circa fünfzig Personen fest, die gegen die Okkupation demonstriert hatten. Immer weniger normale Panzer waren zu sehen, dafür immer mehr Schützenpanzer und auch polnische Truppen traten vermehrt auf.¹⁹⁷

Erstmals kam die Kritik auf, dass die Verhandlungen in Moskau zu lange dauerten und dass es günstig wäre, wenn sich Präsident Svoboda an Ort und Stelle von der öffentlichen Meinung überzeugen könnte.¹⁹⁸

Die Besatzungsmächte ließen Spezialkommandos nachkommen, Einheiten des Staatssicherheitsdienstes. Innerhalb von Prag gab es zur Mittagszeit des 25. August keine Kontrollen, wohl aber standen außerhalb des Stadtcores an jeder Straße zwei Panzer, und die Sowjetsoldaten kontrollierten genauestens alle nach Prag fahrenden Autos und alle aus Prag kommenden Fahrzeuge.¹⁹⁹ Zwei Menschen wurden erschossen, als sie mit anderen Widerstand gegen den Einzug einer sowjetischen Panzerbrigade leisteten.²⁰⁰ Drei Minister wurden von Militäreinheiten des Warschauer Paktes beschossen, als sie von einer Kabinettssitzung auf der Prager Burg zurückkehrten.²⁰¹

26. August: In der Nacht auf den 26. August kam es zu den bisher schwersten Auseinandersetzungen zwischen den Okkupationssoldaten und der Prager Bevölkerung.²⁰² Die Situation spitzte sich zu. Zum einen aufgrund der Nervosität der sowjetischen Truppen, die unter Versorgungsmangel litten, und durch den Abstand, den die Prager Bevölkerung nun von ihnen hielt, noch unruhiger wurden. Zum anderen wurde auch die Bevölkerung

¹⁹⁴ JF-680825, Nachrichten I

¹⁹⁵ JA-680825-[03]

¹⁹⁶ JA-680825-[04]

¹⁹⁷ JA-680825, Nachrichten I

¹⁹⁸ Ebd.

¹⁹⁹ JA-680825-[12]

²⁰⁰ JF-680826-[03]

²⁰¹ JM-680826, Nachrichten II

²⁰² JF-680826-[03]

selbst nervöser, was sich im verstörten Suchen nach Kollaboranten zeigte. Am Vortag hatte Innenminister Pavel sogar aufgerufen, von Lynchjustiz Abstand zu nehmen.²⁰³

Nach Schießereien auf der Straße wurde unter anderem auch die amerikanische Botschaft getroffen, wo um zwei Uhr früh ein Brand im Dachstuhl ausbrach.²⁰⁴ Das Präsidium der Nationalversammlung wandte sich an die Bevölkerung, nicht weiter die Neutralität zu verlangen, da dies nur Wasser auf die Mühlen der Okkupanten wäre.²⁰⁵

Die noch in Jugoslawien verbliebenen tschechoslowakischen Regierungsmitglieder machten sich auf die Reise in verschiedene westeuropäische Staaten, um mit den jeweiligen Regierungen über die Situation in ihrer Heimat zu sprechen: Der Vorsitzende der Kontrollkommission der tschechoslowakischen Regierung, Gasparik, reiste am 26. August nach Bern und plante, am 27. in Wien zu sein. Planungsminister Vlasak wollte nach Rom, Ota Sik nach Paris.²⁰⁶

Um neun Uhr früh gab es in der ganzen CSSR einen fünfzehnminütigen Generalstreik. Um zehn Uhr wurde im Krematorium in Prag das erste Opfer der Okkupation beigesetzt, die Einäscherung verlief wider Erwarten relativ ruhig.²⁰⁷ Es handelte sich um einen jungen Arbeiter, der am zweiten Okkupationstag von einem Panzerspähwagen überrollt worden war. Mehrere hundert Jugendliche nahmen an den Feierlichkeiten teil. Am späteren Vormittag kamen dann plötzlich schwer bewaffnete Truppenverstärkungen in die Stadt.²⁰⁸

Der Vorsitzende der Prager Journalistenkommission brachte im Rundfunk einen Kommentar über die vier Forderungen der Sowjetunion: Das waren die Annullierung der Beschlüsse des in der Vorwoche abgehaltenen 14. Parteikongresses der KPC, die Abberufung von Außenminister Hajek von der UNO, die Stationierung sowjetischer Truppen in der CSSR, sowie die Wiedereinführung der Zensur.²⁰⁹

Die tschechoslowakische Nationalversammlung beriet bereits den sechsten Tag über die Krise, für die Abgeordneten wurden Feldbetten bereitgestellt.²¹⁰ Über den Abschluss der Moskauer Verhandlungen und deren Ergebnisse wurde auch am 26. August weiterhin nur spekuliert²¹¹ - sie kamen erst am Abend desselben Tages zu einem Ende.²¹²

27. August: In der Früh gab es die Mitteilung, dass das Parteiorgan Prawda die Mitteilung enthielt, „dass die tschechoslowakischen Gespräche unter der Leitung von Präsident Svoboda und der Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der

²⁰³ JF-680826-[04]

²⁰⁴ JF-680826-[06]

²⁰⁵ JF-680826, Nachrichten I

²⁰⁶ JM-680826-[11]

²⁰⁷ JM-680826-[13]

²⁰⁸ JM-680826-[16]

²⁰⁹ JM-680826, Nachrichten II

²¹⁰ JA-680826, Nachrichten I

²¹¹ JA-680826-[05] und [06]

²¹² JF-680827-[03]

Sowjetregierung am 26. August hier beendet wurden. Die Gespräche, so hieß es, verliefen in einer offenen und kameradschaftlichen Atmosphäre. Die Delegation trat die Heimreise an.“ Die Prawda erschien aber an diesem Morgen des 27. August nicht pünktlich, über den Ausgang der Verhandlungen konnte daher im Morgenjournal noch nichts gesagt werden.²¹³ Vor allem die Frage der Pressezensur sollte ein stark umstrittener Punkt, auch im Auge der tschechoslowakischen Bevölkerung, sein.²¹⁴

In den ersten Nachrichten des Morgenjournals wurde vom Abzug der Soldaten aus den wichtigsten Gebäuden Prags berichtet. Somit konnten die tschechoslowakischen Beamten wieder an die Arbeit gehen. Auch das Hauptgebäude des Regierungspräsidiums war frei. Das Stadtbild Prags hatte sich binnen weniger Stunden komplett geändert, hieß es in den Nachrichten des Mittagsjournals: Die meisten Panzer und Kettenfahrzeuge hatten die Innenstadt in den frühen Vormittagsstunden verlassen, nur das Verteidigungsministerium und das ZK-Präsidium blieben noch bewacht.

Es zeigten sich in Prag auch die ersten Versorgungsschwierigkeiten, frische Lebensmittel wie Milch und Gemüse waren an manchen Stellen knapp. Es hielt sich auch hartnäckig das Gerücht, dass Präsident Svoboda und weitere Delegationsmitglieder bereits in den frühen Morgenstunden nach Prag zurückgekehrt waren.²¹⁵ Dies wurde vom tschechoslowakischen Rundfunk bestätigt. Die Präsidentenflagge am Hradschin wurde um 5 Uhr 25 gehisst, ein klares Signal für die Rückkehr des Präsidenten.²¹⁶

Bis zum Mittag hatten sich mehrere tausend Menschen mit Transparenten und Fahnen beim Hradschin eingefunden und warteten auf das Erscheinen Svobodas und Dubceks. Bisher hatte sich nur der Parlamentspräsident Smrkovsky gezeigt, als er eine Rose vom Balkon geworfen hatte.²¹⁷

Am Vormittag hatte der Parlamentspräsident über alle Sender des Landes sehr erschöpft und bewegt eine erste, wenig aussagekräftige Stellungnahme über die Situation zwischen Prag und Moskau abgegeben:

„Es fällt mir schwer zu sprechen. Wir wollen uns über den Rundfunk bei unserer Nation und unserer Partei tief beugen. Wir haben heute viel vor uns, wir sind zurückgekehrt. (...) Es werden sprechen: Der Präsident der Republik, der erste Sekretär Dubcek, Ministerpräsident Cernik. Ich kann bis jetzt noch nicht sagen, zu welchem Zeitpunkt das sein wird. Ich denke, dass wir möglichst bald, ich meine, dass die Delegation, die dort war, dass wir eine übereinstimmende

²¹³ Ebd.

²¹⁴ JF-680827-[05]

²¹⁵ JF-680827-[04]

²¹⁶ JF-680827-[05]

²¹⁷ JM-680827-[03]

*Ansicht darüber finden, darüber, was und wie weiter. Heute ist nicht Zeit für irgendwelche lange Reden. Ich denke, dass wir aus dem herauskommen.*²¹⁸

Weiters fand am Vormittag eine Sitzung der Regierung statt, worin die Ergebnisse von Moskau diskutiert wurden. Die Ergebnisse waren nach ersten Berichten: ein stufenweiser Abzug der Truppen, das Verbleiben der russischen Truppen an den westlichen Grenzen, die Wiedereinsetzung der Regierung und Parteiführung der CSSR und die Wiedereinführung der Zensur, besonders bei Ereignissen mit sozialistischen Ländern, wobei die Zensur jedoch von den Tschechen selbst ausgeübt werden sollte.²¹⁹

In Moskau wurde für den Abend des 27. August oder für den Morgen des 28. eine Erklärung, ein Kommuniqué, über den Ausgang der sowjetisch-tschechoslowakischen Gespräche erwartet. Die Kommunisten in Moskau waren indes überrascht, dass ein Mann wie Dubcek, der noch vor wenigen Tagen als Führer einer rechten opportunistischen Minderheit bezeichnet wurde, als freier Mann nach Prag zurückgekehrt war.²²⁰

Die Anzahl der Opfer seit der Besetzung belief sich allein in Prag auf 25 Tote und 312 Verletzte.²²¹ In Bratislava fand der außerordentliche Kongress der slowakischen KP statt.²²² Dabei wurden Vasil Bilak und andere Personen als Verräter verurteilt und aus der Partei ausgeschlossen.²²³

Die offiziellen Kommuniqués sollten in Prag und Moskau zeitgleich um 14.30 veröffentlicht werden, hieß es in den zweiten Nachrichten des Mittagsjournals. Präsident Svoboda sagte in seiner Rede:

„Teure Mitbürger! Nach vier Tagen der Verhandlungen in Moskau sind sie wieder bei euch in unserer Heimat. Wir kehrten zusammen mit den Genossen Dubcek, Cernik, Smrkovsky und den anderen zurück. Weder wir noch ihr hatten es leicht. In Gedanken waren wir die ganze Zeit bei euch und dachten daran, wie ihr diese schweren Tage erlebt. Wir sind aufrichtig froh, dass wir wieder bei euch zu Hause sind. Mit tiefer Trauer haben wir alle Nachrichten über die Verluste an den teuersten, an den Menschenleben, vor allem an den jungen Menschenleben aufgenommen. Wir empfinden ein tiefes Mitgefühl der Trauer mit den Angehörigen und Freunden. Bei unseren Verhandlungen haben uns die unzähligen Beweise eures Vertrauens gestärkt. Aufrichtig danken wir euch dafür. Ich bin überzeugt, dass wir euch nicht enttäuschen. (...) Die Ereignisse in unserem Land haben zu jeder Stunde mit einem tragischen Ausgang gedroht.

²¹⁸ JM-680827-[04]

²¹⁹ JM-680827-[07]

²²⁰ JM-680827-[06]

²²¹ JM-680827, Nachrichten I

²²² Ebd.

²²³ JM-680827, Nachrichten II

Als Soldat weiß ich sehr gut, was für ein Blutvergießen ein Konflikt zwischen den Bürgern und einer modern ausgerüsteten Armee hervorrufen kann. Umso mehr habe ich es als euer Präsident für meine Pflicht gehalten, alles dafür zu tun, damit es nicht dazu kommt, dass sinnlos das Blut der Nation fließt, die immer in Freundschaft lebte. Aber gleichzeitig auch, dass die Grundinteressen unserer Heimat und unseres Volkes gesichert werden. Ich will damit nicht die Tatsache verheimlichen, dass für eine lange Zeit wunde Stellen bleiben werden, die durch die Ereignisse hervorgerufen worden sind. Wir haben aber ein wirkliches Interesse an der Erneuerung des Vertrauens, an der aufrichtigen Zusammenarbeit zwischen den Ländern, die schicksalhaft durch den gemeinsamen Weg verbunden sind. Der Platz unseres Landes in der heutigen Welt kann nirgendwo anders sein als in der sozialistischen Gesellschaft. Wie ich schon in früheren Reden betonte, fuhr ich in Übereinstimmung mit der Regierung nach Moskau, damit ein Ausweg aus der komplizierten Lage gefunden werde, die beschleunigte Normalisierung der Verfassung und anderer legitimer Soldaten unseres sozialistischen Staates, sowie der Gesellschaft und ihrer führenden Vertreter. Wie ich euch schon aus Moskau mitteilte und wie ihr euch selber überzeugen könnt, kehre ich zusammen mit allen jenen Genossen zurück, die sofort ihre Funktionen wieder aufnehmen, in die sie demokratisch gewählt wurden und in denen sie ihr mit eurem vollen Vertrauen unterstützt habt. Es ist dies der erste, für uns aber wichtigste Schritt zur Normalisierung des Lebens unserer Heimat. Damit hängt begreiflicher Weise auch der Rückzug der Armeen der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder von dem Territorium unserer Republik zusammen. Wir haben vor allem ein prinzipielles Abkommen über den stufenweisen, völligen Abzug der Armeen getroffen. Bis zu diesem Zeitpunkt ist ihre Anwesenheit eine politische Realität. Überlegtheit und Disziplin, die ihr bis jetzt gezeigt habt, sind eine Voraussetzung für eine endgültige Lösung dieser Frage. Das sage ich euch mit aller Verantwortung als Präsident, Patriot und Soldat. Teure Freunde: In den vergangenen Tagen habt ihr uns, die führenden Vertreter des Staates und der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei mit den Ausdrücken des Vertrauens und der Trauung zum Sozialismus überhäuft. (...) Im Sinne des Januar-April-Mai-Plenums des Zentralkomitees der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei wollen wir die sozialistische Gesellschaftsordnung weiterentwickeln, den humanistischen demokratischen Charakter festigen, dem Aktionsprogramm der KPC und in der programmativen Erklärung der Regierung zum Ausdruck gebracht werden. (...) Von diesen Absichten gehen wir keinen Schritt zurück. Wir lassen selbstverständlich nicht

*zu, dass manche von euch für die Ziele jener missbraucht werden, denen die Interessen des Sozialismus fremd sind. Wir müssen alle entschlossen und zielbewusst unsere Arbeit fortsetzen. Wir wenden uns an euch alle, teure Mitbürger. (...) In diesen schweren Tagen rufe ich euch zur Einheit auf und ich bitte euch, dass ihr auch weiterhin Weisheit, und Überlegtheit an den Tag legt. (...)*²²⁴

KPC-Chef Dubcek begann seine Rede an das tschechoslowakische Volk um 17 Uhr 45 mit folgenden Worten:

„Liebe Mitbürger, Genossen und Genossinnen. Ich finde schwer die Worte, mit denen ich die Dankbarkeit für das mir und den anderen Genossen entgegengebrachte Vertrauen ausdrücken kann. Eure hohe Moral, überlegte Haltung und die feste Überzeugung, dass alle rechtmäßig gewählten Funktionäre zurückkehren werden, war nicht ungerechtfertigt.“

Der Rest der Rede war eine immer wieder kehrende Bitte an die Bevölkerung und an die Funktionäre, die Realitäten zur Kenntnis zu nehmen, von Provokationen abzusehen, Zusammenstöße mit den Okkupationstruppen zu vermeiden. Trotzdem sollte man sich nicht passiv unterwerfen. Konkrete Abmachungen sprach er nicht an, es wäre jedoch unbegründet Misstrauen gegen die geplante schrittweise Truppenreduktion zu hegen. Auch hatte die Regierung schon Anweisung an die Behörden gegeben, die Arbeit wieder aufzunehmen. Dubcek versicherte, nicht von den Ideen der Humanität und Demokratie abgehen zu wollen. Ein Ignorieren der Realität würde zur Anarchie führen, auch wenn man die Freiheit des Wortes vorübergehend beschränken musste. Immer wieder versprach er, dass die Partei für den Gedanken des Sozialismus, für die Humanität, die nationale Selbständigkeit und die Souveränität kämpfen werde. Er meinte, dass nach dem Abzug der Truppen mehr gelöst werden könnte.²²⁵

Um 19.50 Uhr berichtete der Korrespondent Peter Hoffer von einer großen Demonstration am Gorki-Platz in Prag. Mehrere tausend Menschen, vorwiegend Jugendliche, protestierten gegen die Reden Dubceks und Svobodas und vor allem gegen das Kommuniqué. Die Lage wurde als sehr ernst und gespannt bezeichnet.²²⁶

28. August: In Moskau wurde das Ergebnis der Verhandlung in den Medien als Schlag gegen die imperialistische Reaktion, als Schlag gegen die Konterrevolution gewertet. Die

²²⁴ JA-680827_a

²²⁵ JA-680827_b

²²⁶ JA-680827_c

TASS meldete in der Früh, dass sich die Lage in Prag gebessert hatte, die Parolen an den Häusern verschwanden, und die Straßenschilder wurden wieder anmontiert. Der Korrespondent Lothar Löwe wertete die Demonstrationen in Prag zwar als verständlich, jedoch als sehr gefährlich, da sie jene sowjetischen Kräfte stärkten, die sich für ein schärferes Durchgreifen einsetzten.²²⁷

Der Moskauer Rundfunk hatte in rumänischer Sprache mitgeteilt, dass der Truppenabzug nach der Klausel der Maßgabe der in der CSSR eintretenden Beruhigung der Verhältnisse durchgeführt werden würde.²²⁸

Die tschechoslowakische Bevölkerung hatte das Bedürfnis, die Wahrheit über die Ergebnisse der Verhandlungen und deren Konsequenzen zu erfahren, die Wahrheit über die Besetzung des progressiven und des konservativen Flügels der Partei, der Nationalversammlung und der Regierung, die Wahrheit über den Abzug der Besatzungsmächte, die Wahrheit, was unter der so genannten Normalisierung, die die Russen verlangten, zu verstehen war, die Wahrheit über Zensur bei Presse, Rundfunk und Fernsehen, und die Wahrheit über die Gültigkeit des Aktionsprogramms vom April. Es tat sich eine gewisse Kluft zwischen Bevölkerung und Regierung auf. Die Prager trugen keine Nationalfarben mehr im Knopfloch, die sowjetischen Streifenwagen fuhren ungehindert durch die Stadt und die Wandzeitungen reduzierten sich auf einen kläglichen Rest: Die Bevölkerung hatte den ersten Schritt zurück ins Privatleben gemacht.²²⁹

Bis um elf Uhr vormittags hatte sich dann die Lage normalisiert: Die Geschäfte hatten wieder geöffnet, die Menschen gingen ihren Berufen nach, die Straßenbahnen und anderen öffentlichen Verkehrsmittel funktionierten. Die Russen hielten sich dennoch bereit, in einem kleinen Park beim Hauptbahnhof beispielsweise konzentrierten sich Panzer und Panzerspähwagen. Das Rundfunkgebäude sowie das Gebäude der Nachrichtenagentur CTK blieben weiterhin besetzt, Zeitungen waren nicht erschienen. Die Jugend zeigte sich besorgt, meinte, ihre Zukunft in den düstersten Farben zu sehen, denn sie hatten mehr Angst vor 200 russischen NKWD-Leuten (Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten) als vor den gesamten Panzern in der Stadt.²³⁰

Die Reden von Svoboda und Dubcek wurden in Moskau nur teilweise abgedruckt, die von Svoboda etwas länger, die von Dubcek etwas kürzer. Grundton war, dass sich die Regierung, Svoboda und Dubcek bemühten, die Dinge in den Griff zu bekommen, dass Partei und Staatsdienststellen wieder Einfluss ausüben. Andererseits gab es auch scharfe Artikel, in denen die Sorge zum Ausdruck kam, dass die konterrevolutionären Umtreibe noch nicht tot wären. Diplomatische Beobachter schätzten ein, dass die folgenden acht Tage

²²⁷ JF-680828-[04]

²²⁸ JF-680828-[05]

²²⁹ JM-680828-[03]

²³⁰ JM-680828-[04]

relevant würden. Acht Tage, in denen Dubcek beweisen müsste, dass er Ruhe und Ordnung wieder herstellen könnte, ohne dabei die Liberalen in seinem Land aber auch nicht die Russen vor den Kopf zu stoßen. Von sowjetischer Seite hatte niemand eine offizielle Erklärung abgegeben, weder Breschnew noch Kossygin, und wurde auch nicht erwartet.²³¹ Erst am 29. August meldete sich Parlamentspräsident Smrkovsky länger zu Wort. Seine Rede über die Ereignisse und das Kommuniqué war konkreter als jene von Svoboda und Dubcek. Zu Beginn lobte er die Haltung des Volkes und sagte dann:

„Ihr wisst, dass unsere Politik schrittweise zum Gegenstand der Kritik einiger Länder des Warschauer Paktes geworden ist. (...) Wir sahen uns einer riesigen Militärmacht gegenüber; zum zweiten Mal im 20. Jahrhundert. Es ist die Tragik der kleinen Nationen, die an empfindlichen Punkten leben. Ihr wisst, wie mancher von uns nach Moskau gelangte. Darüber zu sprechen, ist allzu schmerzlich. Die Besetzung wurde zu einer grausamen Tatsache. Wir konnten den Kompromiss ablehnen, aber dann hätten wir einige Jahre lang die Okkupationsregierung mit allen Konsequenzen gehabt, sowie auch Menschenopfer zu tragen gehabt. Doch einmal haben wir versucht, einen annehmbaren Ausweg zu finden, einen Kompromiss. Wir sind in Moskau scharf aneinander gestoßen. Daraus hat sich eine Lösung herauskristallisiert. Es scheint, dass wir folgende Ergebnisse erzielten: 1.) Die Nachjanuarentwicklung wird fortgesetzt. 2.) Das politische Leben wird nicht durch eine eingesetzte Regierung geleitet, sondern durch die bisherigen legalen Organe. Die tschechoslowakische Außenpolitik wird ihren bisherigen Kurs aufrechterhalten. Die Truppen des Warschauer Paktes haben vorübergehend unser Land besetzt und werden sich noch im Laufe der Zeit zurückziehen. Sie werden sich nicht in die innere Entwicklung der CSSR einmischen. Nach der Normalisierung der Lage werden sie abziehen. Ihr fragt nach Garantien. Wir haben keine anderen als den eigenen Verstand und die Einheit. Die Truppen bleiben noch eine Weile hier, auch wenn die Regierung schon Verhandlungen über ihren Rückzug eröffnete. Wir müssen auch einige Maßnahmen treffen. Rundfunk, Fernsehen und Presse dürfen nicht gegen die außenpolitischen Interessen unseres Landes sprechen. Die politischen Klubs müssen aufgelöst werden, und die Bildung neuer politischer Parteien muss verhindert werden.“

Zum Schluss beschwore Smrkovsky nochmals die Bevölkerung, einig zu bleiben:

²³¹ JM-680828-[10]

„Lasset nicht den Zerfall unserer Reihen zu. Das wäre dann das wirkliche Unglück und die Niederlage unserer sozialistischen Republik. Und das darf nicht geschehen.“²³²

2.3.2. Sicherheiten, Warnungen und Hinweise des ORF

Der ORF hatte auch die Aufgabe, wichtige Hinweise weiterzuleiten, nicht nur über die Passierbarkeit der Grenzen (siehe Kapitel „Grenzen – Einreise, Ausreise, Durchreise“), sondern auch über Versorgung und Ausreisemöglichkeiten von Österreichern in der CSSR. Radio Prag verkündete am 21. August, dass ausländische Sportler und Ferienkinder, die sich in der Tschechoslowakei aufgehalten hatten, versorgt wären.²³³ Im Mittagsjournal des 23. August wurde ein Aufruf des Roten Kreuzes veröffentlicht, die Namen von österreichischen Kindern, die sich noch in der CSSR aufhielten, bekannt zu geben, da das tschechoslowakische Rote Kreuz sich daran beteiligte, ausländische Kinder in ihre Heimat zurückzubringen. Weiters wurde veröffentlicht, dass die schweizerische Botschaft drei Autobusse nach Prag schicken würde, um Touristen nach Wien zu bringen. Treffpunkt und Uhrzeit wurden weitergegeben.²³⁴

Zur Mittagszeit des 24. August kam ein ausländischer Konvoi über die Grenze, begleitet vom österreichischen Generalkonsul in Bratislava. Zwei Tage zuvor hatte es einen Aufruf im österreichischen Fernsehen gegeben, alle in der Slowakei befindlichen Österreicher mögen sich im Hotel Devin sammeln. Ab diesem Zeitpunkt fuhr zwei bis drei Mal am Tag ein Konvoi mit Ausländern zur österreichischen Grenze.²³⁵

2.3.3. Widerstand der Bevölkerung

Die erste Reaktion der Bevölkerung war Panik und Trauer, beschrieb ein deutscher Journalist, der zu Mittag des 21. August aus Bratislava über die Grenze Berg nach Österreich einreiste. Er berichtete von weinenden Menschen. In den Morgenstunden hatten Studenten ihre Jacken über die Sehschlitze von Schützenpanzern geworfen, woraufhin geschossen wurde. Als er die Stadt verlassen wollte, hatten Soldaten der Warschauer-Pakt-Staaten versucht, seine Fahrt über die Brücke in Richtung Österreich zu verhindern. Die

²³² JA-680829_a

²³³ JA-680821, Nachrichten II

²³⁴ JM-680823, Nachrichten II

²³⁵ JM-680824-[08]

slowakische Bevölkerung, die sich am Fuß der Brücke versammelt hatte, drängte hierauf die Soldaten zur Seite und bildete eine Gasse, die dem Fahrzeug die Weiterfahrt ermöglichte.²³⁶ In Bratislava fand zwar vor der Universität eine Demonstration und Manifestation statt, doch ein schweizerischer Augenzeuge bezeichnete das Verhalten der Bevölkerung als sehr ruhig, aber niedergeschlagen. Ein italienischer Reisender sprach von Jugendlichen, die die Panzer mit Molotowcocktails bewarfen, Fahnen und Plakate trugen mit der Aufschrift „Russen geht nach Hause“.²³⁷

Die tschechoslowakische Bevölkerung begrüßte die Warschauer-Pakt-Truppen nicht als Befreier, sondern empfand sie als Besatzer. Dieses Gefühl ließen sie die Soldaten spüren, Soldaten, die zum Teil gar nicht wussten, wo sie sich befanden. Erst im Gespräch mit Einheimischen wurde ihnen die Situation klar. Sie hatten gedacht, zu einfachen Manövern aufgebrochen zu sein.²³⁸ In Budweis kam es zu vielen Gesprächen zwischen den Besatzungssoldaten und der tschechischen Bevölkerung. Viele Soldaten weinten, berichtete der Direktor von Radio Budweis, Friedrich Hlinka, andere waren sehr unfreundlich.²³⁹

Die tschechoslowakische Bevölkerung stand geschlossen hinter der von ihnen gewählten Regierung, dem Präsidenten und den Reformen. Sie versuchte, in Diskussionen mit den Soldaten, die zum Großteil sehr jung waren, ihren Standpunkt verständlich zu machen, plakatierten Wände und Schaufenster mit antisowjetischen Sprüchen.²⁴⁰ Der Generaldirektor des tschechoslowakischen Rundfunks rief zum passiven Widerstand auf, woraufhin die Sendung unterbrochen wurde. In der ersten Nacht hielten sich die Einwohner Prags von den sowjetischen Panzern fern, um keine unangenehme Situation heraufzubeschwören, denn aus Nervosität machten Wachposten sehr schnell von der Schusswaffe Gebrauch.²⁴¹

Touristen, die in der Früh des 23. August mit einem Sonderzug aus Prag in Wien ankamen, beschrieben die Situation am Vortag in Prag als sehr ruhig. Die Jugend demonstrierte zwar, übte aber keine Gewalt aus. Die wichtigsten Gebäude waren von Panzern und Soldaten besetzt, es wurde jedoch kaum geschossen.²⁴²

Die Prager Bevölkerung schrieb die Namen vermeintlicher Kollaborateure in Großbuchstaben an Hauswände, um sie als Verräter an der tschechischen Sache zu notieren.²⁴³

Am 23. August gegen Mittag spitzte sich die Situation in Prag zu, berichtete der Korrespondent Peter Bleibtreu. Die Schmährufe und Pfiffe, die die Bevölkerung den sowjetischen Panzern entgegenbrachte, wurden immer lauter. Es wurden auch Jugendliche

²³⁶ JM-680821_f

²³⁷ JA-680821-[04]

²³⁸ JA-680821-[01]

²³⁹ JM-680822-[06]

²⁴⁰ JM-680823-[15]

²⁴¹ JF-680822-[03]

²⁴² JF-680823-[06]

²⁴³ JM-680824-[03]

beobachtet, die den Panzern die Rohre mit Papier verstopften und sie mit Hakenkreuzen bemalten. Die sowjetischen Soldaten setzten sich gegen diese Aktivitäten nicht zur Wehr. Vor allem deshalb, weil einzelne Tschechoslowaken die Soldaten und Panzerfahrer in politische Gespräche verwickelten, um von den Panzerschändungen, die andere durchführten, abzulenken. Eine Neuerung war aber, dass die Russen anfingen antisowjetische Plakate von Wänden und Schaufenstern zu entfernen.²⁴⁴ Nachdem die Soldaten die Plakate in der Nacht entfernt hatten, klebte die Bevölkerung am nächsten morgen wieder neue an die Hauswände. Der schweizerische Korrespondent Hans Peter Mengg beschrieb eine Gruppe, die sich an einem Denkmal traf, um Plakate zu malen. Jedes fertig gemalte Plakat wurde umgehend von Helfern abgeholt und in der Stadt angebracht.²⁴⁵ Die Diskussionsfreudigkeit der Bevölkerung brachte auch ein Opfer mit sich: Ein sowjetischer Offizier beging nach Gesprächen mit tschechoslowakischen Jugendlichen Selbstmord. Weiters gab es am 23. August Menschenansammlungen am Wenzelsplatz, dem Altstädter Ring und in den übrigen Hauptstraßen Prags. Die meisten Bürger trugen Transistorradios mit sich, um sich laufend zu informieren. Außerdem trugen sie die drei Nationalfarben der Tschechoslowakei: blau, weiß und rot. Gleichzeitig wurden von den Geheimsendern laufend Autonummern von sowjetischen Verhaftungstruppen veröffentlicht. Angeblich wurden Insassen dieser Autos von der tschechoslowakischen Bevölkerung gelyncht. Von den Massenverhaftungen waren vor allem Journalisten und Intellektuelle, sowie exponierte Reformkommunisten betroffen.²⁴⁶ Der Schriftsteller Josef Nesvadba erzählte, dass die Autos mit den Verhaftungstruppen von der tschechoslowakischen Polizei gejagt wurden.²⁴⁷ Um den Beamten des Staatssicherheitsdienstes die Auffindung der zu Verhaftenden so schwer wie möglich zu machen, wurde die Bevölkerung von freien Rundfunksendern aufgerufen, die Straßenschilder abzumontieren.²⁴⁸ In Budweis waren schon am Morgen des 24. August sämtliche Straßenschilder entfernt worden.²⁴⁹ In Prag verringerten sich die Menschenschlangen vor den Lebensmittelgeschäften, jene vor Elektrogeschäften wurden größer, denn die Menschen benötigten Batterien für ihre Transistorradios. „Im Augenblick ist die politische Nachricht wichtiger als ein Stück Brot“, stellte der Kommentator Peter Bleibtreu fest.²⁵⁰ Die Okkupationstruppen trafen vor allem beim Versuch, die tschechoslowakische Eisenbahn zu nützen, auf Widerstand: Peilgeräte zur Störung der Geheimsender wurden dringend

²⁴⁴ JM-680823-[15]

²⁴⁵ JM-680824-[06]

²⁴⁶ JA-680823-[03]

²⁴⁷ JA-680824_d

²⁴⁸ JA-680823-[04]

²⁴⁹ JA-680824-[06]

²⁵⁰ JM-680824-[03]

benötigt, der Zug, der die entsprechenden Geräte transportierte, kam aber nicht an. Bei Olmütz hatten Unbekannte die Gleise zerstört.²⁵¹

Auch wenn die sowjetischen Soldaten immer müder wirkten, waren sie doch immer noch bereit, mit der Prager Bevölkerung zu diskutieren. Überhaupt verhielten sich die Soldaten außerordentlich diszipliniert, was nicht immer selbstverständlich war, denn wann immer Lastwagen mit Sowjetsoldaten durch die Straßen fuhren, wurden sie mit Pfiffen ausgebuht.²⁵² In Bratislava zeigte sich aber schon, dass der anfängliche Unmut und die Wut der Bevölkerung in einfache Lethargie umschwenkten.²⁵³

Die Schaufenster aller Geschäfte am Wenzelsplatz waren mit Plakaten mit politischen Schriften und Zeichnungen überklebt. Am Nachmittag des 24. August war der Wenzelsplatz von Menschen überfüllt, die Bürger Prags studierten die Aufschriften wie in einer Galerie. In dieses nachmittägliche Treiben fuhren zwei sowjetische Panzerspähwagen und fegten den Platz mit Maschinengewehrsalven binnen Sekunden frei. Die Menschen rannten davon und warfen sich hinter parkenden Autos in Deckung. Die Gespräche der tschechoslowakischen Jugendlichen mit Besatzungssoldaten waren indes ziemlich abgeflaut, da eine offizielle Respektzone um die Panzer geschaffen wurde, die nicht überschritten werden durfte. Im Falle des Regelverstoßes antworteten die Russen mit Maschinengewehrschüssen.²⁵⁴

Bis zum Abend des 24. August wurden alle Straßenschilder in Prag abmontiert und die meisten Hausnummern heruntergenommen oder übermalt. Neue Plakate zierten das Stadtbild mit Aufschriften, wie „Mütter, zeigt euren Kindern das Museum!“, da die Fassade des Museums von sowjetischen Panzern zerschossen worden war. Auf anderen Plakaten stand „Sie werden nicht durchkommen“. Das war die Parole der republikanischen Truppen bei der Verteidigung von Madrid während des spanischen Bürgerkriegs gewesen. Weiters: „Sechs Monate haben wir auf sie gewartet, hundert Jahre werden wir sie nicht vergessen.“²⁵⁵ Agenturmeldungen zufolge waren die Warschauer-Pakt-Staaten dazu gezwungen, Teile ihrer Truppen auszuwechseln, da die Fraternisierung sehr stark vor sich ginge. Der Kommentator Heinz Hofmann beschrieb es eher als moralische Aufweichung der Truppen, dadurch, dass sie von der Bevölkerung ständig das Gefühl bekamen, nicht gewünscht zu sein. Weiters hatten die Soldaten erwartet, in Kampfhandlungen verwickelt zu werden und waren überrascht, dass nach mehreren Tagen immer noch nichts passiert war. Außerdem hatte die Prager Bevölkerung damit begonnen, die Okkupationssoldaten zu ignorieren, statt mit ihnen

²⁵¹ Ebd.

²⁵² JM-680824-[06]

²⁵³ JM-680824-[08]

²⁵⁴ JA-680824_a

²⁵⁵ JF-680825-[04]

zu sprechen.²⁵⁶ In einem Prawda-Artikel war die Rede davon, die politische Aufklärung und Erziehung der sowjetischen Truppen zu intensivieren.²⁵⁷

Da immer mehr Plakate mit Parolen und Aufschriften in Prag angebracht wurden, kam es zu einem steten Auf und Ab: Ab sieben Uhr früh den ganzen Tag hindurch wurden Plakate von der Bevölkerung angebracht und ab zehn Uhr abends, mit dem Beginn der Ausgangssperre, durften sich die Soldaten von ihren Panzern weg bewegen und mussten die Plakate in den Hauptstraßen wieder herunterreißen. Orientierungstafeln wurden mit weißer oder schwarzer Farbe überstrichen, oft auch umgedreht. Es kursierte die Geschichte von einer polnischen Einheit, die in die Tschechoslowakei einmarschierte, sich nach den Straßenschildern orientierte und wieder in Polen landete.²⁵⁸

Um neun Uhr früh des 26. August gab es in der ganzen CSSR einen fünfzehnminütigen Generalstreik. Dieser war erst am selben Morgen vorgeschlagen worden und wurde überall befolgt. Daran konnte man sehen, wie aktionsfähig und aufnahmefähig die Bevölkerung war. Die Okkupationstruppen hatten den Befehl bekommen, nicht mehr mit der Bevölkerung Kontakt aufzunehmen, auch die Prager Bevölkerung hielt sich an diesen Aufruf.²⁵⁹

Trotz des offiziellen Fraternisierungsverbotes kam es am Abend auf dem Wenzelsplatz zu großen Debatten zwischen sowjetischen Soldaten und der Prager Bevölkerung. Der Korrespondent Peter Hoffer hatte dabei die Gelegenheit, mit einem sowjetischen Unteroffizier zu sprechen. Auf die Frage, warum er in Prag wäre, antwortete dieser, dass die Imperialisten versuchten, die CSSR zu besetzen.²⁶⁰

Am 27. August um neun Uhr früh begann, wie angekündigt, eine große Demonstration in Prag, ein Willkommensgruß für die Delegation aus Moskau und ein Zeichen der einmütigen Haltung der tschechoslowakischen Bevölkerung. Sirenen heulten, Autos hupten, Menschen liefen auf die Straße, Mistkübel und sonstige Gegenstände wurden verwendet, um Lärm zu machen und den Takt zu schlagen. In einer kleinen Straße hatten sich Köche versammelt, die mit Kochlöffeln auf Kochtöpfe schlugen. Menschen standen an allen Fenstern, jubelten und schrien: Lärm für Dubcek und Svoboda.²⁶¹

2.3.4. Rolle der tschechoslowakischen Medien

Die Medien spielten in vielerlei Hinsicht eine tragende Rolle in den sieben Augusttagen des Jahres 1968. Sie waren gemeinsam mit dem Widerstand der Bevölkerung die einzigen

²⁵⁶ JF-680825-[05]

²⁵⁷ JA-680825-[03]

²⁵⁸ JA-680825-[12]

²⁵⁹ JM-680826-[13]

²⁶⁰ JF-680827-[04]

²⁶¹ JM-680827-[07]

Machtmittel gegen die militärisch weit überlegenen Okkupationsmächte. Daher war es im äußersten Interesse der Besatzer, die Medien aus dem Wege zu räumen.

Im Frühjournal des österreichischen Rundfunks am 21. August 1968 berichtete der ORF, dass der tschechoslowakische Rundfunk um zwei Uhr morgens von der Invasion berichtet hatte, um 2.41 abgeschaltet worden war und um 5.30 wieder sendete. Ab diesem Zeitpunkt gab es immer wieder Unterbrechungen in der Sendetätigkeit.²⁶²

Im Morgenjournal des 22. August nannte der Korrespondent Wilhelm Krasser die Nachrichtentätigkeit von Radio Prag ein Wunder. Es wurde zwar acht- bis zehnmal die Frequenz geändert, dennoch konnten am Vortag regelmäßig Nachrichten gesendet werden.²⁶³

Zu einer besonders wichtigen Informationsquelle wurden die Geheimsender, die sich binnen kürzester Zeit in der ganzen Tschechoslowakei bildeten. Bereits fünf Stunden nach Beginn des Einmarsches existierten in der CSSR sieben Geheimsender, nach zwölf Stunden neun: Freies Radio Bratislava (Pressburg); Freies Radio Usti (Aussig), Freies Radio Brno (Brünn); Freies Radio Plzen (Pilsen), Freies Radio Nordböhmen, Freies Radio Budejovice (Budweis), Freies Radio Tschechoslowakei, Freies Radio Dana und Radio Nummer Sieben. Später kam noch Radio Freies Prag dazu.²⁶⁴ Im ORF-Morgenjournal des 23. August wird ein Freier Rundfunk Karlsbad erwähnt, im Morgenjournal des 24. ein Freies Radio Westböhmen, im Mittagsjournal des 24. ein Radio Nitra (ob „frei“ oder nicht wird nicht erwähnt) und im Abendjournal des 26. ein Freier Slowakischer Sender Donau. Im Abendjournal des 25. August ist von zwölf freien Rundfunkstationen die Rede.

Die Geheimsender richteten sich mit verschiedensten Aufrufen an die tschechoslowakische Bevölkerung: Sie baten um Ruhe²⁶⁵ und gewaltlosen Widerstand,²⁶⁶ forderten die Bevölkerung auf, Straßenschilder abzumontieren, um die Verhaftungen für die Staatssicherheitspolizei zu erschweren²⁶⁷ und gaben Autonummern durch, die Fahrzeuge mit Verhaftungspersonal publizierten.²⁶⁸ Es gab Durchsagen, wann gestreikt werden würde²⁶⁹ und Warnungen vor Straßensperren, Verhaftungswellen und Abhörkampagnen.²⁷⁰ Weiters gab es Aufrufe, die sich an bestimmte Personen, wie Emil Zatopek, den berühmten tschechoslowakischen Leichtathleten, wendeten, um ihn wegen der Gefahr einer Verhaftung davon abzuhalten, nach Hause zurückzukehren.²⁷¹

Die Geheimsender sprachen auch die Besatzungstruppen an:

²⁶² JF-680821, Nachrichten I

²⁶³ JF-680822-[12]

²⁶⁴ Norden. S. 144.

²⁶⁵ JM-680823-[05]

²⁶⁶ JM-680827, Nachrichten I

²⁶⁷ JA-680823-[04] und Nachrichten I

²⁶⁸ JM-680823-[05], JA-680823-[03]

²⁶⁹ JM-680826-[13]

²⁷⁰ Nachrichten im JA-680823, JA-680825, JA-680826

²⁷¹ JA-680823-[06]

„Die Lage bei uns ist unhaltbar. Es ist genau so, als wenn zu euch Chinesen kämen, um die DDR gegen den Willen des ganzen Volkes zu beschützen“,

wird Radio Budweis im ORF-Morgenjournal des 22. August zitiert.²⁷² Im ORF-Abendjournal am 22. August 1968 wurde ein Aufruf an russische Besatzungssoldaten verlesen, der vom Freien Radio Prag in Russisch ausgestrahlt wurde:

„Soldaten, begreift, dass die Besetzung unseres Landes eine große Schande für die KPdSU und ein schwerer Schlag für die kommunistische Weltbewegung ist. Wir sind überzeugt, dass der von uns geliebte Lenin über euer Tun weinen würde. Warum muss geschossen werden?“.

Neben der Koordination des Widerstandes der Bevölkerung und der Informationsverbreitung waren die Geheimsender auch die Hauptinformationsquelle für ausländische Medienanstalten. Der ORF beispielsweise erhielt die wichtigsten Meldungen über Vorgänge und Geschehnisse durch das Abhören der tschechoslowakischen Rundfunkanstalten, aber auch der Geheimsender. Im ersten Nachrichtenblock des Abendjournals des 22. August wurde gemeldet, dass die wichtigste Quelle für den Westen die tschechoslowakischen Rundfunkstationen waren, die noch frei ihre Meinung äußern konnten.²⁷³ Denn die Korrespondenten waren nicht immer am Ort des Geschehens. Als Ausgangssperren verhängt wurden, konnten sie abends ihre Hotels nicht mehr verlassen und sie bekamen auch keine Informationen von Politikern. So wurden tschechoslowakische Medien für den ORF äußerst wichtig. Andererseits waren westliche Sender wie der ORF für Korrespondenten in Moskau oder Ostberlin von großer Bedeutung, da im Land selbst kein objektiver freier Journalismus betrieben wurde, und die Korrespondenten viele Fakten nur über westliche Medien erfahren konnten.²⁷⁴

Radio Freies Prag wurde das erste Mal im Abendjournal des 21. August im ersten Nachrichtenblock erwähnt, und zwar in dem Zusammenhang, dass Radio Freies Prag meldete, dass es noch nicht entdeckt wurde.²⁷⁵ Interessanterweise wurde in den (vorhandenen) ORF-Journalen nicht direkt angesprochen, dass es sich hier um Geheimsender handelte. Auch ihre Gründung und Aufrechterhaltung wurde nicht besonders hervorgehoben. Meist hieß es „Freies Radio Prag“, manchmal „Radio Freies Prag“, manchmal „Radio Prag“, wobei es nicht ganz klar ist, ob damit derselbe Sender gemeint war. Dann gab es noch den „Prager Rundfunk“, womit vermutlich der tschechoslowakische Rundfunk, der schon am Morgen des 21. August besetzt wurde, gemeint war. Am

²⁷² JF-680822-[03]

²⁷³ JA-680822, Nachrichten I

²⁷⁴ JF-680825-[06]

²⁷⁵ JA-680821, Nachrichten I

direktesten wurde die Problematik in den bereits erwähnten Gesprächen zwischen Walter Waldherr vom Studio Oberösterreich und dem Direktor von Radio Budweis, Friedrich Hlinka, thematisiert. Hier gab Hlinka immer wieder die Wellenlänge (314 m) durch, auf der mit einem Hilfssender gesendet wurde, und betonte, dass sie noch nicht besetzt wurden.²⁷⁶ Im Mittagsjournal des 24. August sagte er:

„....., das ist nicht mehr so geheim, aber uns haben sie noch nicht gefunden und wir hoffen, sie werden uns auch nicht finden, wenn es wird, wir werden auch in Zukunft, wir werden immer senden, werden nicht schweigen.“²⁷⁷

Im Abendjournal des 23. August wurde die Meldung vom Radio Freies Prag von 16.47 Uhr gebracht, dass die Okkupationstruppen den Sender Budweis aufgespürt und besetzt hatten.²⁷⁸ Dennoch gab es noch bis zum Abendjournal des 24. August Gespräche mit dem Direktor von Radio Budweis, Friedrich Hlinka. Wie das zu verstehen ist, ist unklar, auch was in Folge mit Radio Budweis und Friedrich Hlinka geschah.

Es ist augenscheinlich, dass die Bevölkerung Dankbarkeit für die Radiostationen hatte. Im Morgenjournal vom 22. August wurde erwähnt, dass die Bevölkerung die Mitarbeiter von Radio Budweis mit Lebensmitteln versorgte.²⁷⁹ Im Mittagsjournal des 24. August erwähnte Friedrich Hlinka auch die „glänzende und herrliche“ Unterstützung des Senders durch die Bevölkerung, die die Studios mit Blumen schmückte. Deshalb hätten sie sich geschworen, den Leuten treu zu sein und nicht zu schweigen.²⁸⁰

Neben der notwendigen Veröffentlichung der Vorgänge im Land hatten die tschechoslowakischen Geheimsender, wie erwähnt, die Aufgabe, die Menschen zu beruhigen, zu warnen und zu koordinieren. Dabei war es wichtig, dass sich die verschiedenen Sender gleichschalten ließen. Im Nachrichtenblock des Abendjournals des 25. August wurde erwähnt, dass es erforderlich sei, eine Reihenfolge der Sendungen der zwölf freien Stationen festzulegen. Den einzelnen Sendern wurden nur 10 Minuten Sendezeit eingeräumt. Norden bezeichnete das Gleichschalten der Sender als technische Meisterleistung.²⁸¹

Angesichts der Gefahr, die die freien Radiosender in der CSSR darstellten, waren die Besatzungsmächte bestrebt, die Sender aufzuspüren oder ihre Sendung zu stören. In den Nachrichtenblöcken verschiedener Journale war immer wieder von sowjetischen Störaktionen die Rede: Am 23. August wurde der Prager Rundfunk scheinbar gestört, und

²⁷⁶ JM-680822-[06]

²⁷⁷ JM-680824-[05]

²⁷⁸ JA-680823-[06]

²⁷⁹ JF-680822-[06]

²⁸⁰ JM-680824-[05]

²⁸¹ Norden, Peter (Hg.). Prag, 21. August ... Revolution, Intervention, Invasion. München 1968. S. 115

Radio Brünn übernahm auf derselben Wellenlänge.²⁸² Am 25. August zeigte sich der freie tschechoslowakische Radiosender besorgt, dass Sowjets Material zur Störung des Sendebetriebs bringen würden.²⁸³ Es wurden alle Eisenbahner dazu aufgerufen, diese Transporte zu boykottieren. Bereits im Abendjournal des 25. August wurde mitgeteilt, dass der Zug, der das Störmaterial transportiert hatte, endgültig an der Elbe angehalten worden war, und die Fracht auf Hubschrauber umgeladen werden musste.²⁸⁴ Schott berichtet, dass tschechische Eisenbahner die Transporte durch Weichenstellungen im Kreis oder auf Abstellgleise manövrierten.²⁸⁵ In der Nacht auf den 26. August, kurz nach 23 Uhr, zerstörten sowjetische Soldaten den modernen Radio- und Fernsehsender in Kaschau.²⁸⁶ Insgesamt hatten die sowjetischen Truppen fast fünf Tage gebraucht, die nötigen Störsender aufzubauen. Die Qualität, in der die Geheimsender von diesem Zeitpunkt an ausgestrahlt werden konnten, war dementsprechend schlecht wie im Beitrag JM-680826_a zu hören war. Diese schlechte Qualität war auch der Anlass in selbigem Mittagsjournal am 26. August, die Funktion und Arbeitsweise von Störsendern zum Thema zu machen: Im Interview erklärte der ORF-Techniker Herbert Leutgeb, dass Störsender eigentlich ziemlich schnell und kurzfristig zu installieren wären. In weiterer Folge wurde auch die Störung, das Ausweichen des gestörten Geheimsenders auf eine andere Wellenlänge und das neuerliche Auffinden des Senders beschrieben.²⁸⁷

Die tschechoslowakische Nachrichtenagentur CTK wurde gleich in der ersten Nacht der Okkupation besetzt. Im Abendjournal des 23. August wurde in den Nachrichten erwähnt, dass die Agentur die Arbeit wieder aufgenommen hatte. Die CTK forderte jedoch die Angestellten auf, keine Befehle des bisherigen Chefs auszuführen, da dieser als Kollaborateur galt. Im Nachrichtenblock des Morgenjournals am 24. August wurde berichtet, dass die Zeitung Prawda von Westböhmen in einer Stückzahl von 100.000 erschienen war, da der sowjetische Befehlshaber in Pilsen sich für die Besetzung der Redaktion entschuldigt und das Militär abgezogen hatte.²⁸⁸

Nach Meldungen des geheimen Freiheitssenders wurde der konservative Ideologe Jiri Franek zum neuen Chefredakteur des Parteiorgans der KPC Rude Pravo gewählt. Der bisherige Chefredakteur war verhaftet worden. Es gab auch Gerüchte von langen Namenslisten von gesuchten Personen. Zahlreiche Journalisten waren schon gefangen genommen worden.²⁸⁹ In einer Verhaftungswelle in der Nacht vom 23. auf den 24. August wurde vor allem Jagd auf Journalisten und Intellektuelle gemacht, um die geheimen

²⁸² JA-680823

²⁸³ JF-680825) auch schon JA-680823-[03]

²⁸⁴ JA-680825, Nachrichten I

²⁸⁵ Schott, S 52

²⁸⁶ JF-680826

²⁸⁷ JM-680826_b

²⁸⁸ JF-680824, Nachrichten I

²⁸⁹ JA-680822-[05]

Nachrichtenzentren aufzulösen – ein Unterfangen, das der Korrespondent Peter Bleibtreu als unmöglich bezeichnete, da sämtliche Flugblattaktionen nicht von Einzelpersonen organisiert wurden, und für jeden verhafteten Redakteur zwei weitere einzuspringen gewillt waren.²⁹⁰

Die Redakteure der Tageszeitung Prace mussten sich am 22. August vor den Besatzungstruppen verstecken – die Zeitung kam trotzdem heraus. In einer geheim gedruckten Sonderausgabe rechtfertigten die Redakteure ihren Einsatz mit den Worten „Denn in dieser Republik gilt tschechoslowakisches Gesetz.“ Es gab auch noch andere Zeitungen und Druckereien, die illegal arbeiteten²⁹¹, wie beispielsweise die Parteizeitung in Budweis, die zwar auch besetzt wurde, aber dennoch am 23. August 50.000 Stück herausbrachte.²⁹² Am 25. August wurden weiterhin Zeitungen gedruckt und bündelweise aus Autos unter die Leute geworfen.²⁹³ Auch in der Früh des 26. erschienen Zeitungen, jedoch hörte man die alarmierende Meldung, dass das Papier knapp zu werden drohte.²⁹⁴

Nach dem Abschluss der Moskauer Verhandlungen veröffentlichten einige freie Sender Kritik an den Stellungnahmen Dubceks und Svobodas, am 28. August hingegen veröffentlichte der tschechoslowakische Rundfunk keine Protestresolutionen mehr, sondern stellte sich hinter Dubcek und Svoboda, kehrte die positive Seite hervor, betonte Vertrauen und Glauben in die politische Führung. Dieser neue Trend sollte die Situation beruhigen und jegliche Eskalation in eine unkontrollierbare Lage vermeiden.²⁹⁵

2.3.5. Manipulation und Propaganda in der Sowjetunion und DDR

In der Sowjetunion und in anderen Warschauer-Pakt-Staaten wurden Informationen in den Medien zurückgehalten, verdreht, manipuliert.

Der sowjetische Rundfunk brachte lange Zeit keine Berichte von der Besetzung der Tschechoslowakei – er spielte bis 6 Uhr 15 Wiener Walzer, darauf folgte das Frühsportprogramm und in den 7 Uhr-Nachrichten wurde dann erstmals das Kommuniqué veröffentlicht. Die westlichen Korrespondenten waren hingegen schon ab 4 Uhr früh von Gewährsleuten über den Einmarsch unterrichtet worden und hörten den tschechoslowakischen Rundfunk ab. Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS gab eine Erklärung und Rechtfertigung für den Einmarsch ab. Hauptpunkte waren, dass die tschechoslowakische Regierung und die Parteiführer dringend um die Hilfe der übrigen

²⁹⁰ JM-680824-[03]

²⁹¹ JF-680823-[03]

²⁹² JF-680824-[06]

²⁹³ JA-680825-[12]

²⁹⁴ JF-680826-[05]

²⁹⁵ JM-680828-[04]

sozialistischen Länder gebeten hatten, um konterrevolutionären Kräften im Land zu begegnen, da diese den Frieden in Europa gefährdeten.²⁹⁶

Die sowjetische Bevölkerung wurde weitaus schlechter über die Vorgänge in der Tschechoslowakei informiert als die westlichen Länder. Schon zur Mittagszeit des 21. August wurden westliche Stationen, die Informationen in russischer Sprache brachten, von Störsendern gestört.²⁹⁷

In der Ausgabe des 22. August beschuldigte die Moskauer Prawda den tschechoslowakischen Parteichef Dubcek, an der Spitze einer Gruppe von Rechtsopportunisten treulos und verräterisch die Konterrevolution unterstützt zu haben. Der Korrespondent in Moskau, Ulrich Schiller, beschrieb den Artikel als derart extrem, dass man nach dessen Lektüre selbst um Dubceks physische Existenz zu fürchten hätte.²⁹⁸

Staatspräsident Svoboda wurde bei seiner Ankunft in Moskau am Nachmittag des 23. August als großer Held der sowjetischen Führung gefeiert. Parteichef Breschnew, Ministerpräsident Kossygin, Staatspräsident Podgorny und andere Mitglieder des sowjetischen Politbüros empfingen ihn und seine Delegation mit Schützenfeuer, Ehrensalut, eine Wachkompanie präsentierte das Gewehr. Die 20 km lange Straße vom Flughafen in die Stadt wurde von zahlreichen Moskauern gesäumt, die Svoboda klatschend und freundlich winkend begrüßten. Auf Schildern standen die Worte „Herzlich willkommen“. Die Delegation wurde in Gästequartieren auf den Leninbergen untergebracht.²⁹⁹ Dieser herzliche Empfang ließ westliche Journalisten, die zwar nicht am Flughafen zugelassen waren, stutzig werden: Sie fragten sich, ob nicht schon vor Verhandlungsbeginn die Würfel gefallen waren.³⁰⁰ Es war anzunehmen, dass die Sowjets versuchen würden, Svoboda als Kollaborateur mit den sowjettreuen Mitgliedern des Zentralkomitees und Präsidiums hinzustellen. Die tschechoslowakische Bevölkerung hingegen sah den herzlichen Empfang ihres Präsidenten in Moskau lediglich als Taktik der Sowjets an.³⁰¹

Am 24. August gab der staatliche sowjetische Rundfunk eine offizielle Stellungnahme zum Einmarsch ab. Hier ein Auszug:

„Eben darum haben sich auch die Sowjetunion und ihre Kommunistische Partei von Anfang an positiv zu dem Programm der demokratischen Verwandlungen verhalten, das das Januarplenum des ZK der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei angenommen hat. Die Sowjetunion verhält sich auch jetzt positiv zu diesem Programm. Die Hilfe, die die Sowjetunion und die mit ihnen

²⁹⁶ JF-680821-[08]

²⁹⁷ JA-680821-[11]

²⁹⁸ JM-680822-[08]

²⁹⁹ JA-680823-[05]

³⁰⁰ JF-680824-[03]

³⁰¹ JF-680824-[05]

verbündeten Länder der Tschechoslowakei erwiesen und jetzt erweise, zielt darauf ab, das ersehnte Programm der tschechoslowakischen Kommunisten zu verwirklichen. Das wurde ganz bestimmt und ganz entschieden in dem Appell der Regierung der fünf sozialistischen Länder an die Bürger der tschechoslowakischen sozialistischen Republik zum Ausdruck gebracht. Die Versuche der antisozialistischen Kräfte, sowohl in der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei selbst, als auch außerhalb ihrer Reihen, den Prozess der Festigung und der weiteren Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie in der Tschechoslowakei zum Schaden dieses Prozesses und zum Schaden des Sozialismus auszunutzen, werden unweigerlich volles Fiasco erleiden. Weder den inneren noch den äußeren Kräften der Reaktion wird es gelingen, die Tschechoslowakei auf den kapitalistischen Siedlungssieg (?) zu bringen. Das hat man anscheinend auch schon in allen Städten der Reaktion und Konterrevolution eingesehen. Schon jetzt kann man mit Gewissheit sagen, dass die Hilfe der Sowjetunion und der mit ihr verbündeten sozialistischen Länder für die Tschechoslowakei für eine Stabilisierung der Lage in Europa und zur Festigung des Friedens geführt hat. Jetzt löst die Frage immer größeres Interesse aus, wie ernst die laut gepriesenen Sympathien der westlichen Kommentatoren und Politiker für den Sozialismus sind, wie stark ihr Wunsch ist, Sozialismus in demokratischer Freiheit zu praktizieren, worüber ja die Politiker und Kommentatoren des Westens so häufig in diesen Tagen sprachen und schrieben. Tatsächlich, was hindert denn die westlichen Politiker daran, den Sozialismus in demokratischer Freiheit zu praktizieren?³⁰²

In den sowjetischen Medien und Nachrichtenagenturen wurde die mögliche Präsenz Dubceks bei den Verhandlungen nicht erwähnt. Nebenbei verschärften sich hingegen am 25. August die medialen sowjetischen Angriffe gegen Jugoslawien und Rumänien, worin sie mit den NATO-Ländern und China in eine Reihe gestellt wurden. Der Korrespondent Lothar Löwe bezeichnete dies als ein propagandistisch wirres „Um-sich-Schlagen“.³⁰³

Nach dem Abschluss der Moskauer Verhandlungen wurde in der TASS die Rede von Präsident Svoboda ausführlicher abgedruckt als jene des Parteichefs Dubcek. Man konnte annehmen, dass die Rede des Präsidenten besser in das sowjetische Konzept passte.³⁰⁴

In der Deutschen Demokratischen Republik berichteten die Zeitungen nur bruchstückhaft und mitunter auch wahrheitswidrig über die Vorgänge in der Tschechoslowakei. Beispielsweise wurde der einstündige Generalstreik am 23. August nicht erwähnt. Ostberlin

³⁰² JA-680824_c

³⁰³ JF-680825-[06]

³⁰⁴ JF-680828-[04]

machte sich auch die sowjetische Version zu eigen, dass es sich beim außerordentlichen Parteitag der KPC um ein überstürztes Geheimgtreffen revisionistischer Kräfte handelte. Andererseits aber gab es ab dem 24. August keine polemischen Angriffe mehr gegen Parteichef Dubcek – scheinbar hielt die DDR-Führung die Ausschaltung Dubceks nicht mehr für sicher. Radio DDR beschrieb das Verhalten der Bevölkerung in Prag in der vorhergehenden Nacht als „pflichtgemäß ruhig“, tatsächlich war es zu diesem Zeitpunkt jedoch die unruhigste Nacht seit der Besetzung. Um der wachsenden Unruhe der DDR-Bevölkerung entgegen zu wirken, versuchte das Parteiorgan „Neues Deutschland“ von der Notwendigkeit der Beihilfe bei der Intervention in der CSSR zu überzeugen. Im Leitartikel des Blattes wurde sogar behauptet: „Wir haben einen Krieg verhindert.“³⁰⁵

Ein weiterer wichtiger Punkt der sowjetischen Taktik war die Propaganda. Am Vormittag des 24. August kreisten drei sowjetische Flugzeuge über Prag und warfen Flugblätter mit Texten von TASS und Radio Moskau ab. Die Prager Bevölkerung zerriss oder verbrannte diese umgehend.³⁰⁶

Seit dem 24. August wurde in der CSSR auf Kanal Eins ein sowjetisches Fernsehen in tschechischer Sprache ausgestrahlt – sowjetische Propaganda, versteht sich.³⁰⁷ Ein Lautsprecherwagen fuhr auf dem Wenzelsplatz auf und spielte volkstümliche russische Musik. Zwei sowjetische Journalisten einer Nachrichtenagentur waren erschossen worden, hieß es, als sie in einem Hubschrauber über Prag Flugblätter abwerfen wollten.³⁰⁸

Am 25. August spielten sich am Wenzelsplatz regelrechte Propagandakämpfe ab: Ein sowjetischer Lautsprecherwagen versuchte der Bevölkerung zu erklären, warum die sowjetischen Truppen in die CSSR einmarschiert waren. Die Prager Bevölkerung konterte mit Pfui-Rufen, Schreien, Heulen und Autohupen. Selbst in den Autos der städtischen Polizei wurden die Hupen betätigt, während sie an den sowjetischen Panzern vorbeifuhren.³⁰⁹

2.3.6. Sonderstellung: Jugoslawien und Rumänien, sowie China, Albanien und Kuba

Jugoslawien: In Belgrad wurde erst um 5 Uhr 30 die erste Rundfunk-Meldung über den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die CSSR herausgegeben. Darin wurde die Überschreitung der Grenzen als illegal bezeichnet, da sie ohne das Wissen der tschechoslowakischen Regierung und Parteiführung erfolgt war.³¹⁰

³⁰⁵ JM-680824-[09]

³⁰⁶ JM-680824-[06]

³⁰⁷ JF-680825-[04]

³⁰⁸ JA-680825, Nachrichten I

³⁰⁹ JA-680825-[04]

³¹⁰ JF-680821-[06]

Der jugoslawische Staatspräsident Tito nahm schon am Nachmittag des 21. August klar, aber doch diplomatisch, Stellung über die Ereignisse in der CSSR. Diese Vorsicht lässt auf die Besorgnis der jugoslawischen Staatsführung schließen, denn Jugoslawien hätte kaum mehr Widerstand gegen einen Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen leisten können, als es die CSSR konnte. Er bezeichnete die Intervention als Schlag gegen die Souveränität der Tschechoslowakei und als Schaden für den Sozialismus in der Welt. Er distanzierte sich aber von Demonstrationen in seinem Land, da er Frieden wünschte. In Slowenien kam es dennoch zu Demonstrationen gegen die Vorgänge in der CSSR.³¹¹ Am 22. August kam es in Belgrad zu einer Massendemonstration. Der tschechoslowakische Außenminister Jiri Hajek und der stellvertretende Ministerpräsident Ota Sik befanden sich zum Zeitpunkt der Okkupation auf Urlaub in Jugoslawien. Ihnen kam durch ihren Auslandsaufenthalt eine besondere Rolle in den Verhandlungen zu. In der Nacht vom 21. auf den 22. August hielten sie zusammen mit Planungsminister Frantisek Vlasak und dem Chef der Plankommission, Stefan Gasparik, Beratungen in Belgrad ab. Sie richteten noch im Laufe der Nacht einen flammenden Appell an die Weltöffentlichkeit und verurteilten die Okkupation der CSSR.³¹² Am Nachmittag des 23. August tagte das Zentralkomitee der kommunistischen Partei Jugoslawiens. Staatspräsident Tito blieb bei seinen Standpunkten, formulierte sie nur etwas vehemente als zuvor. Belgrad wurde zunehmend zu einem Zentrum des politischen Widerstandes: Es trafen laufend Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens der CSSR ein, die im Ausland von den Ereignissen überrascht wurden und nun zu den vier tschechoslowakischen Ministern und zum Präsidiumsmitglied Ota Sik strebten, die sich bereits in Belgrad aufhielten. Es handelte sich hierbei jedoch um keine Exilregierung, sondern um die legale Regierung, die lediglich vorübergehend aus dem Ausland agierte. Die Abreise von CS-Außenminister Hajek nach New York und die Reise von Präsident Svoboda nach Moskau wurden von der jugoslawischen Bevölkerung mit großer Hoffnung auf Stabilisierung und Frieden in Europa aufgenommen.³¹³

Im Morgenjournal des 24. August wurde berichtet, dass das Zentralkomitee der jugoslawischen kommunistischen Partei in einer Entschließung die Intervention in der CSSR schärfstens verurteilte und unmissverständlich die Räumung der Tschechoslowakei forderte. Die Gefährdung Rumäniens, auch besetzt zu werden, wurde in Jugoslawien sehr ernst genommen.³¹⁴

Am 23. August reiste der tschechoslowakische stellvertretende Ministerpräsident Ota Sik aus Belgrad nach Bukarest, um mit dem rumänischen Staatspräsidenten Ceausescu zu

³¹¹ JA-680821-[09]

³¹² JM-680822-[05]

³¹³ JA-680823-[13]

³¹⁴ JF-680824-[07]

sprechen.³¹⁵ Am Nachmittag des 24. August, nach seiner Rückkehr aus Rumänien, hielt er eine Pressekonferenz in Belgrad ab, in der er feststellte, dass Friede nur nach Abzug der Okkupationstruppen und der Wiederaufnahme der Arbeit der legalen tschechoslowakischen Regierung möglich wäre. Dass die Okkupanten ihre Ziele nicht erreicht hätten, zeigte sich in der einmütigen Haltung der tschechoslowakischen Bevölkerung und der Unterstützung der Weltöffentlichkeit, so Sik. Gleichzeitig schienen Bukarest und Belgrad eine große Aktion zur Unterstützung der CSSR auf Partieebene zu starten. Ceaușescu schlug vor, eine europäische KP-Konferenz einzuberufen, bevorzugt nach Prag, sonst an einen neutralen Ort.³¹⁶ Ota Sik bezeichnete die Ereignisse als einen großen Schlag für das tschechoslowakische Volk, das sich seit dem Krieg noch nie so frei gefühlt hatte, wie in den letzten Monaten, da eine politische Einheit entstanden war, die davor unmöglich gewesen war.³¹⁷

Am selben Abend trafen sich Präsident Tito und der rumänische Ministerpräsident Ceaușescu in der Nähe der gemeinsamen Grenze. Vermutlich besprachen sie gemeinsame Abwehrmaßnahmen. Im Kommuniqué hieß es, dass Fragen der bilateralen Beziehungen und gemeinsame internationale Probleme erörtert wurden. Angeblich wurde ein Beistandspakt abgeschlossen. Sie berieten bis in die frühen Morgenstunden des 25. August. In Belgrad wurden erste Sicherheitsvorkehrungen getroffen: Truppenbewegungen wurden im ganzen Land registriert, Panzer bewegten sich in der Nacht durch Belgrad in Richtung der nördlichen und östlichen Ausfallsstraßen.³¹⁸

In der Nacht auf den 26. August stellte das ZK der Kommunistischen Partei Jugoslawiens in einer Resolution fest, dass die Streitkräfte der Republik bereit wären, die Unabhängigkeit zu verteidigen. Es wurde in der Resolution auch gefordert, dass die Blöcke in der Welt aufgelöst werden müssten, da es die Blöcke wären, die die Befriedung in der Welt verhinderten. Dafür wurden Jugoslawien, Rumänien und China vom bulgarischen Ministerpräsidenten Schiwkoff beschuldigt, in der Schicksalsstunde des Sozialismus in der Tschechoslowakei eine hässliche Rolle gespielt zu haben.³¹⁹

Jugoslawien würde sich gegen Angriffe von außen verteidigen, hieß es. Jahrgänge 1937, 1938 und 1939 wurden zum Dienst mit der Waffe eingezogen, es wurde auch von weiteren Truppenbewegungen berichtet.³²⁰

In Jugoslawien verhielt man sich am 27. August zurückhaltend und skeptisch angesichts der Meldung, dass die Moskauer Verhandlungen abgeschlossen waren. Die Nachricht, dass Präsident Svoboda nach Prag zurückgekehrt war, wurde erst um acht Uhr früh vom

³¹⁵ Ebd.

³¹⁶ JA-680824_e

³¹⁷ JA-680825-[06]

³¹⁸ JA-680825-[09]

³¹⁹ JF-680826-[07]

³²⁰ JA-680826, Nachrichten II

Belgrader Rundfunk veröffentlicht, über den Aufenthaltsort der anderen Delegationsmitglieder wurde vorerst nicht berichtet.³²¹

Rumänien: Die rumänische Staats- und Parteiführung reagierte sehr heftig auf den Einmarsch der fünf Warschauer-Pakt-Truppen in die CSSR. Denn, so Staatspräsident Nikolai Ceaușescu, wenn die CSSR in den Augen der UdSSR von der Konterrevolution gefährdet wäre, so könnte man dasselbe von Rumänien sagen. Daher wurden Garden zusammengestellt und das ganze Land in Verteidigungsbereitschaft gesetzt. Vor dem Gebäude des Zentralkomitees fand am 21. August eine Massenveranstaltung mit 3.000 bis 5.000 Menschen statt. Ceaușescu sprach sich in seiner Rede leidenschaftlich gegen eine Einmischung in interne tschechoslowakische oder rumänische Angelegenheiten aus, denn er meinte, dass jedes sozialistische Land das Recht hätte, seinen eigenen Weg zu gehen. Das Zentralkomitee beschloss, eine Mobilmachung aufzusetzen, wonach alle Bauern, Arbeiter und Intellektuelle in Bereitschaft zu stehen hätten. Direkte Einrückungsbefehle wurden am 21. August – und auch später – nicht gegeben. Militärs beschützten die Botschaften der Sowjetunion, der DDR, Polens, Ungarns und Bulgariens gegen die aufgebrachte rumänische Bevölkerung.³²²

Am 22. August beschloss die rumänische Nationalversammlung in einer Sondersitzung eine Vier-Punkte-Resolution. Da Rumänien die Intervention als nicht gerechtfertigt sah, erklärte es sich mit seinem sozialistischen Bruderstaat Tschechoslowakei solidarisch, und war bereit der legalen Regierung unter Alexander Dubcek und der tschechoslowakischen Bevölkerung beizustehen, sowie durch Vermittlung das Gleichgewicht innerhalb der sozialistischen Einheit wiederherzustellen. Man erklärte sich aber auch solidarisch und loyal mit den anderen sozialistischen Staaten und erwähnte dabei insbesondere die Sowjetunion, aber auch China und Kuba. Rumänien appellierte, alle Schwierigkeiten intern durch politische Gespräche zu regeln, ohne die Souveränität eines Staates dabei anzugreifen. Gleichzeitig wurden die fünf Warschauer-Pakt-Regierungen aufgefordert, ihre Truppen sofort aus der Tschechoslowakei abzuziehen. Staatspräsident Ceaușescu machte den Versuch, eine vermittelnde Position in Moskau einzunehmen und betonte, dass der Warschauer Pakt ein Defensivpakt gegen die NATO war und kein Instrument zur Intervention in einem sozialistischen Bruderstaat. Ceaușescu erinnerte an den langen Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit Rumäniens und erklärte die Bereitschaft der rumänischen Armee, das Land, das Volk und die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Errungenschaften zu verteidigen. Zu einer direkten Mobilmachung war es aber auch an diesem Tag nicht gekommen.³²³

³²¹ JM-680827-[09]

³²² JM-680822-[04]

³²³ JA-680822-[10]

Die Position Rumäniens war insbesondere heikel, als es eine Woche vor dem Einmarsch der Truppen der fünf Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR einen Freundschaftsvertrag mit der Tschechoslowakei abgeschlossen hatte.

Am 23. August fand in Bukarest eine Militärparade statt, die länger als die üblichen Paraden der letzten Jahre gewesen war. Dennoch war die Demonstration der militärischen Macht etwas zurückhaltend. Scheinbar sollten vorwiegend die achtzig Bataillone bewaffneter Arbeitermiliz aus Reservisten und „alten“ Soldaten vorgeführt werden, die erst kurz zuvor mobilisiert wurden. Während des ganzen Tages waren widersprüchliche Meldungen über Rumänien an die Öffentlichkeit gekommen, unter anderem, dass das sowjetische Militär bereits in Rumänien einmarschiert war. Tatsächlich standen sich an der Grenze zwischen Rumänien und der Sowjetunion (heute Moldawien) am Grenzfluss Pruth bereits Truppen gegenüber. Truppenbewegungen hatten stattgefunden, wichtige Gebäude wurden von Militärs bewacht. Das war auch ein Grund für das geringere Ausmaß der Militärparade in Bukarest.³²⁴ Ob die Gefahr der Okkupation auch Rumänien drohte, war auch in Moskau unklar, doch war anzunehmen, dass die sowjetischen Truppenaufmärsche an der Grenze zu Rumänien eine Warnung hätte sein sollen, den Bogen in den Freiheitsbestrebungen nicht zu überspannen.³²⁵

Am 25. August bat der sowjetische Botschafter um eine Audienz bei Staatschef Ceausescu, nachdem dieser von dem Treffen mit dem jugoslawischen Staatspräsidenten Tito zurückgekehrt war. Der Chefredakteur des rumänischen Rundfunks sagte, dass seiner Meinung nach in Rumänien nicht dasselbe geschehen könnte wie in der CSSR, denn die Rumänen würden zurückschießen.³²⁶ Die rumänische Regierung verlangte von der Sowjetunion und den anderen vier Warschauer-Pakt-Staaten Garantien, dass Rumänien nicht auch Opfer einer Invasion werden würde.³²⁷

Das sowjetische Fernsehen übte am Abend des 26. August schwere Kritik an Rumänien und Jugoslawien. Beispielsweise wurde kritisiert, dass Ceausescu nicht die westlichen Nachrichtenmeldungen über sowjetische Truppenkonzentrationen an der rumänischen Grenze zurückgewiesen hatte. Im Gegensatz dazu gab Ceausescu am Ende einer Rede eine direkte Freundschaftsgeste an Moskau ab. Er betonte auch die Notwendigkeit, das Vertrauen und die Freundschaft aller sozialistischen Länder der Welt wieder herzustellen. Die Basis dafür könnte immer nur die Anerkennung der legalen Regierungen sein. Am Abend traf auch eine Delegation des ungarischen Politbüros ein, was ein Zeichen der Entspannung zwischen den beiden Ländern, die ohnehin mit dem Problem der ungeklärten

³²⁴ JA-680823-[09]

³²⁵ JF-680824-[03]

³²⁶ JA-680825-[10]

³²⁷ JA-680825, Nachrichten I

Nationalitätenfrage zu kämpfen hatten, war.³²⁸ Auch eine bulgarische Delegation war eingetroffen. Beide Besuche liefen unter dem Titel „Freundschaftsbesuch“.³²⁹

Seit dem Treffen zwischen Ceaușescu und dem sowjetischen Botschafter am 25. August hatte es keine neuen Nachrichten mehr über die Lage in der CSSR gegeben. Erst am 27. August nach 12 Uhr wurde das Ende der Moskauer Verhandlungen (am Vortag) verkündet.³³⁰

Nach der kommentarlosen Veröffentlichung der Reden Dubceks und Svobodas reagierte man in Rumänien mit Erleichterung. Der tschechoslowakische Botschafter dankte der rumänischen Regierung und dem rumänischen Volk für die psychologische und materielle Hilfe in den Zeiten der Krise. Man arrangierte sich.³³¹

China: China bezeichnete die Invasion der fünf Warschauer-Pakt-Truppen in die CSSR als einen schändlichen Akt, der an die Okkupation des Sudetenlandes durch Deutschland erinnere.³³² Weiters versicherte China seine Unterstützung für den Fall, dass die Warschauer-Pakt-Staaten auch in Rumänien einfallen würden.³³³

Der deutschsprachige Dienst von Radio Peking brachte einen Kommentar einer Pekinger Zeitung zu den Ereignissen in der CSSR:

„Diese Aktion der unverhüllten bewaffneten Intervention hat die abscheuliche faschistische Fratze der sowjetrevisionistischen Renegatenclique, die äußerste Schwäche des Sowjetrevisionismus restlos aufgezeigt. (...) Ein Ergebnis der äußersten Zuspitzung der Widersprüche zwischen dem USA-Imperialismus und dem modernen Sowjetrevisionismus bei ihrem Machtkampf um Osteuropa. (...) Die Sowjetrevisionistische Renegatenclique, behauptete sie, habe in die Tschechoslowakei Truppen geschickt, um sozusagen die Errungenschaften des Sozialismus zu verteidigen. Das ist wirklich der Gipfel der Unverschämtheit. Wer ist es denn, der sich dem USA-Imperialismus unterwirft und die Errungenschaften des Sozialismus in der Sowjetunion preisgegeben hat. Es seid gerade ihr: Eine Horde grösster Renegaten in der Geschichte. (...)“³³⁴

Albanien: Albanien, das sich im Oktober 1961 von Moskau losgesagt hatte, zählte als der verlängerte Arm Chinas in Europa und gleichzeitig als Sprachrohr der marxistisch-

³²⁸ JF-680827-[06]

³²⁹ JM-680827-[10]

³³⁰ Ebd.

³³¹ JM-680828-[12]

³³² JM-680823, Nachrichten I

³³³ JM-680824, Nachrichten I

³³⁴ JM-680824-[07]

leninistischen Parteien. In einer deutschsprachigen Sendung wurde am 22. August die Stellungnahme des albanischen Zentralkomitees veröffentlicht: Die fünf Warschauer-Pakt-Staaten hatten

„in großem Gegensatz zu den Normen, die die zwischenstaatlichen Beziehungen regeln, plötzlich und heimtückisch und mit faschistischen Methoden, die brutale Aggression gegen die tschechoslowakische sozialistische Republik und das tschechoslowakische Volk ausgeübt und das ganze Gebiet der CSSR mit Gewalt besetzt.“³³⁵

Kuba: Staatschef Fidel Castro befürwortete die Intervention, da sich die CSSR auf dem Weg zu Kapitalismus und Imperialismus befunden hatte.³³⁶

2.3.7. Die Rolle der UNO

UN-Generalsekretär U Thant traf schon in den Morgenstunden (MEZ) des 21. August mit den UN-Vertretern der Sowjetunion und der Tschechoslowakei zusammen.³³⁷ Der Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen befasste sich ab den Abendstunden mit der Okkupation der Tschechoslowakei durch die Truppen der fünf Warschauer-Pakt-Staaten. Generalsekretär U Thant ließ durch einen Sprecher verlautbaren, dass er an die Sowjetunion appelliert hatte, sich in ihrem Verhalten zur tschechischen Regierung und zum tschechischen Volk äußerste Zurückhaltung aufzuerlegen.³³⁸

Knapp vor Mitternacht (MEZ) trat der Sicherheitsrat auf Ansuchen von sechs Staaten (USA, Kanada, Frankreich, Großbritannien, Paraguay und Dänemark) zu einer außerordentlichen Krisensitzung zusammen, die sehr turbulent verlief. Der sowjetische UNO-Delegierte und stellvertretende Außenminister Jakow Malik versuchte mit Hilfe des ungarischen Delegierten in einer einstündigen Rede, die Okkupation der CSSR durch die Warschauer-Pakt-Truppen zu rechtfertigen, indem er erklärte, dass der Einmarsch auf Ersuchen und Einladung der legitimen tschechoslowakischen Regierung erfolgt war. Schließlich argumentierte er, dass es sich um eine interne Angelegenheit der CSSR und ihrer sozialistischen Verbündeten handelte, und nicht in die Kompetenz des Sicherheitsrates fiele. Die Annahme des Verhandlungspunktes kam zur Abstimmung und wurde mit dreizehn von fünfzehn Stimmen angenommen. Noch vor Beginn der Debatte stellte der Vertreter der permanenten Mission

³³⁵ JA-680823-[11]

³³⁶ JF-680824, Nachrichten I

³³⁷ JF-680821, Nachrichten I

³³⁸ JA-680821-[05]

der CSSR ein Ansuchen, zur Teilnahme der Sicherheitsratsdiskussion zugelassen zu werden. Dem Antrag wurde stattgegeben, und der tschechoslowakische UN-Vertreter Jan Muschik machte in seiner Rede die sowjetische Erklärung für den Einmarsch zunichte. Er legte Kommunikationen mit dem tschechoslowakischen Außenministerium, mit zehn Regierungsmitgliedern und dem Präsidium der tschechoslowakischen Nationalversammlung vor, die bewiesen, dass der Einmarsch ohne das Wissen der CS-Regierung erfolgt war, und dass diese entschieden gegen die Besetzung protestierten. Weiters forderte das Präsidium des Nationalrats die Freilassung von Parteichef Dubcek und den anderen internierten Regierungsmitgliedern. Der sowjetische Vertreter Malik kontraste mit der Verlesung eines Schreibens tschechischer Führer, die er nicht namentlich identifizierte, in dem die UdSSR um Hilfe aufgefordert wurde. Er kritisierte die Einmischung der USA und Westdeutschlands in tschechoslowakische Angelegenheiten und unterstellte den NATO-Staaten den Versuch, die CSSR aus dem Block der Warschauer-Pakt-Staaten herauszulösen, und zeichnete das Gespenst eines dritten Weltkrieges. Der Sicherheitsrat vertagte sich um 4.15 (MEZ).³³⁹

Im Mittagsjournal des 21. August wurde erstmals das Gerücht erwähnt, dass der tschechoslowakische Außenminister Jiri Hajek, der sich auf Urlaub in Jugoslawien befand, auf dem Weg von Belgrad zu den Vereinten Nationen in New York wäre. Tatsächlich reiste er erst am 23. August um die Mittagszeit (MEZ) von Belgrad über Wien nach New York.³⁴⁰

Der UN-Delegierte der CSSR, Jan Muschik, blieb am 22. August der Nachmittagssitzung des Sicherheitsrates fern. Die Sowjetunion und Ungarn schienen die Debatte über den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die Tschechoslowakei im Sicherheitsrat so lange herauszuzögern zu versuchen, bis es in der CSSR eine neue Regierung gäbe, deren Regierungschef dann die Niederlegung der Debatte fordern könnte. In der Zwischenzeit hatte sich der Protest im Sicherheitsrat gegen eine Besetzung der CSSR in eine Resolution umgewandelt, die von sieben Mitgliedern im Sicherheitsrat eingeführt wurde. Die Hauptpunkte der Resolution waren: Respektierung der politischen Souveränität und der territorialen Integrität der CSSR, Verurteilung der Intervention, Aufforderung, von Gewalttakten und Vergeltungsmaßnahmen abzusehen, die Truppen zurückzuziehen und Einmischungen in interne Angelegenheiten zu unterlassen. Weiters wurden alle UNO-Mitgliedsstaaten dazu aufgerufen, ihren diplomatischen Einfluss auf die fünf Warschauer-Pakt-Staaten zu nutzen, um diese Resolution ohne Verzögerung zu implementieren. Der sowjetische UNO-Vertreter Malik bezeichnete die vorgebrachten Argumente als unbegründet, verleumderisch und fabriziert. Daher bestand kein Zweifel daran, dass die Sowjetunion im Falle der Abstimmung über die Resolution ihr Veto gebrauchen, und somit die Resolution verhindern würde. Der nächste Schritt der Vereinten Nationen könnte dann

³³⁹ JF-680822-[09]

³⁴⁰ JM-680821-[03]

höchstens die Einberufung der UNO-Vollversammlung sein, in der es kein Vetorecht gäbe und auch die Meinung der Welt umfassender repräsentiert würde als im Sicherheitsrat. Trotz allem blieben die Vereinten Nationen machtlos. Außer einer verbalen Verurteilung der Geschehnisse hatte die UNO wenig Möglichkeiten, ein Handeln war ausgeschlossen.³⁴¹

Am 23. August um drei Uhr früh (MEZ) trat der Sicherheitsrat abermals zusammen. Der UNO-Delegierte der CSSR, Jan Muschik, erklärte, dass sich die Lage in der Tschechoslowakei in den letzten 24 Stunden verschlammert hatte. Weiters gab er bekannt, dass der Außenminister Hajek unterwegs nach New York wäre und noch am Nachmittag vor dem Sicherheitsrat sprechen würde. Die Delegierten der Sowjetunion und Ungarns übten sich, unterstützt von den Vertretern Polens und Bulgariens, wieder in ihrer Verzögerungstaktik, um die Abstimmung über die Resolution herauszuzögern: Marathonreden, langatmige wörtliche Zitate aus längst verstaubten Zeitungsartikeln, Vortragen von Namenslisten der Teilnehmer an der ungarischen Revolution von 1956.³⁴²

Auf seiner Reise nach New York machte der tschechoslowakische Außenminister Hajek eine Zwischenlandung am Flughafen Wien-Schwechat und gab dort dem ORF ein Interview. Darin hielt er sich über seine Pläne äußerst bedeckt. Ob er vor dem Sicherheitsrat sprechen würde, stellte er als unsicher dar. Über die Moskaureise des Präsidenten meinte er lediglich, dass das einfach ein Teil der Verhandlungen wäre. Er gab aber zu, dass er sich nicht viel Hilfe von den westlichen Staaten erwarte, da die Tschechoslowakei ein sozialistisches Land war.³⁴³

Wie zu erwarten war, hatte der sowjetische UNO-Vertreter von seinem Vetorecht Gebrauch gemacht und gegen die Resolution, die den Abzug der Warschauer-Pakt-Truppen aus der CCSR vorgesehen hätte, gestimmt. Im Sicherheitsrat gab es zehn Stimmen für die Resolution, zwei Gegenstimmen von der Sowjetunion und Ungarn und drei Stimmenthaltungen von Indien, Algerien und Pakistan. Der amerikanische UN-Delegierte, Botschafter George Ball, formulierte seine Meinung zum sowjetischen Veto unmissverständlich:

„Sie werden nicht in der Lage sein, den Widerstandgeist des tschechischen Volkes zu morden. Was Ihre Regierung heute hier getan hat, wird sich als Selbstzerstörung erweisen.“

Nach dieser Abstimmung stellte der kanadische Delegierte einen neuerlichen Resolutionsantrag, der die Ernennung eines UN-Sonderbeauftragten in Prag verlangte, um die Freilassung und Sicherheit der inhaftierten Regierungsmitglieder zu bewirken. Der

³⁴¹ JA-680822-[08]

³⁴² JF-680823-[07]

³⁴³ JM-680823-[07]

sowjetische Delegierte protestierte umgehend.³⁴⁴ In der Nachsitzung des 23. August kam es bei den Verhandlungen des Sicherheitsrats zu keinen nennenswerten Neuerungen. Es wurde über den kanadischen Resolutionsantrag diskutiert, der britische Delegierte, Lord Cardin, sprach den sowjetischen Vertreter Malik direkt an, indem er sagte, dass sich ein Sonderbeauftragter in Prag dann erübrigen würde, wenn Malik den Sicherheitsrat über den Verbleib der internierten Regierungsmitglieder informieren würde und bestätigen könnte, dass sie unverhaftet und in Sicherheit wären und weiterhin frei für ihr Volk sprechen könnten. Die Nachsitzung fungierte als eine Art Lückenbüßer bis zum Auftritt des tschechoslowakischen Außenministers Hajek. Dieser war um 23 Uhr (MEZ) in New York eingetroffen. Man versuchte ihm jedoch Zeit zu geben, sich mit seiner Regierung und Generalsekretär U Thant zu besprechen und erste Ergebnisse der Moskauer Verhandlungen zu erfahren.³⁴⁵ Im Mittagsjournal hieß es, dass er es von den Entwicklungen in der CSSR abhängig machen würde, ob er vor dem Sicherheitsrat sprechen würde oder nicht.³⁴⁶ Am Abend des 24. August sprach Außenminister Hajek vor dem UN-Sicherheitsrat in New York, obwohl der sowjetische UN-Vertreter dies noch zu verhindern versucht hatte. Er sagte:

„Die Besetzung der tschechoslowakischen Republik ist ein Akt der Gewaltanwendung, die durch die Vernunft nicht gerechtfertigt werden kann. Die Besetzung erfolgte nicht auf Wunsch oder Verlangen der tschechoslowakischen Regierung oder eines konstitutionellen Organs der Republik.“

Er betonte, dass es in der CSSR keine Bewegungen gab, die den sozialistischen Status des Landes gefährdet hätten.

„Wenn irgend etwas ernstlich das Anliegen des Sozialismus in der Tschechoslowakei gefährdete, wenn irgend etwas die Gefahr heraufführte, dass der Sozialismus vor den Augen der Welt kompromittiert wird, dann ist es gerade das gefühllose und illegale Vorgehen der fünf Staaten, die das tschechoslowakische Gebiet besetzt haben. (...) Wir sind zutiefst enttäuscht, gekränkt und gedemütigt durch die Okkupation, die umso grausamer ist, da sie von Seiten derjenigen Länder erfolgte, von denen wir es nicht verdient und nicht erwartet haben.“

Er meinte, dass die Intervention der fünf Warschauer-Pakt-Staaten aufgrund von „inkorrekte Überlegungen, inkorrekte Information und inkorrekte Analyse der Situation“ erfolgt war. Er rief die Okkupationsmächte auf, dass sie „angesichts der Einigkeit, mit der die Bevölkerung

³⁴⁴ JM-680823-[08]

³⁴⁵ JF-680824-[04]

³⁴⁶ JM-680824-[13]

der Besatzung gegenüber tritt, so rasch wie möglich erfassen, welch enormen und tragischen Fehler sie begangen haben und ihn so rasch wie möglich korrigieren.“ Er forderte den Abzug der ausländischen Truppen und versicherte, dass die CSSR nicht vorhätte, das sozialistische Lager zu verlassen. Er stellte auch klar, dass der Sicherheitsrat lediglich eine positive Atmosphäre schaffen könnte, die Entscheidung über die Zukunft jedoch in Moskau fallen würde.³⁴⁷

Der UNO-Weltsicherheitsrat beschloss am 26. August keine weiteren Verhandlungstage mehr über die Krise in der CSSR anzuberaumen.³⁴⁸

2.3.8. Die Meinung von westlichen und neutralen Staaten und ihren Kommunistischen Parteien

Die westlichen und neutralen Staaten verurteilten geschlossen das Vorgehen der fünf Warschauer-Pakt-Staaten. Auch die jeweiligen Kommunistischen Parteien mussten sich von der Sowjetunion distanzieren, um den Zerfall ihrer Parteien zu verhindern.³⁴⁹

Frankreich: Am 24. August fanden sowjetfeindliche Demonstrationen statt.³⁵⁰ Die Reaktion der Franzosen auf das Communiqué war einfach: Sie verurteilten die Sowjets. Die Tageszeitungen des 28. August trugen Titel wie „Diktat von Moskau“, „Zwischen überwachter Freiheit und Protektorat“, „Die Sowjets werden abrücken – aber wann?“, „Das tiefe Unglück der CSSR“, „Die Prager weinten, als sie Svoboda zuhörten“. Nur die kommunistische Humanité schrieb von einem „Übereinkommen“. Das Politbüro der französischen KP gab ein Communiqué heraus, in dem „aus positiver Tatsache“ das Übereinkommen von Moskau registriert wurde, dennoch wurde der Einmarsch in die CSSR verurteilt. Es drohte eine Abspaltung des liberalen Flügels der kommunistischen Partei. Die französische Regierung äußerte sich schon am 24. August, dass es nicht um einen Kompromiss ginge, der unter dem Druck der Waffen zustande käme, sondern es ginge um den Abzug der Truppen, sodass sich die Tschechen dann frei ihren Weg suchen könnten. Staatschef de Gaulle bezeichnete die Geschehnisse in der CSSR als einen Rückfall in die Politik der Blöcke, die der französischen Entspannungspolitik entgegengesetzt war.³⁵¹

Großbritannien: Das britische Unterhaus wurde am 26. August zu einer Sondersitzung zur Lage in der CSSR einberufen. Premierminister Wilson meinte, eine einmütige Verurteilung

³⁴⁷ JF-680825-[03]

³⁴⁸ JA-680826, Nachrichten I

³⁴⁹ JM-680822, Nachrichten I

³⁵⁰ JF-680824, Nachrichten I

³⁵¹ JM-680828-[08]

der Sowjetpolitik könnte zwar nicht den Abzug der Sowjettruppen aus der Tschechoslowakei erreichen, aber vielleicht, dass unter dem Druck der Weltöffentlichkeit die schließliche Lösung des tschechoslowakischen Konfliktes für sein Volk günstiger ausfallen würde. Er sprach damit die Bemühungen an, im Rahmen der Vereinten Nationen eine demonstrative Verurteilung des Sowjetschritts zu erreichen. Die Verstärkung der NATO müsste auch eine Entspannung in Europa ermöglichen. Eine elastische militärische Antwort auf die sowjetische Aggression in Europa wäre genauso notwendig, wie eine elastische politische Haltung zum Problem der Entspannung. Er verurteilte einen möglichen Rückfall auf den „erstarren Immobilismus des Kalten Krieges“. Die britische Regierung erwog auch kein Wirtschaftsembargo und kein allgemeines Verbot kultureller Kontakte mit der Sowjetunion.³⁵²

Bundesrepublik Deutschland: Bei einer Pressekonferenz in Bonn am 26. August wurden einige Stellungnahmen deutscher Politiker veröffentlicht: Der parlamentarische Staatssekretär im Bonner Kanzleramt, Freiherr von und zu Guttenberg, plädierte für eine eigene europäische Atomstreitmacht. Regierungssprecher Ahlers sprach sich für eine Art von europäischer Verteidigungsgemeinschaft aus. Der Minister für gesamtdeutsche Fragen, der stellvertretende SPD-Vorsitzende Herbert Wehner, empfahl dem amerikanischen Präsident Johnson, doch das rote Telefon und den heißen Draht nach Moskau zu benutzen. Regierungschef Kiesinger forderte eine Gipfelkonferenz der NATO-Staatsoberhäupter.³⁵³ Die USA verhielt sich indes zurückhaltend zu Kiesingers Vorschlag.³⁵⁴

Die Nationaldemokratische Partei der BRD hatte am 26. August ihre Zustimmung zur Besetzung der CSSR zum Ausdruck gebracht.³⁵⁵

Europa allgemein: Die Kommunistischen Parteien von Frankreich, Norwegen, Niederlanden und Belgien sprachen sich neuerlich gegen das Vorgehen in der CSSR aus und verlangten der Abzug der Truppen. Die niederländische KP wandte sich aber auch gleichzeitig gegen jene antikommunistischen Kräfte, die die Vorgänge in der CSSR für ihre eigenen imperialistischen und militärischen Ziele ausnützten.³⁵⁶ Die kommunistische Partei Italiens sprach von einer schwerwiegenden Meinungsverschiedenheit mit der kommunistischen Partei der Sowjetunion.³⁵⁷

Schweiz: Die Reaktionen in der Schweiz über die Okkupation der CSSR waren Empörung, Trauer, Ratlosigkeit, von links bis rechts. Es kam zu spontanen Demonstrationen, die sogar

³⁵² JA-680826-[11]

³⁵³ JA-680826-[10]

³⁵⁴ JA-680826, Nachrichten I

³⁵⁵ JM-680827, Nachrichten I

³⁵⁶ JF-680826, Nachrichten I

³⁵⁷ JA-680821-[14]

zu Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten führten. Zum Kommuniqué gab es am 28. August noch nicht viele Meldungen, es wurde aber die Hoffnung laut, dass Parteichef Dubcek es schaffen würde, die Innen- und Außenpolitik zumindest teilweise im Geiste der letzten Monate weiterzuführen. Die Rückkehr der tschechoslowakischen Delegation aus Moskau wurde nicht als Sieg, sondern als Beruhigungspille Moskaus für den Westen empfunden.³⁵⁸

Skandinavien: Die Reaktionen in Skandinavien waren sehr schwerwiegend. In Norwegen wurde der königliche Hochzeitsball am 27. August abgesagt aus Sorge, dass osteuropäische Diplomaten teilnehmen würden. Die Hochzeit sollte nun am 29. August in aller Stille stattfinden. Der bulgarische Staatspräsident Schiwkoff wurde ausgeladen. Die finnische kommunistische Partei musste ihre Feiern zu ihrem 50-jährigen Bestehen absagen, der Moskauer Staatszirkus musste unter Polizeischutz gestellt werden. Dänemark sagte den Fußballländerkampf zur DDR ab, alle skandinavischen Länder brachen bis auf weiteres alle Sportbeziehungen zu den Warschauer-Pakt-Staaten ab. Der schwedische Kommunistenchef Hermansson distanzierte sich schärfstens von der sowjetischen Haltung. Er bezeichnete die Moskauer Regierung als unwürdig für den Sozialismus und forderte sie auf, zurückzutreten. Die schwedische Kommunistische Partei befand sich in einer prekären Situation, da der Wahlkampf für die Reichstagswahlen am 15. September 1968 auf Hochtouren lief. Um nicht alle Stimmen zu verlieren, musste sie sich scharf von der UdSSR abgrenzen. Das Kommuniqué nach dem Abschluss der Moskauer Verhandlungen wurde von der schwedischen Regierung, den Parteiführern und den Medien mit großer Enttäuschung aufgenommen. KP-Chef Hermansson wollte eine internationale Kommunisten- und Sozialistenkonferenz nach Stockholm einberufen, um die CSSR-Frage zu klären und die tschechoslowakische Politik zu unterstützen. Allein in Schweden waren zum Zeitpunkt des Einmarsches rund 500 tschechoslowakische Touristen - für sie veröffentlichten die Zeitungen auch Nachrichten in tschechischer Sprache.³⁵⁹

Vereinigte Staaten von Amerika: Die amerikanische Regierung und das Pentagon zeigten sich überrascht und unvorbereitet über den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die CSSR. Der Sowjetbotschafter hatte sich um fünf Uhr (MEZ) ins Weiße Haus begeben, um Präsident Johnson über die Intervention und ihre Gründe zu unterrichten. Daraufhin rief der Präsident den nationalen Sicherheitsrat ein, der seit dem Sechstagekrieg im Juni 1967 nicht mehr zu einer Krisensitzung zusammengekommen war. Der heiße Draht zwischen Washington und Moskau wurde jedoch nicht aktiviert. Der amerikanische Rundfunk

³⁵⁸ JM-680828-[06]

³⁵⁹ JM-680828-[07]

kommentierte, dass die USA in der Falle des Vietnamkriegs gefangen war und nicht genügend Bewegungsfreiheit hätte, um sich moralisch, geschweige denn militärisch, in die Ereignisse in der CSSR einschalten zu können. Das amerikanische Volk war auch „einmischungsmüde“ und bewegte sich in einer Phase des Isolationismus. Die Gefahr, dass die USA die CSSR einfach fallen lassen würde, zeichnete sich schon an diesem ersten Tag der Okkupation ab.³⁶⁰

Präsident Johnson appellierte um 17 Uhr „im Namen der Friedenshoffnung der Menschheit“ an die Sowjetunion ihre Invasionstruppen aus der Tschechoslowakei zurückzuziehen.³⁶¹ Es wurde betont, dass es traurig wäre, dass die Kommunisten die Freiheit als Bedrohung sähen würden.³⁶²

Zeitgleich mit dem Abschluss der Moskauer Verhandlungen kam es beim demokratischen Parteikonvent in Chicago zu Unruhen, die die Berichterstattung über das Communiqué in den Hintergrund drängten. Washington vertrat während der gesamten Krise eine „Händeweg-Politik“, denn die Tschechoslowakei lag für die Amerikaner in der sowjetischen Einflusssphäre, nicht in der amerikanischen.³⁶³

Südamerika: In allen Hauptstädten kam es zu schweren Demonstrationen gegen die russischen Botschaften. Die Linke in Lateinamerika befand sich in einer großen Verwirrung, da die Meinungen fast unversöhnlich stark geteilt waren. Drei kommunistische Parteien, nämlich die chilenische, die uruguayische und die offiziell nicht anerkannte argentinische, hatten sich für die Okkupation der CSSR ausgesprochen. Auch der kubanische Staatspräsident Fidel Castro ergriff die Partei Moskaus. Viele südamerikanische Radios spielten ab dem Beginn der Invasion ununterbrochen Nachrichten – die Informationen erhielten sie von europäischen Sendern. Es galt als wahrscheinlich, dass sich anbahnende Handelsbeziehungen zwischen lateinamerikanischen Staaten und Russland ins Stocken geraten würden.³⁶⁴

Tansania: In Dar-es-Salaam demonstrierten mehrere hundert Jugendliche vor der sowjetischen Botschaft und riefen „Zum Teufel mit den russischen Faschisten – Sieg dem tschechoslowakischen Volk!“.³⁶⁵

2.3.9. Haltung und Maßnahmen in Österreich

³⁶⁰ JF-680821-[07]

³⁶¹ JA-680821-[05]

³⁶² JA-680821, Nachrichten I

³⁶³ JM-680828-[11]

³⁶⁴ JA-680825-[08]

³⁶⁵ JM-680823, Nachrichten I

Schon im Morgenjournal des 21. August gab Bundeskanzler Klaus eine Erklärung zur Lage in der CSSR ab:

„Österreich hat dank seiner immer währenden Neutralität und dank einer konsequenten Neutralitäts- und Unabhängigkeitspolitik sich das Vertrauen aller vier Signatarmächte des Staatsvertrags, aber auch das Vertrauen seiner Nachbarstaaten erworben. Diese Strategie hat sich bewährt und unserem Land eine glückliche Entwicklung in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand gebracht. Das bedeutet aber nicht, dass uns das Schicksal anderer Länder und Völker gleichgültig ist. Wir sind am Frieden und an der friedlichen Entwicklung unserer Nachbarländer interessiert und haben daher mit großer Aufmerksamkeit die Vorgänge und die Entwicklungen in der Tschechoslowakei in den letzten Wochen und insbesondere in der heutigen Nacht verfolgt. Angesichts der Vorgänge in der Tschechoslowakei hat die Bundesregierung alle notwendigen Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Noch in dieser Nacht habe ich mit dem Herrn Außenminister, dem Staatssekretär im Inneren und Vertretern des Innenministeriums und des Verteidigungsministeriums eine Besprechung durchgeführt. Noch in der Früh habe ich den Herrn Bundespräsidenten über die Maßnahmen der Bundesregierung an seinem Urlaubsorte informiert. (...) Die Bevölkerung und die in unserem Lande befindlichen Besucher können versichert sein, dass die Bundesregierung alle zur Stunde notwendigen Maßnahmen getroffen hat. (...) Ich glaube dass wir diese Politik, die sich auf das Vertrauen aber auch auf das Verständnis mit allen Nachbarn und allen Signatarmächten seitens Österreich stützt und gerade in dieser Stunde eine wertvolle Hilfe für die Fortsetzung unserer konsequenten Neutralitäts- und Unabhängigkeitspolitik sein wird.“³⁶⁶

Wie in allen anderen westlichen und neutralen Staaten distanzierte sich auch die Kommunistische Partei Österreichs von den Vorgängen in der CSSR.

Im Mittagsjournal des 21. August 1968 stellte sich der Vorsitzende der KPÖ, Franz Muhri, einem Interview. Die KPÖ hatte den Demokratisierungs- und Reformprozess in der CSSR begrüßt. Dementsprechend distanziert äußerte sich der KPÖ-Chef zu der Intervention, gestand auch, dass er diesen Schritt nicht erwartet hatte. Er bezeichnete den militärischen Einmarsch als Schaden für die gesamte kommunistische Bewegung, da die antikommunistischen Tendenzen in der CSSR kein so großes Ausmaß genommen hatten,

³⁶⁶ JF-680821-[03]

dass eine Intervention von außen zu rechtfertigen gewesen wäre. Er forderte eine friedliche Lösung des Konfliktes auf der Basis der sozialistischen Demokratisierung der CSSR.³⁶⁷ Nach einer nächtlichen Sondersitzung des ZK der KPÖ vom 22. auf den 23. August erklärte Muhri, dass die KPC und das tschechoslowakische Volk selbst in der Lage gewesen wären, mit antisozialistischen Tendenzen in der CSSR, die es seiner Meinung nach wohl gegeben hatte, selbst fertig zu werden. An die Gefahr einer Konterrevolution glaubte er jedoch nicht.³⁶⁸

Der KP-Ideologe Ernst Fischer, ein überzeugter Kommunist, erklärte sich nicht bereit, mit jeder sowjetischen Führung übereinzustimmen und Gewaltakte wie die Okkupation der CSSR gutzuheißen. Er bezeichnete die Vorgänge in der CSSR als „demokratische, gewaltlose Revolution auf dem Boden der sozialistischen Ökonomie. „(...) Und was hier von den Panzern zermalmt wurde, war diese Hoffnung auf längere Zeit.“ Er beurteilte das Ende des monolithen Kommunismus als gut, denn es gäbe verschiedene kommunistische Strömungen, die weit auseinander gingen. Weiters sprach er von einer Starrheit in der Sowjetunion und einer Nichtbereitschaft, die Meinungen anderer anzuhören.³⁶⁹

Die wissenschaftliche Betrachtung der ORF-Journale ist deshalb sehr aufschlussreich, weil sie die Geschehnisse der Welt aus österreichischer Sicht dokumentieren, mögliche Auswirkungen für das Land hervorheben, notwendige Reaktionen kommentieren.

Im Falle des Einmarsches der Truppen der Warschauer-Pakt-Staaten in die Tschechoslowakei war die veränderte Situation im Nachbarland für Österreich durchaus kritisch: Österreich musste militärische Vorkehrungen treffen. Es bestand zwar keine akute Bedrohung, dennoch musste ein verstärkter Grenzaufsichtsdienst organisiert werden, um die österreichische Neutralität an den Grenzen zu schützen. An den nördlichen Grenzen des Landes waren zwei Truppenkörper in der Stärke von drei Bataillonen verfügbar. Für die Verstärkung der Zollwache standen Grenzschutzkompanien aus Reservisten zu Verfügung.³⁷⁰

Das österreichische Außenministerium stand schon in den frühen Morgenstunden des 21. August in engem Kontakt mit der Botschaft in Prag und Bratislava, die über die Ereignisse berichteten und Listen von Österreichern in der CSSR entgegennahmen und weitergaben. Das Außenministerium kontaktierte die Angehörigen in Österreich und bemühte sich um einen raschen Rücktransport in die Heimat. Gendarmerieeinheiten wurden an die Grenze verlegt. Abgesehen davon wurden keine außenpolitischen Maßnahmen getroffen –

³⁶⁷ JM-680821_j

³⁶⁸ JM-680823-[12]

³⁶⁹ JA-680823-[12]

³⁷⁰ JM-680821_g

Österreich verhielt sich strikt neutral. Um 16.15 begannen Teile der Einsatztruppen des Bundesheeres zur Verstärkung in nördliche Garnisonen zu marschieren.³⁷¹

Bundeskanzler Klaus gab in einer Rundfunk-Stellungnahme im Abendjournal des 22. August Auskunft über bis zu diesem Zeitpunkt getroffene Maßnahmen der Republik Österreich. Diese umfassten vor allem die verstärkte Sicherung der Grenzen und Vorkehrungen für die Aufnahme und Unterbringung allfälliger Flüchtlinge aus der CSSR. Besonders besorgt zeigte sich die Bundesregierung hinsichtlich der Respektierung des Völkerrechts, der Achtung der Vereinten Nationen und der Menschenrechtsdeklaration und der Wahrung der Rechte kleiner Staaten. Der Bundeskanzler betonte das Bestreben der Bundesregierung in Sachen Entspannung, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, allesamt Punkte, die er durch den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die CSSR zunichte gemacht sah.³⁷²

Der SPÖ-Vorsitzende Kreisky und SP-Zentralsekretär Gratz schrieben ein Ansuchen an Bundeskanzler Klaus, dass tschechoslowakische Kronen wieder angekauft würden, um CS-Touristen den Aufenthalt in Österreich zu erleichtern.³⁷³ Die CS-Gesandtschaft in Wien erklärte, dass Tschechoslowaken, die nur noch Kronen hatten, die Heimreise auch in Kronen bezahlen konnte. Weiters versprachen sie finanzielle Unterstützung und die Organisation von Busfahrten.³⁷⁴

Der Staatssekretär für Information, Karl Pisa, verlas am 24. August eine Regierungserklärung: Es wäre die oberste Pflicht der Bundesregierung,

„planmäßig und nüchtern alles vorzukehren, was im Interesse der Integrität des eigenen Staates und der Freiheit des eigenen Volkes geboten erscheint. Richtige Maßnahmen sind dabei wichtiger als große Worte. Die österreichische Bundesregierung hat solche Maßnahmen unverzüglich und in angemessenem Umfang ergriffen. Sie hat die Grenzüberwachung und Grenzsicherung verstärkt, sie hat gegen die Verletzung des österreichischen Luftraumes ernste Vorstellungen und nach deren Wiederholung Protest erhoben. Sie ist zur großzügigen Handhabung des Asylrechtes bereit und hat alle Vorkehrungen für die Aufnahme von Flüchtlingen getroffen. Die österreichische Bundesregierung ist entschlossen, ihre Neutralitätsverpflichtung getreu dem Wortlaut des Neutralitätsgesetzes nach allen Seiten zu erfüllen. Das ist nicht nur ein Gebot der Vernunft, sondern liegt im wohlverstandenen Interesse der gesamten Bevölkerung. Über die Vorgänge jenseits und diesseits unserer Grenzen soll ohne jede Beschönigung, aber auch ohne jede Übertreibung berichtet werden.“

³⁷¹ JA-680821-[03]

³⁷² JA-680822-[03]

³⁷³ JF-680823, Nachrichten I

³⁷⁴ JA-680826, Nachrichten I

*Den Betroffenen der tragischen Ereignisse jenseits unserer Grenzen ist mit einer zusätzlichen Dramatisierung der Situation nicht gedient. Was Österreich betrifft, so besteht kein Anlass zu Sensationsmeldungen. Es gibt keine Angstläufe, es gibt keinen Flüchtlingsstrom. Die österreichische Bundesregierung wird die österreichische Bevölkerung weiterhin rasch und in aller Offenheit über die Entwicklung und allenfalls weitere Vorkehrungen informieren.*³⁷⁵

2.3.10. Grenzen – Einreise, Ausreise, Durchreise

21. August: Auf der österreichischen Seite der Grenze Berg war erst ab 0 Uhr 40 das schwere Panzergeräusch zu hören, obwohl Reisende berichtet hatten, dass schon um 23 Uhr am 20. August die ersten Panzer die Stadt Bratislava besetzt hatten. Andere berichteten, dass die Panzer um 23 Uhr die slowakisch-ungarischen Grenzen überschritten hatten. Aus erster Unsicherheit hatten die tschechoslowakischen Zollbeamten, Reisende noch über die Grenze in die CSSR einreisen lassen, kurz nach der Grenze wurden diese aber von russischen Soldaten aufgehalten und wieder zurück nach Österreich geschickt. Düsenjäger waren erst seit dem Morgengrauen zu sehen gewesen.³⁷⁶

Radio Prag berichtete, dass in Karlsbad gegen drei Uhr morgens sowjetische Offiziere erschienen waren, die erklärten, dass sowjetische Truppen nun den Grenzschutz gegenüber der Bundesrepublik Deutschland und auch gegenüber Österreich übernehmen würden.³⁷⁷

Für Ausreisende aus der CSSR waren die Grenzen aber offen.³⁷⁸ An der Grenzstelle Wullowitz in Oberösterreich kamen um 5 Uhr früh erstmals Reisende zu den österreichischen Zollbeamten zurück, die keinen Einlass in die Tschechoslowakei fanden. Eine offizielle Mitteilung über die Einreisebestimmungen lag aber bis zum Mittagsjournal desselben Tages nicht vor. Sowohl tschechoslowakische Autos als auch Autos anderer Nationalitäten kamen über die Grenze nach Österreich – scheinbar waren sie einem Aufruf von Radio Budweis aber auch anderen Rundfunkstationen gefolgt, der Ausländer zu einer raschen Ausreise aus dem Gebiet der Tschechoslowakei drängte. Menschen kamen auch zu Fuß mit schwerem Gepäck über die Grenze. Tschechoslowakische Ausreisende drückten den österreichischen ORF-Journalisten ein Schriftstück in die Hand: Dies war ein Extrablatt der südböhmischem Prawda an die tschechoslowakischen Bürger, das über die Lage in der CSSR Auskunft gab. Die wichtigsten Punkte darin waren: Solidarität mit der legalen

³⁷⁵ JA-680824_b

³⁷⁶ JF-680821-[05]

³⁷⁷ JF-680821-[06]

³⁷⁸ JF-680821, Nachrichten I

tschechoslowakischen Regierung, Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen ohne Wissen der Tschechoslowakischen Republik, Aufruf zur Einheit in Fragen der Souveränität zu zeigen.³⁷⁹

An der Grenze Klein-Haugsdorf war es ruhig, mit Ausnahme von rund fünfzig österreichischen Schaulustigen. Dreißig Fahrzeuge reisten in die CSSR ein, nur fünf reisten aus. Es schien ein gewisser Ausreisestopp aus der CSSR zu bestehen, gab der örtliche Bezirksinspektor zu Protokoll. Ein deutscher Reisender berichtete hingegen von keinerlei Behinderung auf seiner Fahrt von der polnischen zur österreichischen Grenze, wohl aber von sowjetischen Militärfahrzeugen und Soldaten im ganzen Land.³⁸⁰ Auch an der Grenze Drasenhofen war es ruhig, der Grenzverkehr wirkte normal, erwartete Flüchtlingsströme trafen nicht ein.³⁸¹ Auch in Berg schien der Grenzverkehr in beide Richtungen normal zu sein.³⁸²

Am Abend wurde der österreichische Luftraum im Waldviertel geringfügig verletzt, was aber laut Verteidigungsminister Prader aufgrund des schwierigen Grenzverlaufes kaum zu vermeiden war.³⁸³

In den Abendstunden fuhren viele Fahrzeuge über die Grenze in Berg nach Österreich. Es waren dies ausschließlich ausländische Reisende. Tschechoslowakische Staatsbürger hatten die Grenze nicht mehr passiert.³⁸⁴ Ein Beamter der tschechoslowakischen Botschaft in Wien erklärte, dass jeder tschechoslowakische Bürger in seine Heimat zurückkehren könnte. Da die Zugverbindung unterbrochen war, musste die Rückkehr vorerst zu Fuß über die Grenze erfolgen.³⁸⁵ Wenig später im Abendjournal berichtete der Moderator, dass die Grenzen der CSSR hermetisch abgeschlossen und alle Flüge von Prag nach Wien storniert worden waren.³⁸⁶

Österreichische Schiffe wurden zu Mittag kurz vor der tschechoslowakisch-ungarischen Grenze von ungarischen Grenzbooten angehalten und konnten erst am folgenden Tag ihre Reise fortsetzen. Es wurde angenommen, dass der Grund in Truppenübersetzungsmanövern lag.³⁸⁷

22. August: Die erste Nacht nach der Okkupation verlief an den Grenzen sehr ruhig. In einem Bericht von der Grenze in Drasenhofen wurde angemerkt, dass in der Nacht nur sechzehn Fahrzeuge nach Österreich eingereist und sechs Fahrzeuge in die CSSR ausgereist waren. Erstmals kamen auch wieder tschechoslowakische Reisende über die

³⁷⁹ JM-680821_a

³⁸⁰ JM-680821_c

³⁸¹ JM-680821_e

³⁸² JM-680821_f

³⁸³ JA-680821-[03]

³⁸⁴ JA-680821-[04]

³⁸⁵ JA-680821-[10]

³⁸⁶ JA-680821-[13]

³⁸⁷ JM-680824-[10]

Grenze nach Österreich (JF-680822-[04]). In der CSSR fuhren die Züge fahrplangemäß, der grenzüberschreitende Zugverkehr mit Österreich wurde auch aufrecht erhalten, nur internationale Züge wie Sans-Souci, Vindobona oder Chopin-Express fuhren zwar nach Prag nicht aber nach Wien. Der Flugverkehr nach Ungarn und in die CSSR war komplett unterbrochen, da über beiden Staatsgebieten jeglicher ziviler Luftverkehr verboten war.³⁸⁸ In den frühen Morgenstunden war es an der Grenze in Berg völlig ruhig, wie schon am Vortag war es nur tschechoslowakischen Bürgern erlaubt, einzureisen.³⁸⁹

23. August: Um kurz vor vier Uhr morgens kam am Wiener Franz-Josefs-Bahnhof ein Sonderzug aus Prag an. Es handelte sich dabei um einen von der amerikanischen Botschaft in Prag organisierten Touristenzug. Es war bekannt geworden, dass sich über 800 US-Bürger in der CSSR aufhielten. Durch Mundpropaganda hatten auch Touristen anderer Länder von dem Sonderzug erfahren: 426 Personen aus ungefähr 20 Ländern befanden sich in dem Zug. Das Passieren der Grenze erwies sich als problemlos.³⁹⁰ Im ersten Nachrichtenblock des Mittagsjournals am 23. August wurde von einem Rückgang des Reiseverkehrs von und in die CSSR berichtet. Ausländer dürften nicht in die CSSR einreisen. An einigen Grenzpolizeiunterkünften wehten neben tschechoslowakischen auch noch schwarze Flaggen.³⁹¹

24. August: Die Ein- und Ausreise mit dem Auto funktionierte weiterhin problemlos.³⁹² Flug- und Zugverkehr waren jedoch praktisch lahm gelegt. Im Schiffverkehr wurden auf österreichischer Seite alle Schiffe so abgefertigt, als ob sich auf der tschechoslowakischen Seite nichts geändert hätte. Allerdings war seit dem 23. August keine Fernsprech- und Fernschreibverbindung mehr möglich, und so wurde die Kommunikation über Funk in Zweistunden-Intervallen aufrechterhalten.³⁹³

25. August: Tschechoslowakische Reisende wurden wieder über die Grenze nach Österreich gelassen.³⁹⁴ Immer mehr sensationslustige Österreicher fanden sich an der Grenze Berg ein, um mit Feldstechern über die Donau nach Bratislava zu sehen. Erstmals wurden auch sowjetische Soldaten an der Grenze stationiert.³⁹⁵

26. August: An den meisten Grenzzollämtern war die Ein- und Ausreise möglich, an wenigen wurde Journalisten und Kameraleuten, sowie auch zum Teil Österreichern, allgemein die Einreise in die CSSR verweigert.³⁹⁶ Verkehrsminister Weiß teilte mit, dass der Vindobona-Zug rechtzeitig von Wien abgefahren und ebenso in Prag angekommen war. Über Gmünd

³⁸⁸ JF-680822-[05]

³⁸⁹ JF-680822- [06]

³⁹⁰ JF-680823-[06]

³⁹¹ JM-680823, Nachrichten I

³⁹² JM-680824-[06]

³⁹³ JM-680824-[10]

³⁹⁴ JA-680825-[05]

³⁹⁵ JA-680825-[05]

³⁹⁶ JA-680826-[09]

konnten keine Ausländer in die CSSR einreisen, der Güterverkehr verlief normal, der Fernsprechverkehr funktionierte jedoch kaum, und der Luftraum über der CSSR war gesperrt.³⁹⁷ Im zweiten Nachrichtenblock des Abendjournals wurde berichtet, dass sich 60 Panzer der Grenze in Wullowitz näherten. Weiters hieß es, dass die Einreise in die CSSR seit 17 Uhr untersagt war.³⁹⁸

27. August: Der Generaldirektor der ÖBB meldete, dass der Chopinexpress von Moskau und Warschau zwei Stunden Verspätung hatte, und der Vindobona-Express nur zwischen Wien und Prag fuhr. Der Güterverkehr mit der CSSR ließ immer mehr nach, und Sendungen in die DDR und aus Rumänien und Bulgarien wurden wegen der Durchgangssperre durch die CSSR über Umwege geschickt.³⁹⁹

28. August: Journalisten und Touristen war die Einreise auf tschechoslowakisches Hoheitsgebiet verboten. In einer Anordnung des Prager Außenministeriums hieß es, dass Ausländer die CSSR nur zur Abwicklung von Geschäften oder aus anderen offiziellen Gründen betreten durften.⁴⁰⁰

2.4. Diskussion: Die Intervention in den ORF-Journalen und in der Literatur

Allgemein ist natürlich klar, dass in den Journalen Situationsberichte im Vordergrund stehen und keine Hintergrundberichte. Die Grundlage der Berichterstattung in diesem kurzen, bewegten Zeitraum waren Korrespondentenberichte von Grenzen, aus Prag oder anderen Städten der CSSR, aus Staaten des Ostblocks oder vom UNO-Hauptquartier in New York. Vereinzelt gab es noch Interviews mit Personen, die eben die Tschechoslowakei verlassen hatten oder mit Staatsbürgern der CSSR, die sich gerade in Österreich aufhielten.

Diese Korrespondenten oder Augenzeugen konnten jedoch nur beschreiben, was sie gesehen oder gehört hatten, bzw. kursierende Gerüchte wiedergeben. Somit beinhalteten die Journale Fakten, wie, wann, wer, wohin reiste und wann wer welche Rede hielt. Weiters gab es Situationsberichte aus den Straßen Prags, Moskaus, etc. Somit wurden Haltung und Widerstand der Bevölkerung besonders gut dokumentiert. Wichtigste Informationsquellen waren tschechoslowakische Medien, die teilweise Mitteilungen über Vorgänge im Land bekannt gaben. Der Rest war Spekulation.

Hintergrundberichte waren somit kaum möglich, da man, während die Ereignisse stattfanden, noch nichts von ihnen wusste. Viele Details kamen erst Jahre später bei

³⁹⁷ JA-680826, Nachrichten I

³⁹⁸ JA-680826, Nachrichten II

³⁹⁹ JM-680827, Nachrichten I

⁴⁰⁰ JM-680828-[03]

Interviews, vor allem auch nach der Öffnung von Archiven in Moskau in den Neunzigerjahren zu Tage. Vieles liegt auch heute noch im Verborgenen.

In dieser Diskussion sollen vor allem die Ereignisse hinter den Kulissen beleuchtet werden, Ereignisse, die zum Zeitpunkt ihres Geschehens noch nicht veröffentlicht wurden. Denn grundsätzlich falsche Informationen wurden in den Journalen des August 1968 kaum gegeben, doch war die Darstellung lückenhaft - aus genannten Gründen.

2.4.1. Okkupation, Inhaftierung und außerordentlicher Parteitag

Die Intervention in der CSSR trug den Codenamen „Operation Donau“.⁴⁰¹ In den Nachrichten des Morgenjournals am 21. August hieß es, dass die ganze Nacht über auf den Flughäfen rund um Prag Flugzeuge in kurzen Intervallen gelandet waren.⁴⁰² Tatsächlich war schon am Vorabend um 20 Uhr 30 die erste Maschine am Flugplatz Ruzyně gelandet, eineinhalb Stunden später kam das nächste mit verdächtig aussehenden Zivilisten und einem sowjetischen Oberst an Bord. Um ungefähr zwei Uhr früh kam die erste AN-12 Maschine mit Panzern, Panzerwagen und Truppen an.⁴⁰³

Grünwald & Löbl beschreiben die Einnahme des Flugplatzes folgendermaßen: Ein Zivilflugzeug der Aeroflot fragte um die Möglichkeit einer Notlandung aufgrund von Benzinmangel an. Es gab am Boden zwar Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes, diese registrierten jedoch nicht, dass die hohe Zahl von Zaungästen sowjetische Agenten darstellten. Aus der Aeroflotmaschine stiegen Sowjetsoldaten, die mit den Geheimdienstmitarbeitern den Flughafen besetzten. Unter ihnen gab es auch Techniker, die ab dem Zeitpunkt alle weiteren Landungen koordinierten. Vor dem Flugplatz stand die Limousine des Sowjetbotschafters Cervonenko, die die sowjetische Panzerkolonne als Lotse zu allen wichtigen Prager Institutionen führte: zum ZK-Gebäude und Regierungspräsidium, zu Ministerien, Redaktionen und Funkhaus, und schließlich zur Burg auf dem Hradčany, wo Svoboda de facto unter Hausarrest gestellt wurde.⁴⁰⁴

Radio Prag veröffentlichte um zwei Uhr früh eine Meldung, dass das tschechoslowakische Parteipräsidium die Intervention verurteilte und dass diese ohne Wissen von Partei- und Regierungsspitze erfolgt war.⁴⁰⁵ Um 5 Uhr 30 hieß es, dass die tschechoslowakische Parteiführung noch tagte.⁴⁰⁶ In den Mittagsstunden kam der Aufruf an die Mitglieder der Nationalversammlung, zu einer außerordentlichen Sitzung nach Prag zu kommen, bis zum

⁴⁰¹ Williams. S. 112.

⁴⁰² JF-680821, Nachrichten

⁴⁰³ Skoug. S.140.

⁴⁰⁴ Grünwald, Leopold. Löbl, Eugen. Die intellektuelle Revolution. Hintergründe und Auswirkungen des Prager Frühlings. Wien 1969. S. 144 f.

⁴⁰⁵ JF-680821-[04]

⁴⁰⁶ JF-680821, Nachrichten

Abend hatte sich eine Rumpfregierung gebildet.⁴⁰⁷ Was jedoch während all dieser Verhandlungen besprochen worden war und was vorgefallen war, konnte natürlich in den Journalbeiträgen nicht berichtet werden. Es ließen sich keine Rückschlüsse ziehen auf das Verhalten einzelner Funktionäre und wann, wie, welche Verhaftungen durchgeführt worden waren.

Skoug, der selbst zu dieser Zeit an der amerikanischen Botschaft in Prag beschäftigt war, berichtet, dass Präsident Svoboda am 20. August um 23 Uhr am Hradschin vom sowjetischen Botschafter Cervonenko davon unterrichtet wurde, dass brüderliche Hilfe unterwegs war.⁴⁰⁸ Vierzig Minuten später wurde Ministerpräsident Cernik von Verteidigungsminister Dzur, der sich bereits in sowjetischer Haft befand, informiert. Der Premierminister seinerseits informierte Alexander Dubcek, der im ZK-Gebäude noch eine Präsidiumssitzung leitete. Cernik überbrachte diese Meldung persönlich, Dubcek sagte daraufhin „Haben sie es doch getan – wie konnten sie mir das antun – das ist die Tragödie meines Lebens“.⁴⁰⁹ Es wurde der Vorschlag laut, dass man sich in Sicherheit bringen sollte, Dubcek und Smrkovsky lehnten ab.⁴¹⁰ Sie hätten sich auch einer Widerstandsbewegung anschließen können, doch widersprach das dem Beschluss, lediglich politischen Widerstand zu leisten. Es war auch besser, auf den jeweiligen Posten zu verbleiben, gegebenenfalls „physisch entfernt“ zu werden, jedoch nicht freiwillig zu gehen. Die Gefahr, dass die Posten von „Verrätern“ übernommen würden, war zu groß.⁴¹¹

Dann begann das große Warten, Dubcek verließ mitunter sein Büro und schlenderte über die Korridore. Viele Angestellten waren auf ihrem Arbeitsplatz verblieben, vor dem ZK-Gebäude begannen sich Menschen mit Fahnen lautstark zu versammeln. Die Verhaftung erfolgte erst kurz vor neun Uhr in der Früh. Sieben oder acht Fallschirmjäger und zwei niedrigere Soldaten stürmten Dubceks Büro, blockierten Fenster und Verbindungstüren. „Es war wie bei einem bewaffneten Raubüberfall“. Später kamen noch höhere KGB-Offiziere und ein Oberst hinzu. Es waren mehrere tschechoslowakische ZK-Leute im Büro, doch nur Dubcek, Smrkovsky, Spacek und Kriegel wurden aufgefordert, mitzukommen. Auch Bohumil Simon, erster Sekretär von Prag, und Ministerpräsident Cernik wurden verhaftet, Cestmir Cisar, der Sekretär des Zentralkomitees war bereits untergetaucht. Die vier Gefangenen wurden „im Namen der von Genosse Indra geführten Arbeiter- und Bauernregierung“ verhaftet und sollten vor ein Revolutionstribunal ebenfalls unter dem Genossen Indra gestellt werden.⁴¹² Die progressiven Reformer wurden jedoch völlig anders behandelt als Präsident Svoboda, von dem die Sowjets dachten, dass er mit ihnen kooperieren würde. Die anderen galten als

⁴⁰⁷ JA-680821-[08]

⁴⁰⁸ Skoug. S. 140 f.

⁴⁰⁹ Schott. S. 12

⁴¹⁰ Ders. S. 19

⁴¹¹ Dubcek. S. 266 f.

⁴¹² Ders. S. 267 ff.

Kriminelle, deren Leben in Kürze beendet sein sollte. Sie kamen in Isolationshaft. Wohin sie gebracht wurden, blieb unbekannt – Dubcek befand sich die ganze Zeit in sowjetischer Verwahrung, zuerst am Flughafen Ruzyně, dann in Užhorod, einer Grenzstadt zwischen Slowakei und Ukraine, damals in der UdSSR gelegen.⁴¹³ Schott schreibt, dass sich alle fünf Hauptakteure, nicht nur Dubcek, in einer Spezialbaracke des KGB in den Karpaten befunden hatten. Nur Smrkovsky und Kriegel waren in demselben Raum untergebracht, die anderen drei befanden sich in Isolationshaft. Ihnen wurde ein ungewisses Schicksal vor Augen gestellt, das ebenso mit einer Hinrichtung hätte enden können.⁴¹⁴ Grünwald & Löbl berichten, dass die Verhafteten schon in Prag schwer misshandelt wurden und dann nach Munkacs (Mukacevo) in der Karpatho-Ukraine gebracht wurden. Munkacs (Mukacevo) liegt ungefähr vierzig Kilometer von Užhorod (oder Uzhgorod) entfernt; wo die Inhaftierten genau festgehalten wurden, ist unbekannt. Auch war von der Verhaftung des ZK-Sekretärs Císař die Rede, der aber mit Hilfe tschechoslowakischer Bewachungsorgane befreit werden konnte.⁴¹⁵ Im Gegensatz zu Grünwald & Löbl ist bei Dubcek nicht von Misshandlungen die Rede, sondern eher von einer Unsicherheit der Bewacher, die mit der Zeit immer ruhiger und höflicher wurden. Dubcek erwähnte auch kein Gefängnis, sondern sprach von einem „Gebäudekomplex in den Bergen“.⁴¹⁶

In den Journalen ist wohl die Rede davon, dass Dubcek, Černík und Smrkovsky verhaftet worden waren und ihre Freilassung verlangt würde, Špaček, Šimán und Kriegel wurden jedoch nicht so oft mit Namen erwähnt. Grund dafür mag sein, dass in Österreich vor allem die drei erstgenannten Politiker bekannt waren, die anderen Politiker waren den Hörern wohl namentlich nicht so geläufig. In vielen Fällen wurde auch einfach global von „den inhaftierten Reformpolitikern“ oder ähnlichem gesprochen. Über den Verbleib der Verhafteten wurde nur spekuliert.

Die Nationalversammlung traf sich zu einer außerordentlichen Sitzung, obwohl ihr Gebäude von sowjetischen Truppen umstellt war: Sie sandte eine Delegation zur sowjetischen Botschaft, um ihre Meinung zur Situation kundzutun, um 16 Uhr ließ sie eine Presseerklärung durch den tschechoslowakischen Rundfunk veröffentlichen und organisierte den außerordentlichen 14. Parteitag für den nächsten Tag. Der Prager Frühling ließ sich nicht einfach mit der Entfernung einiger Führungspersonen stoppen.⁴¹⁷ Der 14. Parteitag hätte erst am 9. September stattfinden sollen, wurde aber aufgrund der Ereignisse vorgezogen. In den ORF-Journalen wurde der Ort, an dem das Treffen stattfinden sollte, nicht genannt. Tatsächlich handelte es sich um die Kantine des CKD-Werkes im Prager

⁴¹³ Skoug. S. 141 f.

⁴¹⁴ Schott. S. 58

⁴¹⁵ Grünwald. Löbl. S. 146

⁴¹⁶ Dubcek. S. 270 f.

⁴¹⁷ Skoug. S.144

Arbeiterviertel Vysocany.⁴¹⁸ Der Parteitag begann um 11 Uhr 18, wichtige Parteiführer kamen in Krankenwagen, verkleidet als Doktoren oder Patienten. Normale Delegierte betraten das Gebäude zusammen mit den Arbeitern der Nachschicht am 21. August oder mit jenen der Tagschicht am 22., angezogen und ausgewiesen als Arbeiter. Die Arbeitermiliz umgab schützend das Areal, dennoch gab es kein Anzeichen, welch großes Treffen in dem Werk abgehalten wurde. Verwunderlich war auch das Fehlen von Sowjettruppen bei einer so wichtigen Industriezone.⁴¹⁹ Im Abendjournal des 22. August hieß es, dass etwa zwei Drittel der 1.500 Delegierten teilnahmen,⁴²⁰ nach Schott waren es 1.095 Delegierte,⁴²¹ nach Skoug waren es 1.192 von 1.543⁴²² und nach Faul waren es 1.220 von 1.542.⁴²³ Zu Beginn des Parteitags waren jedoch nur fünf und am Ende des Tages nur fünfzig Slowaken anwesend. Auch Gustav Husak fehlte. Gründe für die geringe Zahl an Slowaken waren vermutlich die Distanz und die Hürde der sowjetischen Truppen.⁴²⁴ Grünwald & Löbl berichten, dass Autobusse mit slowakischen Delegierten an der mährischen Grenze von Sowjetsoldaten abgefangen und wieder in die Slowakei zurückgeschickt wurden.⁴²⁵

Während des Parteitages wurde ein reformorientiertes Präsidium gewählt, in das auch die Personen in sowjetischer Haft gewählt wurden. Weiters wurde die Invasion verurteilt, die Freilassung der inhaftierten Politiker und der Truppenabzug gefordert. Man wählte ein neues 144-köpfiges Zentralkomitee, dem auch von den Okkupationstruppen verhasste Personen wie Spacek, Cisar, Sik, Slavik, Pavel und Pelikan angehörten.⁴²⁶ Zdenek Mlynar wurde zu einem der Sekretäre des ZK gewählt. Weiters wurden Anträge besprochen, die den Austritt aus dem Warschauer Pakt und die Erlangung der Neutralität forderten – die Delegierten entschieden sich klar gegen diese Anfragen, was wiederum ihre Treue zum Kommunismus bewies.⁴²⁷

Gleichzeitig tagte die Nationalversammlung. Am Vormittag des 21. August wurde über den tschechoslowakischen Rundfunk ein Aufruf verbreitet, dass alle Mitglieder der Nationalversammlung umgehend zu einer außerordentlichen Sitzung nach Prag kommen sollten, bis zum Abend hatte sich schon eine Rumpfregierung gebildet.⁴²⁸ Die Nationalversammlung tagte dann mit einer beschlussfähigen Mehrheit permanent seit den Morgenstunden des 22. August.⁴²⁹ Auch in den nächsten Tagen wurde die Sitzung der

⁴¹⁸ Schott. S. 39

⁴¹⁹ Skoug. S.152

⁴²⁰ JA-680822-[05]

⁴²¹ Schott. S. 48

⁴²² Skoug. S.152

⁴²³ www.medienladen-ev.de

⁴²⁴ Skoug. S.152

⁴²⁵ Grünwald. Löbl. S. 150

⁴²⁶ Skoug. S. 152 f.

⁴²⁷ Schott. S. 55

⁴²⁸ JA-680821-[08]

⁴²⁹ JA-680822-[05]

Nationalversammlung angesprochen.⁴³⁰ Die Abgeordneten versprachen, das Gebäude nicht freiwillig zu verlassen, da es klar war, dass sie dann nicht mehr zurückkehren könnten.⁴³¹ In den Journalen wurde dieses Problem auch angesprochen, denn die Nationalversammlung musste eine beschlussfähige Mehrheit behalten, hieß es. Es wurde auch auf die Bedingungen, unter denen getagt wurde (sporadisch kaltes Essen, Schlaf auf dem Fußboden) hingewiesen.⁴³²

2.4.2. Kollaborateure

In den Journalen war von den genauen Aktionen der Kollaborateure wenig zu hören. Doch wurden immer wieder Namen genannt, die klarmachten, wer auf welcher Seite stand. Schon im Morgenjournal des 22. August wurde auf die Gruppe um Vasil Bilak und Alois Indra hingewiesen, die sich für die Okkupation aussprach.⁴³³ Bilak, Barbirek, Indra und Kolder wurden in den Nachrichten des Mittagsjournals am 22. August als Kollaborateure bezeichnet, in den Nachrichten des Abendjournals desselben Tages wurden ihre Dementis veröffentlicht, einen Hilfsappell an die Warschauer-Pakt-Staaten unterzeichnet zu haben. Die Parteizeitung Prace brachte eine Nachricht, angeblich von Parteichef Dubcek, in der Indra, Schwesku und Kolder gar als Verräter bezeichnet wurden.⁴³⁴ Auch der stellvertretende Innenminister, Oberstleutnant Viliam Salgovic, wurde der Kollaboration bezichtigt⁴³⁵ und Jan Piller als konservativ bezeichnet.⁴³⁶ Natürlich war auch von der neuen Regierung, die die Reformgegner zu gründen versuchten, die Rede,⁴³⁷ auch vom Scheitern dieses Vorhabens.⁴³⁸ Auch beim Widerstand der Bevölkerung spielten die Kollaborateure eine Rolle: Innenminister Pavel rief die Bürger sogar auf, bei der nervösen Suche nach Verrätern auf Lynchjustiz zu verzichten.⁴³⁹ Was sich jedoch genau hinter den Kulissen abspielte, blieb natürlich unbekannt.

Die Präsidiumsmitglieder Bilak und Kolder, sowie der Parteisekretär Indra schienen von der Mitteilung, dass eine Intervention stattgefunden hatte, nicht überrascht zu sein. Später am 21. August trafen sie sich mit Mitgliedern des Zentralkomitees im Hotel Praha, um zur Kooperation mit den Okkupationsmächten aufzurufen. Schon am 20. August hatte sich eine Gruppe von Präsidiums- und Sekretariatsmitgliedern in Indras Büro im ZK-Gebäude

⁴³⁰ JM-680824-[11]; JF-680825, Nachrichten I

⁴³¹ Skoug. S. 152 f.

⁴³² JA-680825, Nachrichten

⁴³³ JF-680822-[08]

⁴³⁴ JF-680823-[03]

⁴³⁵ JM-680823 und JM-680824, Nachrichten

⁴³⁶ JM-680823-[05]

⁴³⁷ JA-680822-[05]

⁴³⁸ JF-680823-[03]

⁴³⁹ JF-680826-[04]

getroffen, um eine politische Rechtfertigung für die kommende Invasion, von der sie wahrscheinlich wussten, aufzusetzen. Man hoffte auf ein Abstimmungsergebnis von sechs zu fünf, doch schafften es Indra und Kolder nicht, ihre schriftliche Rechtfertigung auf die Agenda zu bringen. In der Nacht vom 20. auf den 21. August wurde lediglich darüber abgestimmt, die Invasion zu verurteilen. Die Abstimmung endete sieben zu vier.⁴⁴⁰ Schott berichtet, dass die konservativen Vertreter Kolder, Rigo, Svestka, Bilak und Indra von den nächtlichen Verhandlungen im ZK-Gebäude verschwanden.⁴⁴¹

Bei Skoug heißt es, dass sich die Kollaborateure um Indra im Hotel Praha trafen und später ihre Aktivitäten in die sowjetische Botschaft transferierten.⁴⁴² Im Abendjournal des 22. August wurde zwar auch das Gerücht veröffentlicht, dass die Sowjets Indra mit der Führung der KPC beauftragt hatten, jedoch war es das Zentralkomitee, in das geladen wurde⁴⁴³ - weder das Hotel Praha, noch die sowjetische Botschaft.

Zdenek Mlynar, ZK-Sekretär und reformorientierter Vordenker, befand sich auch in der Gruppe um Alois Indra. Von der sowjetischen Botschaft aus informierte er den Parteitag in dem Werk in Vysocany und das Radionetzwerk und warnte vor der Gruppe um den Sowjetbotschafter Cervonenko. Dieser bestand auf der Beschiebung einer neuen Arbeiter- und Bauernregierung, um sie dann Präsident Svoboda vorzuschlagen. Die Einigung war jedoch schwierig: Erst um 23 Uhr am 22. August traf eine Gruppe, unter ihnen auch Mlynar, am Hradschin ein, Jan Piller bat den Präsidenten um die Anerkennung der neuen Regierung, dieser lehnte jedoch ab und sagte, dass die Nation ihn dann wie einen räudigen Hund aus der Burg jagen würde.⁴⁴⁴

Erst durch Mlynars Anruf wurden Namen von Kollaborateuren bekannt und über den Rundfunk unter die Bevölkerung gebracht, die sogleich die Namen Bilaks, Indras und anderer als Volksverräter auf Prags Wände schrieben.

2.4.3. Die Moskaureise – der Anfang vom Ende

Was in Moskau besprochen wurde, konnte in den Journalen vom August 1968 nicht beleuchtet werden. Nichts trat an die Öffentlichkeit. Es gab lediglich Spekulationen über mögliche erreichte Positionen. Bekannt war nur, dass die Reise geplant war, wer die Delegierten waren, später auch, dass Dubcek und die anderen inhaftierten Politiker an den Verhandlungen teilnahmen und dass die Verhandlungen schließlich beendet waren. Hier sollen die Vorgänge hinter dem Vorhang beleuchtet werden.

⁴⁴⁰ Skoug. S. 141

⁴⁴¹ Schott. S. 19

⁴⁴² Skoug. S. 153

⁴⁴³ JA-680822-[05]

⁴⁴⁴ Skoug. S.153

Im Mittagsjournal des 23. August gab Präsident Svoboda in einer Rundfunkrede seine Reise nach Moskau bekannt, die in der Nacht in Übereinstimmung mit der Regierung beschlossen worden war.⁴⁴⁵ Svoboda hatte selbst um diese Reise gebeten. Skouq bezeichnete diesen Entschluss als verhängnisvoll.⁴⁴⁶ Als Grund für die Verhandlungen in Moskau gab Svoboda an, dass er keinen Kompromiss mit Botschafter Cervonenko gefunden hatte. Doch warum er überhaupt die Notwendigkeit für einen Kompromiss sah, war fraglich, denn es war ihm kein Ultimatum gestellt worden und die Zeit arbeitete keineswegs für die Besatzer. Vermutlich hatte er befürchtet, dass ein Blutbad ausgelöst werden könnte. Svoboda behauptete auch, dass er in Moskau alles wieder ins Reine bringen würde.⁴⁴⁷ Der stellvertretende Premierminister Lubomir Strougal nannte Gustav Husak und Verteidigungsminister Martin Dzur als Begleiter für den Präsidenten. Auch der Justizminister Bohuslav Kucera, Vorsitzender der Sozialistischen Partei, wurde bestellt. Alle vier Delegierte, Svoboda inklusive, konnten jedoch nicht wirklich zu den Triebfedern des Prager Frühlings gezählt werden.⁴⁴⁸ Auch Indra, Piller und Bilak, alle pro-sowjetisch, gehörten der Delegation an. Ein Radiokommentar bezeichnete dies als ersten Sieg für die Okkupanten.⁴⁴⁹

Noch in der Nacht auf den 23. August empfahl der stellvertretende Vorsitzende der Nationalversammlung, Josef Valo, dem Präsidenten, auf keinen Fall das Land zu verlassen, doch Svoboda war entschlossen. Weder damals noch heute wurde dies als Schritt im Interesse der Tschechoslowakei gesehen.⁴⁵⁰

Svoboda und seine Delegation wurden in Moskau herzlich begrüßt. Sie hatten schon acht Stunden mit Breschnew und seinen Kollegen verhandelt, als Dubcek und die anderen tschechoslowakischen Politiker im Kreml eintrafen, nachdem sie in der Nähe von Uzhhorod in den Karpaten gefangen gehalten worden waren. Am 23. August zu Mittag wurden die schwarzen Gläser von Dubceks Augen entfernt, da er einen Anruf vom sowjetischen Staatsoberhaupt Nikolai Podgorny erhielt, worin ihm mitgeteilt wurde, dass Verhandlungen in Moskau beginnen würden. Svoboda hatte auf der Teilnahme Dubceks und der anderen Inhaftierten bestanden. Somit hatte er seine Kollegen aus der Gefangenschaft befreit, doch hätte er das bei Verhandlungen in Prag wahrscheinlich auch erreicht. Ohne sich den Schmutz der Gefangenschaft abwaschen zu dürfen, wurde Dubcek grußlos zu den sowjetischen Staats- und Parteiführern gebracht.⁴⁵¹

Dubcek wusste nicht, was in den letzten drei Tagen in der Tschechoslowakei vorgefallen war. Breschnew gab zu, dass ein eintägiger Parteitag stattgefunden hatte, dass aber keine Slowaken teilgenommen hatten. Podgorny fügte hinzu, dass auch kein Präsidiumsmitglied

⁴⁴⁵ JM-680823-[04]

⁴⁴⁶ Ebd. S. 153

⁴⁴⁷ Ders. S. 160

⁴⁴⁸ Ders. S. 153

⁴⁴⁹ Ders. S. 160

⁴⁵⁰ Skouq. S. 159

⁴⁵¹ Ders. S. 160 ff.

anwesend war. Es wurde auch die Legalität des Parteitages diskutiert. Regierungschef Alexei Kossygin bestand darauf, dass, wenn der Parteitag als legal anerkannt würde, die CSSR binnen eines Monats bourgeois werden würde. Kossygin und Podgorny zeigten sich ungläubig, dass Dubcek zu der Einberufung des Parteitages nichts beigetragen hatte: Schließlich wäre es unmöglich, binnen zwölf Stunden Parteitagsdelegierte aus der ganzen CSSR zu versammeln. Es hätte demnach schon eine Planung im Vorfeld geben müssen, so ihre Vermutung. Auch das Gespenst einer amerikanischen Verschwörung und die drohende Gefahr eines Bürgerkrieges wurden abermals hoch beschworen.⁴⁵² Durch diese Diskussion wurde Dubcek erst auf den Widerstand in seinem Land aufmerksam. Aus der Sicht der Russen müsste der Parteitag als ungültig erklärt werden, Indra sollte zweiter Sekretär werden, um, wenn möglich, Dubcek abzulösen.⁴⁵³

Dass Dubcek und seine inhaftierten Kollegen auch an den Verhandlungen in Moskau teilnahmen, wurde erstmals in den Nachrichten des Mittagsjournals am 24. August erwähnt: Der Sender Nitra hatte berichtet, dass fünf Präsidiumsmitglieder der KPC in die sowjetische Kommandantur in Prag geleitet wurden, wo man sie telefonisch mit Husak und Bilak in Prag verband. Diese teilten mit, dass Dubcek und Cernik den Verhandlungen beiwohnten.⁴⁵⁴

Das war aber so nicht ganz korrekt, denn sie wurden nicht wirklich in den Verhandlungsprozess einbezogen. Auch kamen sie nicht am 22. August nach Moskau, wie Husak sagte, sondern erst am späten Abend des 23. August. In den ersten Stunden des 24. August trafen die drei Inhaftierten auf Svoboda und seine Delegation. Hier wurde Dubcek erstmals mit einer Liste von Verpflichtungen konfrontiert, die die Tschechoslowaken unterschreiben sollten. Dubcek argumentierte, dass diese Gruppe keine konstitutionelle Autorität hätte, um Verträge hinter dem Rücken von Regierung und Parlament abzuschließen. Svoboda versuchte, ihn damit zu überzeugen, dass außergewöhnliche Situationen auch außergewöhnliche Schritte erforderten. Dubcek meinte hierauf, er würde dann noch eher zurücktreten. Später schlug Dubcek vor, dass Parteiführer wie Lenart, Barbirek, Milos Jakes, Rigo, Oldrich Svestka und Mlynar auch nach Moskau gebracht werden sollten.⁴⁵⁵ Die Annahme, dass diese von Hilfe sein würden, war wohl auf Dubceks Ermattung, Naivität oder Entfremdung von der Situation in Prag zurückzuführen. Lenart und Svestka beispielsweise, ersterer war ehemaliger Regierungschef und letzterer war der Chefredakteur der Parteizeitung *Rude pravo*, verniedlichten den nationalen Widerstand in der Tschechoslowakei, was aber der wichtigste Verhandlungsbonus der

⁴⁵² Dubcek, S. 286 ff.

⁴⁵³ Skoug, S. 160 ff.

⁴⁵⁴ JM-680824, Nachrichten I

⁴⁵⁵ Dubcek, S. 291 ff.

tschechoslowakischen Delegation war.⁴⁵⁶ Von der Teilnahme der oben genannten Prager Personen an den Verhandlungen in Moskau war in den Journalen nie die Rede.

In den Journalen kam aber sehr wohl die Frage auf, welche Rolle Präsident Svoboda überhaupt spielte: Der herzliche Empfang in Moskau ließ annehmen, dass die Würfel schon gefallen waren,⁴⁵⁷ die Bevölkerung jedoch stand noch fest hinter ihrem Präsidenten.⁴⁵⁸ Am 24. August um 11 Uhr 25 veröffentlichte das tschechoslowakische Radio eine Nachricht des Präsidenten, dass keine Aktionen gesetzt werden sollten, die die Verhandlungen erschweren würden. Die Bevölkerung folgte, dass sie die psychologische Schlacht gewinnen würden. Doch Svoboda befand sich schon auf einer anderen Wellenlänge.⁴⁵⁹

Auch Gustav Husak nützte zum zweiten Mal an diesem Tag seine Kontakte zu sowjetischen Befehlshabern, um eine Meldung aus Moskau nach Prag zu schicken: Darin kündigte er an, dass er und Dubcek am slowakischen Parteitag in Bratislava am 26. August teilnehmen würden. Wieder nannte er sich selbst im gleichen Atemzug wie den Liebling der Nation, Dubcek. Doch war es Husaks Plan, dem slowakischen Parteitag beizuwollen, um den 14. außerordentlichen Parteikongress in Vysocany mit dem Argument rückgängig zu machen, dass die Slowakei nicht ausreichend repräsentiert war.⁴⁶⁰ Außerdem wollte er zum ersten Sekretär der slowakischen KP gewählt werden. Daher war er auch ein wenig in Eile, die Verhandlungen in Moskau zu beenden, um rechtzeitig zurück in Bratislava zu sein.⁴⁶¹

Am 25. August stieg der Druck auf die Reformer Josef Smrkovsky, Josef Spacek, Bohumil Simon and Zdenek Mlynar, die in die Verhandlungen einbezogen waren. Dubcek war wahlweise ausgetreten. Dieser Entschluss war vor allem durch die Haltung Svobodas bedingt, der mit der Zeit zu beinahe jedem Zugeständnis bereit schien. Mlynar beschrieb Svoboda als einen pro-sowjetischen Soldaten mit einem zweidimensionalen Geist. Doch sobald er sich zwischen Demokratie und der sowjetischen Linie entscheiden musste, blieb er unmissverständlich bei Moskau. Dazu kam das Überlaufen von Gustav Husak. Diese beiden waren die Hauptverhandler, und sie unterstützten aktiv die Ziele der Sowjets.⁴⁶²

Schott erklärte das Ausscheiden Dubceks aus den Verhandlungen auf eine andere Art und Weise: Svoboda erklärte Mlynar, als dieser am 25. in Moskau eintraf, dass Dubcek einen Nervenzusammenbruch erlitten hätte. Als Mlynar Dubcek besuchte, hatte er das Gefühl, er stünde unter Drogen.⁴⁶³ Dubcek selbst sprach von Müdigkeit und Unwohlsein, sowie dem

⁴⁵⁶ Skoug. S. 165 f.

⁴⁵⁷ JF-680824-[03]

⁴⁵⁸ JF-680824-[05]

⁴⁵⁹ Skoug. S. 167

⁴⁶⁰ Ebd.

⁴⁶¹ Schott. S. 61

⁴⁶² Skoug. S. 168 f.

⁴⁶³ Schott. S. 58

Bestreben, sich nur im Hintergrund zu beteiligen. Er wurde von Smrkowsky, Cernik, Spacek, Simon und anderen auf dem Laufenden gehalten und um seine Meinung gefragt.⁴⁶⁴

In der Nacht vom 24. auf den 25. April beschlossen Cernik und Smrkowsky, den Sowjets einen Gegenvorschlag zu unterbreiten. Jeder Punkt wurde mit Dubcek vorgeklärt. In dem Vorschlag bezeichneten sie die Intervention als „tragisches Missverständnis“ oder als „tragischen Irrtum“ und verlangten den Abzug der Truppen. Die Sowjets empfanden diesen Vorschlag als Ultimatum und reagierten mit Arroganz und Drohungen.⁴⁶⁵

Die Ziele der Sowjets waren, die Beschlüsse vom außerordentlichen 14. Parteitag rückgängig zu machen, denn schließlich hatte die Intervention stattgefunden, um eben diesen für den 9. September geplanten Parteitag zu verhindern. Denn das Ergebnis des Parteitages war die Säuberung der KPC von konservativen pro-sowjetischen Kräften. Es gab jedoch, wie bereits erwähnt, einen Haken: Nur 50 Slowaken konnten teilnehmen. Am Abend des 25. August trafen die fünf Reformer (Mlynar, Cernik, Smrkovsky, Spacek und Simon) auf die sieben Moskautreuen (Bilak, Jakes, Svestka, Piller, Lenart, Barbirek und Rigo). Dazu kamen noch Svoboda und Husak. Die drei Zuseher Dzur, Kucera und Koucky waren auch auf der pro-sowjetischen Seite. Kriegel war nicht anwesend und Dubcek war aus den Verhandlungen ausgetreten. Laut Mlynar war der erste Reformer, der klein beigab, dann Cernik, gefolgt von den anderen.⁴⁶⁶ Auch Indra wohnte den Verhandlungen nicht bei, er ließ sich aus Gesundheitsgründen entschuldigen – vermutlich wurde er in einem Krankenhaus in Moskau behandelt.⁴⁶⁷

Die Verhandlungen fanden in getrennten Räumen statt: In einem Raum saßen die sowjetischen Delegierten und schrieben ein Protokoll, in einem anderen die tschechoslowakischen Delegierten – die Entwürfe wurden von einem Raum in den anderen gebracht. Schon vor der Ankunft von Mlynar und den anderen Politikern in Moskau standen drei Entscheidungen bereits fest: Der 14. Parteitag musste annulliert werden, die CSSR-Frage musste von der Tagesordnung des UNO-Sicherheitsrates genommen werden, die Staats- und Parteiführung blieb wie vor dem 20. August bestehen. Weiters forderten die Sowjets, dass von brüderlicher Hilfe die Rede sein sollte und dass die Funktionäre Ota Sik, Frantisek Kriegel, Cestomir Cisar, Innenminister Pavel und Außenminister Hajek ihre Ämter verlieren sollten. Die Reformer waren unter Zeitdruck, denn die tschechoslowakische Bevölkerung wartete auf Ergebnisse, und je länger sie warteten, umso eher könnte die Situation in Prag eskalieren. Die Sowjets hingegen hatten jetzt Zeit.⁴⁶⁸

Die tschechoslowakische Delegation hatte aber erreicht, dass sie weder die Rechtmäßigkeit der Invasion noch die Existenz einer Konterrevolution im Land zugeben musste. Am 26.

⁴⁶⁴ Dubcek, 292 ff.

⁴⁶⁵ Ders, S. 297

⁴⁶⁶ Skoug, S. 168 f.

⁴⁶⁷ Schott, S. 59

⁴⁶⁸ Ders, S. 59 f.

August sollte die tschechoslowakische Delegation ein von den Sowjets diktiertes Abkommen unterzeichnen. Dreizehn von zwanzig Delegierten waren bereit zu unterschreiben. Unter ihnen waren auch Svoboda, Husak, Kucera und Dzur. Dubcek und seine sechs reformorientierten Kollegen weigerten sich immer noch, dies zu tun. Cernik war der erste, der auch einzuwilligen drohte.⁴⁶⁹

Am Nachmittag des 26. August fand eine Vollversammlung mit der sowjetischen Führung statt. Dubcek beschloss, erstmals an den Verhandlungen teilzunehmen. Als die Rede Cerniks von gegnerischer Seite nicht genügend ernst genommen wurde, versuchte Dubcek, seinen Standpunkt klar zu machen. Er schrieb in seinen Memoiren:

„Unsere Reformen, führte ich aus, seien längst überfällig und absolut notwendig gewesen. Das Ansehen des Sozialismus und der Kommunistischen Partei sei durch die frühere Politik ernstlich beschädigt worden, und ohne deutliche Veränderungen in allen Bereichen – in Politik, Wirtschaft und Kultur – könnten wir nicht weitermachen. Das Aktionsprogramm sei die Basis der Reformen, es werde von der Partei und von der Bevölkerung mit überwältigender Mehrheit unterstützt. Unsere Reformen bedrohten keineswegs unser Engagement für den Sozialismus und für das Bündnis mit der Sowjetunion, vielmehr stärkten sie es. Die sowjetische Kritik an unserer Reformpolitik sei von Anfang an aus Unkenntnis unserer inneren Lage entstanden, deshalb hätten wir die Kritik zurückgewiesen. Der Einmarsch sei eine Tragödie, deren Folgen in den Köpfen und den Herzen unserer Menschen sich möglicherweise nie mehr würden beseitigen lassen. Das Dokument vor uns auf dem Tisch, schloss ich, mache die Tragödie noch größer. Man könne uns zur Unterschrift zwingen, aber es sei klar, dass sich damit nicht eines der Probleme lösen lassen werde. Auf lange Sicht würden die Probleme vielmehr dadurch noch schlimmer.“

Breschnew erwiderte, diesmal ohne „die blumigen Wendungen über brüderliche Solidarität und ewige Freundschaft“, dass das Streben nach Unabhängigkeit am meisten Sorgen bereitet hätte. Er kritisierte, dass Dubcek ihm nicht mehr seine Reden „vorab zur Durchsicht“ geschickt hatte, und dass bei personellen Veränderungen nicht mehr in Moskau um „Erlaubnis“ gefragt worden war. Da die CSSR auf „andere Formen von Druck nicht reagiert“ hätte, wären die Truppen einmarschiert. Dazu Dubcek:

„Breschnew schien es jederzeit fertig zu bringen, sich selbst in Rührung zu versetzen – bis zu Tränen.“

⁴⁶⁹ Dubcek. S. 300

Als Dubcek weiterhin seine Auffassungen begründen wollte, begann Breschnew zu brüllen, rot anzulaufen und verließ anschließend mit dem gesamten Politbüro das Zimmer.⁴⁷⁰

Die gesamte Delegation war der Meinung, dass es keine andere Möglichkeit gäbe, als zu unterschreiben. Als die Sowjets zurückkehrten, wurden einzelne Änderungen diskutiert: Um einen teilweisen Truppenabzug, zumindest aus den Städten, zu erreichen, mussten personelle Veränderungen durchgeführt und die Frage der Invasion von der Tagesordnung des UN-Sicherheitsrates genommen werden. Bevor der 14. Parteitag als illegal erklärt wurde, bestand Dubcek darauf, einzelne der dabei neu gewählten ZK-Mitglieder ins bestehende ZK zu integrieren.⁴⁷¹

In anderen Quellen ist von nervlichen Problemen Dubceks die Rede. Skoug schreibt: Nach einer Auseinandersetzung mit Breschnew, kollabierte Dubcek beinahe. Als die Verhandlungen wieder aufgenommen wurden, wurde das Abkommen kurz vor Mitternacht schließlich doch unterzeichnet.⁴⁷² Schott erzählte den Sachverhalt noch ein wenig anders: Dubcek wollte an den Schlussverhandlungen teilnehmen und nach kleinen Änderungen das Protokoll auch unterschreiben. Das brachte auch Mlynar dazu, beizustimmen. Dubcek war für die Schlussverhandlung von Svobodas Arzt mit einer Spritze aufgepäppelt worden. Er trug eine Binde um den Kopf - im Bad war er bewusstlos geworden und gegen das Waschbecken gefallen, hieß es. Es kam zu einer Meinungsverschiedenheit mit Breschnew, die sowjetische Delegation verließ erbost den Raum, Dubcek erlitt einen Schwächeanfall, verweigerte aber eine weitere Spritze. Daraufhin erklärte er, nicht unterschreiben zu wollen. Nach einer Beruhigungsspritze willigte er schließlich doch ein. Erst nachdem das Protokoll unterschrieben war und Getränke die Runde machten, erfuhr die tschechoslowakische Delegation, dass in einem anderen Trakt des Kremls die Parteigenossen Ulbricht, Gomulka, Kadar und Schiwkoff die Verhandlungen verfolgt hatten.⁴⁷³ Der ORF erwähnte schon im Morgenjournal des 25. August, dass in Moskau die Anwesenheit der anderen Parteichefs verkündet wurde.⁴⁷⁴

Eine besondere Rolle spielte Frantisek Kriegel. Skoug schreibt, er hätte verweigert, an den Verhandlungen teilzunehmen.⁴⁷⁵ Schott schreibt, dass die Sowjets, als es um das Unterschreiben des Protokolls ging, verlangten, dass auch Kriegel unterschrieb. Dieser befand sich in der Polizeiabteilung des Kremls, Smrkovsky wurde mit dem Protokoll zu ihm geschickt, doch Kriegel verweigerte zu unterschreiben. Daraufhin wollte die gesamte tschechoslowakische Delegation mit ihm sprechen und versuchte, ihn zu überreden, wie sie auch schon Mlynar überredet hatten. Svoboda brüllte Kriegel an, dass sich zu Hause

⁴⁷⁰ Ders. S. 304 f.

⁴⁷¹ Ders. S. 307

⁴⁷² Skoug. S. 173 f.

⁴⁷³ Schott. S. 62 ff.

⁴⁷⁴ JF-680825-[03]

⁴⁷⁵ Skoug. S.179

Leichenberge türmen würden, Kriegel verbat sich das Gebrüll und meinte, er rechnete soundso damit, dass die Sowjets ihn nach Sibirien schicken oder erschießen würden, und deshalb würde er nicht unterschreiben. Somit wurde die tschechoslowakische Delegation um zwei Personen verringert: Weder Kriegel noch Indra unterschrieben, noch wohnten sie der Versammlung bei.⁴⁷⁶

Die sowjetische Führung beschloss, dass Frantisek Kriegel, ein spezielles Objekt der Missachtung für die Sowjets, und ein Diabetiker ohne Insulin, zurückbleiben sollte, um seine letzten Tage als ihr Gast zu verbringen. Bei den Vorbereitungen zur Abreise bemerkte Dubcek sein Fehlen und bestand darauf, dass er mit allen anderen nach Prag zurückkehren würde.⁴⁷⁷ Bei Schott ist von einer kleinen Versammlung die Rede: Dubcek und Svoboda wollten nicht ohne Kriegel reisen, Breschnew machte sich Sorgen, dass sich Kriegel in Prag wie ein Held aufspielen würde, Smrkovsky meinte, das sei ein tschechoslowakisches Problem, und Svoboda bot an, ihn eine Weile auf seinem Landsitz unterzubringen. Schließlich wurde er freigegeben, und es war Smrkovsky, der im Flugzeug nachsah, ob Kriegel tatsächlich an Bord war, bevor der Rest der Delegation einstieg.⁴⁷⁸

Im Moskauprotokoll wurde der sogenannte 14. Parteitag als ungültig erklärt. Ein spezieller Parteitag sollte abgehalten werden, wenn sich die Situation in Staat und Partei wieder normalisiert haben würde. Dieses Zugeständnis machte die einzige Errungenschaft dieser sieben schrecklichen Tage in der CSSR zunichte. Doch das Präsidium wagte es nicht, das sofort publik zu machen. Die Normalisierung wurde als Voraussetzung für zukünftigen Nutzen präsentiert. Doch was unter „Normalisierung“ zu verstehen war, wusste niemand. Auch hieß es, dass neue Gesetze und Maßnahmen zur Kontrolle der Massenmedien nötig wären, es wurden auch personelle Veränderungen angekündigt. Sowohl Organisationen mit antisozialistischen Zielen als auch die antimarxistische Sozialistische Partei mussten abgeschafft werden. Sobald die Gefahr für den Sozialismus in der Tschechoslowakei gebannt wäre, würden die Warschauer-Pakt-Truppen abziehen. Das Thema der Invasion wurde von der Agenda des UN-Sicherheitsrates zurückgezogen, plötzlich konnte gar nicht mehr von einer Invasion gesprochen werden.⁴⁷⁹

Im Mittagsjournal am 27. August wurde der Empfang der Delegation durch die Bevölkerung beschrieben,⁴⁸⁰ weiters hieß es, dass am Vormittag eine Regierungssitzung stattgefunden hatte.⁴⁸¹ Bei Skoug hieß es jedoch, dass es eine Sitzung der Nationalversammlung war. Prag blieb zunächst noch euphorisch, bis um 14 Uhr 30 der Jubel abriss: Das tschechoslowakische Radio begann den Text des Kommuniqués zu veröffentlichen. Zu

⁴⁷⁶ Schott. S. 62 f.

⁴⁷⁷ Skoug. S. 179

⁴⁷⁸ Schott. S. 65/65

⁴⁷⁹ Skoug. S. 178 f.

⁴⁸⁰ JM-680827-[03]

⁴⁸¹ JM-680827-[07]

Anfang standen die Namen der Delegierten, darunter Bilak, Barbirek, Piller, Rigo, Svestka, Jakes, Lenart und Indra, allesamt von der Bevölkerung als Kollaborateure mit den Okkupanten gewertet. Obwohl das Kommuniqué nicht alle Details des Moskauer Protokolls wiedergab, genügte es, um die Bevölkerung zu demoralisieren.⁴⁸²

Genau genommen gab das Kommuniqué gar keine Details, wie man bei Norden, der das Kommuniqué komplett wiedergibt, nachlesen kann, doch wurde mit Andeutungen und Einschränkungen nicht gespart. Es war das übliche Gerede von sozialistischer Völkergemeinde, Freundschaft und Brüderlichkeit, von Achtung, Gleichberechtigung, territorialer Integrität, Unabhängigkeit und Solidarität. Natürlich war auch die Rede von der Aktivierung der Umtriebe des Imperialismus und Normalisierung. Zum Truppenabzug hieß es:

„Die Truppen der verbündeten Länder, die vorübergehend das Territorium der Tschechoslowakei betreten haben, werden sich nicht in innere Angelegenheiten der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik einmischen. Es wurden Bedingungen für den Abzug der Truppen vom tschechoslowakischen Territorium, in dem Maße wie sich die Lage in der CSSR normalisiert, vereinbart.“

Von Zensur der Massenmedien und Aufhebung der Beschlüsse des außerordentlichen 14. Parteitages war nicht offen die Rede, doch hieß es:

„Von tschechoslowakischer Seite wurde erklärt, dass die ganze Arbeit der Partei- und Staatsorgane in allen Wirkungsbereichen darauf gerichtet sein wird, effektive Maßnahmen im Interesse der sozialistischen Macht, der führenden Rolle der Arbeiterklasse und der kommunistischen Partei, im Interesse der Entwicklung und Festigung der freundschaftlichen Beziehungen mit den Völkern der Sowjetunion und der ganzen sozialistischen Völkergemeinschaft zu gewährleisten.“⁴⁸³

Schott deutet darin das Beibehalten des Warschauer Paktes, das Verbot anderer Parteien als der KPC, das Unterbinden von negativen Äußerungen über die UdSSR.⁴⁸⁴

Für diejenigen, die in ihrer Heimat für ihre Ideale gekämpft hatten, war es qualvoll zu sehen, welch billigen Handel ihre Führer abgeschlossen hatten. Nach dem 27. August hatte die CSSR immer noch dieselbe Führung wie eine Woche zuvor, doch war es bloß die Intention der Sowjets, Dubcek dazu zu benutzen, den nationalen Widerstand zu untergraben, um ihn

⁴⁸² Skoug. S. 180

⁴⁸³ Norden. S. 149 ff.

⁴⁸⁴ Schott. S. 66

dann, wenn er nicht mehr gebraucht würde, fallen zu lassen. Genauso wenig hatten sie vor, ihre Truppen abzuziehen.⁴⁸⁵

2.4.4. Medien und Widerstand

Während der sieben Tage spielten Medien eine Schlüsselrolle in der Informationsverbreitung und Koordination des Widerstandes.

In der Nacht vom 20. auf den 21. August fand umgehend eine Sondersitzung des Zentralkomitees statt. Um ein Uhr früh wurde eine Resolution verabschiedet, die die Invasion als widerrechtlich verurteilte. Dieser Beschluss musste umgehend der Bevölkerung mitgeteilt werden. Hierbei spielte der tschechoslowakische Rundfunk eine wichtige Rolle.⁴⁸⁶

Ursprünglich hatten die Parteispitzen der Besatzungsmächte sowie die tschechoslowakischen Kollaborateure geplant, eine moskautreue Regierung einzusetzen. Sie wollten ihre Beweggründe und Sichtweisen über den Rundfunk verbreiten und so die Bevölkerung von der Richtigkeit des Einmarsches überzeugen. Doch als die zuständigen Vertreter der Besatzungsmächte kurz nach Mitternacht das Funkhaus betraten, waren bereits Dutzende Redakteure und Techniker an der Arbeit. Der Sender war zwar auf Befehl des Funktionärs des tschechoslowakischen Rundfunks, Karel Hoffmann, abgeschaltet worden, den Rundfunk per Draht, an dem rund 650.000 Geräte hingen, hatte er aber vergessen. So konnten tausende Menschen gegen zwei Uhr morgens die Erklärung des tschechoslowakischen Zentralkomitees hören (siehe auch Kapitel „Lage und Ereignisse“ am 21. August). Die Sendung der offiziellen Version über die Hintergründe des Einmarsches von den moskautreuen Kommunisten kam danach natürlich nicht mehr in Frage.⁴⁸⁷

Karel Hoffmann, der zuständige Funktionär des tschechoslowakischen Rundfunks, wurde im Juni 2003 für sein Vorgehen zu vier Jahren Haft wegen Amtsmissbrauchs verurteilt, im August 2004 trat er den Strafvollzug an und wurde nach 25 Tagen Haft aus gesundheitlichen Gründen wieder entlassen.⁴⁸⁸

Im Frühjournal des österreichischen Rundfunks am 21. August 1968 berichtete der ORF, dass der tschechoslowakische Rundfunk um zwei Uhr morgens von der Invasion berichtet hatte – die Uhrzeit stimmt somit mit der Literatur überein. Weiters hieß es, dass der Rundfunk um 2 Uhr 41 abgeschaltet worden war und um 5 Uhr 30 wieder sendete. Ab diesem Zeitpunkt gab es immer wieder Unterbrechungen in der Sendetätigkeit.

⁴⁸⁵ Skoug. S. 182 f.

⁴⁸⁶ Radio Prag, 16.08.2003

⁴⁸⁷ Ebd.

⁴⁸⁸ Radio Prag, 06.09.2004

Die sowjetischen Militärs hatten auch Schwierigkeiten, das Funkhaus überhaupt zu finden – darauf war auch die Beschießung des Nationalmuseums auf dem Wenzelsplatz zurückzuführen - offensichtlich hatten die Soldaten es für das Funkhaus gehalten.⁴⁸⁹

Um 7 Uhr 30 erreichten sechs Panzer das Gebäude von Radio Prag. Dort wurden sie von einer großen Menge unbewaffneter Jugendlicher erwartet, die Barrikaden aus Bussen, Autos, LKWs und Straßenbahnwagen errichtet hatten.⁴⁹⁰ Das bestätigte auch Radio Prag.⁴⁹¹

Alleine vor dem Rundfunkgebäude in Prag starben an diesem 21. August 1968 fünfzehn Menschen.⁴⁹²

Radio Prag berichtete indessen in aller Ruhe von seinem eigenen nahenden Niedergang. Es kam zu einer kurzen Unterbrechung der Sendung, doch gelang es den Sowjets aufgrund der Barrikaden erst um neun Uhr das Gebäude zu betreten. Das war aber noch lange nicht das Ende des Rundfunks, denn die Sowjets fanden sich in dem labyrinthartigen Gebäude nicht zurecht, und sympathisierende Sicherheitskräfte ermöglichten dem Radiopersonal durch Hintertüren den Zutritt zu versteckten Büros.⁴⁹³ Radio Prag berichtet, dass es später einigen Technikern gelang, ein improvisiertes Studio im besetzten Gebäude zu errichten aus dem noch bis Mitternacht mehrere Stunden gesendet wurde.⁴⁹⁴

Eine Anekdote: Ein Techniker zog vor den Augen der Okkupanten ein Kabel aus der Wand. Als diese sich damit zufrieden zeigten, steckte er unauffällig selbiges wieder in ein anderes Kabel und die Sendung ging weiter. Ausschlaggebend bei der Beibehaltung des Sendebetriebs war vor allem die Unterstützung durch die tschechoslowakische Polizei und Armee.⁴⁹⁵

Der tschechoslowakische Rundfunk informierte den ganzen ersten Tag lang über den Verlauf der Invasion, veröffentlichte Resolutionen, versuchte, Kontakte zu Politikern herzustellen und rief die Bevölkerung zur Ruhe auf. Schon gegen sechs Uhr früh wurde eine indirekte Erklärung des Parteivorsitzenden Alexander Dubcek gesendet, zwei Stunden später meldete sich Staatspräsident Svoboda über Telefon im Rundfunk zu Wort:

"Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann ich Ihnen nur folgendes mitteilen: Als Präsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik wende ich mich mit der vollen Verantwortung, die ich mit dieser Funktion übernommen habe, an Sie und bitte Sie eindringlich, volle Besonnenheit und völlige Ruhe zu bewahren.

⁴⁸⁹ Grünwald. Löbl. S. 147

⁴⁹⁰ Skoug. S.143

⁴⁹¹ Radio Prag, 16.08.2003

⁴⁹² Radio Prag, 16.08.1998, 21. August 1968 im Tschechoslowakischen Rundfunk.

⁴⁹³ Skoug. S.143

⁴⁹⁴ Radio Prag, 16.08.1998, 21. August 1968 im Tschechoslowakischen Rundfunk.

⁴⁹⁵ Grünwald. Löbl. S. 148

*Seien Sie sich Ihrer Bürgerpflicht und der Interessen unserer Republik bewusst und lassen Sie nicht zu, dass es zu unüberlegten Aktionen kommt.*⁴⁹⁶

Zu einer besonders wichtigen Informationsquelle wurden die Geheimsender, die sich binnen kürzester Zeit in der ganzen Tschechoslowakei bildeten. Bereits fünf Stunden nach Beginn des Einmarsches existierten in der CSSR sieben Geheimsender, nach zwölf Stunden neun: Freies Radio Bratislava (Pressburg), Freies Radio Usti (Aussig), Freies Radio Brno (Brünn), Freies Radio Plzen (Pilsen), Freies Radio Nordböhmen, Freies Radio Budejovice (Budweis), Freies Radio Tschechoslowakei, Freies Radio Dana und Radio Nummer Sieben. Später kam noch Radio Freies Prag dazu.⁴⁹⁷ Im ORF-Morgenjournal des 23. August wird ein Freier Rundfunk Karlsbad erwähnt, im Morgenjournal des 24. ein Freies Radio Westböhmen, im Mittagsjournal des 24. ein Radio Nitra (ob „frei“ oder nicht wird nicht erwähnt) und im Abendjournal des 26. ein Freier Slowakischer Sender Donau. Im Abendjournal des 25. August ist von zwölf freien Rundfunkstationen die Rede.

Im ganzen Land bewegten sich unauffällige LKWs in Wäldern und zu abgelegenen Bauernhöfen – hierbei handelte es sich um fahrbare Rundfunksender, ausgerüstet mit modernster Nachrichtentechnik.⁴⁹⁸

Dass es so rasch möglich war, Geheimsender zu gründen, verdankten die Tschechen eigentlich den Sowjets: Jahrelang hatten sowjetische Untergrundexperten die Tschechen in Geheimarbeit ausgebildet, wie man die Bevölkerung in einem besetzten Gebiet aufwiegt, wie man den Widerstand organisiert, wie man Geheimsender installiert. Diese Fähigkeiten waren ursprünglich für den Fall der Invasion durch Westmächte gedacht, doch ließen sie sich auch bei der Besatzung durch Warschauer-Pakt-Truppen einsetzen.⁴⁹⁹

Auch das Fernsehen arbeitete 24 Stunden am Tag. Studios wurden in Fabriken aufgebaut, auch Polizei und Armee stellten Studios zu Verfügung.⁵⁰⁰

In der Tatsache, dass die Geheimsender eine tragende Rolle in der Koordination des Widerstandes, im Aufruf um Ruhe und in der Warnung vor Verhaftungswellen spielte, gibt es zwischen ORF-Journalen und Literatur keine Abweichungen. Auch, dass die Besatzungstruppen angesprochen wurden, ist unumstritten, genauso wie die Tatsache, dass die Geheimsender die Hauptinformationsquelle für westliche Rundfunkstationen waren und eine große Bedrohung für die Okkupationsmächte darstellten.

Genauso wenig lassen sich neue Details im Widerstand der Bevölkerung in der Literatur finden, die nicht schon viel ausführlicher in den Journalen besprochen wurden. Denn, wie eingangs erwähnt, waren es vor allem die Vorgänge auf den Straßen, die Korrespondenten

⁴⁹⁶ Radio Prag, 16.08.2003

⁴⁹⁷ Norden. S. 144

⁴⁹⁸ Schott. S. 42

⁴⁹⁹ Norden. S. 144

⁵⁰⁰ Schott. S. 52

beobachten und die tschechoslowakischen Rundfunkstationen weitergeben konnten, da Hintergrundinformationen nur in geringem Ausmaß zu haben waren. In der Literatur wird aber auch gelegentlich auftretende Aggression von Seiten der Bevölkerung beschrieben: Panzer wurden mit brennenden Matratzen beworfen, Reservetanks wurden angebohrt, das auslaufende Benzin angezündet, sodass der Panzer völlig ausbrannte. In den Journalen wurde zwar auch von Schießereien, meist nächtlichen Schießereien, berichtet, doch wurde nicht genau geurteilt, von wem diese ausgegangen waren – man nimmt als Hörer aber an, dass die Aggression von den Besetzern ausging. Es wurden auch von Provokationen von Seiten der Bevölkerung gesprochen, der Aufruf von Innenminister Pavel, von Lynchjustiz abzusehen, wurde veröffentlicht, doch lag das Hauptgewicht der Berichterstattung bei friedlichen, aber doch effektiven Aktionen wie Panzerrohre verstopfen, Hakenkreuze malen, die Soldaten in Gespräche verwickeln, Tragen der Nationalfarben, Plakataktionen, Abmontieren und Übermalen der Hausnummern und Straßenschilder, Verweigerung der Verpflegung von Besatzungssoldaten.

In ganz Prag gab es Tische mit Unterschriftenlisten, an Hand derer Dubcek das Vertrauen ausgesprochen wurde. Die Menschen stellten sich in langen Schlangen vor den Tischen an, ein Symbol der Unterstützung.⁵⁰¹

Ein Detail am Rande: Im Morgenjournal des 26. August wurde erwähnt, dass nach Schießereien auf der Straße um 2 Uhr früh vor der amerikanischen Botschaft der Dachstuhl des Gebäudes zu brennen begonnen hatte.⁵⁰² Skoug, der 1968 in der amerikanischen Botschaft arbeitete, schrieb unter anderem, dass das Personal der Botschaft selbst mit einigen freiwilligen Helfern gegen das Feuer kämpfen musste - die Prager Feuerwehr konnte ihnen nur Glück wünschen, denn nach der Ausgangssperre war es ihnen nicht möglich, durch die dunklen Straßen zu fahren: Die Okkupationstruppen hätten ihr Fahrzeug zerstört.⁵⁰³

2.4.5. Das Gewicht der UNO

Die Vorgänge im UNO-Sicherheitsrat in New York wurden in den Journalen sehr detailliert behandelt. Grund dafür war, dass die Medien offen darüber berichteten, und der Korrespondent Rudolf Stoiber während der Debatte zuhören und auch mitschneiden durfte. Daher ergeben sich im Vergleich mit der Literatur keine Geschehnisse, die den ORF-Journalen dieser Zeit verborgen geblieben waren.

⁵⁰¹ Schott. S. 45

⁵⁰² JF-680826-[06]

⁵⁰³ Skoug. S. 171 f.

Lediglich die Gewichtung ist anders: In den ORF-Journalen war die Berichterstattung zum Thema UNO sehr detailliert. Grund dafür war der offene Zugang zu Information, die Tatsache, dass sich Außenminister Hajek in Belgrad befand und auch über Wien nach New York reiste, und vermutlich auch das bessere Zustandekommen einer Telefonleitung mit New York als mit Prag oder Moskau. So wurde dem Thema UNO zusätzliches Gewicht verliehen. In der Literatur haben die Vorgänge in Moskau die größte Bedeutung, dagegen verliert die UNO an Gewicht.

2.4.6. Österreich in der CSSR-Krise

Bundeskanzler Klaus zeigte sich in seiner ersten Ansprache im Morgenjournal nach dem Einmarsch sehr gelassen und erwähnte die Vorkehrungen, die die Regierung getroffen hatte.⁵⁰⁴

Ganz so reibungslos waren die Maßnahmen aber nicht gesetzt worden - es hatte zwei groteske Zwischenfälle gegeben: Zum einen hatte der Bundeskanzler keinen Telefonanschluss in seinem Haus in Wolfpassing in Niederösterreich. Somit musste der diensthabende Sekretär mit dem Auto nach Wolfpassing fahren, um den Bundeskanzler zu wecken und zu informieren. Fazit: Seither wurde ein Funktelefon bei allen wichtigen Politikern installiert. Der zweite Zwischenfall betraf die Bereitmachung der Bundesheereinheiten. Diese waren zwar schon in der Nacht alarmiert worden, marschierten aber erst mit zehnständiger Verspätung ab.

Der Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen kam für Österreich nicht überraschend. Im Verteidigungsministerium hatte man die Truppenbewegungen an den tschechoslowakischen Grenzen längst wahrgenommen und an die politischen Instanzen weitergegeben. Die Einsatzbefehle für Zollwache, Gendarmerie und Bundesheer waren schon Ende Mai, Anfang Juni in die Panzerschränke gelegt worden. Auch die Entwürfe für die Rundfunk- und Fernsehansprachen des Bundeskanzlers und des Verteidigungsministers lagen bereit.

Allgemein zeigte man sich innenpolitisch einig – selbst die Opposition verhielt sich wohlwollend. Die einzige moderate Kritik stammte von dem SPÖ-Vorsitzenden Kreisky, der anmerkte, dass die Regierung zu „zurückhaltend“ reagiert hätte „und sich vor allem sowjetischen Pressionsversuchen gegenüber als zu nachsichtig gezeigt“ hätte. Alles in allem war die CSSR-Krise die schwierigste außenpolitische Situation für Österreich seit dem Ungarn-Aufstand 1956. Langzeitfolgen waren die Aufdeckung von Ungereimtheiten im

⁵⁰⁴ JF-680821-[03]

österreichischen und tschechischen Nachrichtendienst. Es folgten Gerichtsfälle wie Euler und Ableitinger, denen Spionage vorgeworfen wurde.⁵⁰⁵

⁵⁰⁵ Vodopivec, S. 105 f.

3. Der Rückschritt in die Normalität – Eine Übersicht

Die Sowjets zogen ihre Truppen aus den Straßen zurück, stationierten sie aber vermehrt in den unauffälligeren Bereitstellungsräumen. Ende August waren 650.000 Warschauer-Pakt-Soldaten auf tschechoslowakischem Boden stationiert. Weiters kamen 900 Geheimdienstexperten mit Tschechoslowakischkenntnissen und überwachten Ministerien, Armee, Polizei, Grenzbüros und Medienanstalten. So viel zur Nichteinmischung in innere Angelegenheiten.⁵⁰⁶

In den ersten Monaten nach dem Einmarsch verließen mehrere zehntausend Menschen die Tschechoslowakei, vor allem Künstler, Intellektuelle, Wissenschaftler und Journalisten.⁵⁰⁷

3.1. Medien

Schon am 29. August stellte der letzte Geheimsender seinen Betrieb ein, am 30. wurde die Pressezensur wieder eingeführt. Verboten war die Kritik an jedem Warschauer-Pakt-Staat oder wichtigen Persönlichkeiten dieser Länder, verboten war die Polemik gegen Sozialismus, Marxismus, Leninismus, verboten war die Diffamierung der fremden Truppen – Worte wie Okkupation und Invasion gab es von dieser Seite her nicht mehr. Alle Fragen der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik mussten zuerst von Moskau akzeptiert werden, bevor sie in der CSSR veröffentlicht werden konnten. Staatsgeheimnisse, die in einer Liste zusammengefasst wurden, durften nicht veröffentlicht werden.⁵⁰⁸

3.2. Zeittafel

31. August: Bei der Tagung des Zentralkomitees löste Josef Pelnar Innenminister Pavel in seiner Funktion ab.⁵⁰⁹

1. September: Es tagte das Zentralkomitee. Der 14. Parteitag von Vysocany wurde für ungültig erklärt, weiters wurde ein neues Parteipräsidium gewählt, diesmal mit 21 statt 11 Mitgliedern. Alle am 21. August verhafteten Personen erhielten einen Platz, außer Frantisek Kriegel; von den so genannten Kollaborateuren wurde nur Vasil Bilak angenommen und das

⁵⁰⁶ Schott. S. 72

⁵⁰⁷ Ders. S. 79

⁵⁰⁸ Ders. S. 72

⁵⁰⁹ Kun, Miklos. S. xii

nur auf Druck von Seiten Breschnews. Neue Mitglieder waren auch Präsident Svoboda und der neu gewählte erste Sekretär der slowakischen KP, Gustav Husak.⁵¹⁰

12. September: Dubcek verkündete, dass die tschechoslowakische Führung das Moskauer Protokoll akzeptiere, jedoch nicht zur Politik vor dem Jänner 1968 zurückkehren würde.⁵¹¹

19. September: Außenminister Hajek musste zurücktreten.

3./4. Oktober: In Moskau verhandelten Dubcek, Cernik und Husak vergeblich über den Truppenabzug. Die „Normalisierung“ war aus Sicht der Sowjets noch zu wenig fortgeschritten. Außerdem hieß es, dass in näherer Zukunft kein Parteitag möglich wäre, dass das Aktionsprogramm in seinen Ansätzen falsch gewesen wäre und weitere Mitglieder, wie Zdenek Mlynar, aus ihren Ämtern entlassen werden müssten.⁵¹²

16. Oktober: Es wurde ein Vertrag über die zeitweilige Stationierung sowjetischer Truppen unterzeichnet, die Truppen der anderen vier Warschauer-Pakt-Staaten sollten abgezogen werden, 100.000 Sowjetsoldaten sollten aber bleiben.⁵¹³

27. Oktober: Die Nationalversammlung verabschiedete ein Verfassungsgesetz zur Gründung einer tschechischen und slowakischen Föderation.⁵¹⁴

7. November: Die kommunistischen Hardliner feiern in Prag den Jahrestag der Oktoberrevolution. Gleichzeitig halten die reformorientierten Kräfte landesweit Demonstrationen ab, fast 200 Demonstranten wurden verhaftet.⁵¹⁵

14. – 17. November: Bei der Tagung des Zentralkomitees wurde das Aktionsprogramm von April 1968 endgültig annulliert. Zdenek Mlynar bat offiziell um die Entlassung aus allen Parteiämtern.⁵¹⁶ Insgesamt kam es hier zu einer fast kompletten Abkehr vom großen Reformkonzept.⁵¹⁷

1. Jänner 1969: Die Tschechoslowakei wurde zur Föderation mit Svoboda als Präsidenten und Cernik als Ministerpräsidenten der ersten föderalen Regierung.⁵¹⁸ Dies war das einzige Erbe aus der Reformzeit.⁵¹⁹

7. Jänner 1969: Josef Smrkovsky trat – angeblich auf eigenen Wunsch – als Präsident der Nationalversammlung, die nun Bundesversammlung hieß, zurück.⁵²⁰

16. Jänner 1969: Der 21-jährige Kunststudent Jan Palach verbrannte sich aus Protest gegen die Okkupation und die Wiedereinführung der Zensur auf dem Wenzelsplatz vor dem

⁵¹⁰ Schott. S. 75

⁵¹¹ Kun, Miklos. S. xii

⁵¹² Schott. S. 76

⁵¹³ Ders. S. 78

⁵¹⁴ Ebd. S. 78

⁵¹⁵ Kun, Miklos. S. xii

⁵¹⁶ Schott. S. 78

⁵¹⁷ Hoensch. S. 174

⁵¹⁸ Kun, Miklos. S. xiii

⁵¹⁹ Hoensch. S. 175

⁵²⁰ Schott. S. 80

Nationalmuseum. Er starb drei Tage später.⁵²¹ Das löste eine neue Welle von Demonstrationen aus,⁵²² 150.000 Menschen versammelten sich zu seinem Begräbnis in Prag.⁵²³

25. Jänner 1969: An einer friedlichen Trauermesse nahmen über 500.000 Menschen teil.⁵²⁴

21. – 28. März 1969: Das tschechoslowakische Nationalteam schlug das sowjetische Team bei den Eishockey-Weltmeisterschaften in Stockholm. Die Siegesfeier in Prag und in anderen Städten wurden beiderseitig vom Staatssicherheitsdienst genutzt, um Zwischenfälle zu provozieren. Kämpfe brachen aus.⁵²⁵

31. März 1969: Der sowjetische Marschall Gretschko und der stellvertretende Außenminister Semyonov kamen unerwartet in Prag an und forderten härtere Maßnahmen gegen konterrevolutionäre Elemente. Zeitgleich trafen weitere sowjetische Elitetruppen in der CSSR ein.⁵²⁶

6. April 1969: Die sowjetischen Soldaten werden gegen das Abkommen vom 16. Oktober 1968 um 30.000 Mann verstärkt.⁵²⁷

13. April 1969: Dubcek wurde angeordnet, eine Rede vor dem Plenum des Zentralkomitees zu halten und darin die Intervention nachträglich zu rechtfertigen, die Hauptschuld den Medien in die Schuhe zu schieben und die Säuberung der KPC von reformerischen Kräften zu fordern. Doch Dubcek konnte diesen Standpunkt nicht vertreten.⁵²⁸

17. April 1969: Das ZK-Plenum zwang Alexander Dubcek zum Rücktritt, neuer erster Sekretär wurde Gustav Husák. Das neue Präsidium des ZKs bestand aus Husák, Dubcek, Svoboda, Strougal, Bilak, Cernik, Colotka, Erban, Polacek, Sadovsky und Piller.⁵²⁹ Gustav Husák wurde mit 87,6% der Stimmen zum neuen ersten Sekretär gewählt.⁵³⁰ Am selben Tag wurden alle im August 1968 der Kollaboration bezichtigten Partefunktionäre rehabilitiert.⁵³¹

21. August 1969: Zum ersten Jahrestag der Intervention kam es trotz verstärkten Polizei- und Militäreinsatzes zu Demonstrationen. Ministerpräsident Cernik zögerte nicht, Panzer einzusetzen – es gab fünf Tote, über 3.000 Personen wurden verletzt.⁵³²

Ab August 1969 verschärfte sich der innenpolitische Kurs in der CSSR. Die Reformer, die ihre Position noch nicht verloren hatten, wurden aus allen Spitzenfunktionen abberufen und oft auch aus der Partei ausgeschlossen. Nach 1969 kamen 350.000 Genossen einem

⁵²¹ Kun, Miklos. S. xiii

⁵²² Schott. S. 80

⁵²³ www.medienladen-ev.de

⁵²⁴ Hoensch. S. 176

⁵²⁵ Kun, Miklos. S. xiii

⁵²⁶ Ebd.

⁵²⁷ Schott. S. 82

⁵²⁸ Ders. S. 83

⁵²⁹ Kun, Miklos. S. xiii

⁵³⁰ Schott. S. 83

⁵³¹ Hoensch. S. 176

⁵³² Schott. S. 85

Ausschlussverfahren zuvor, indem sie ihre Parteibücher zurückgaben. Um die Abwanderung qualifizierter Kräfte in den Westen zu verhindern, wurde der Reiseverkehr verstärkt kontrolliert. Parteichef Husak musste sich auch einer Regierungsumbildung fügen: Sein größter Rivale, der ehemalige stellvertretende Ministerpräsident Lubomir Strougal, löste Ende Jänner 1970 Oldrich Cernik als Ministerpräsident ab, der ehemalige Premier der Novotny-Ära, J. Lenart, wurde Parteichef der slowakischen KP. In den Jahren 1969/1970 war die Zahl der sowjetischen Berater in der CSSR im Vergleich zu 1967 um 300% angestiegen.⁵³³ Später musste Husak, selbst Slowake und einer der glühendsten Verfechter der Föderalisierung, einschneidenden Maßnahmen zur Rezentralisierung zustimmen.⁵³⁴

September/Oktober 1969: Ausschluss Dubceks aus dem Parteipräsidium, Ausschluss Mlynars aus dem Zentralkomitee, Ausschluss Pavels und Siks aus der Partei.⁵³⁵

1971: Alois Indra wurde Vorsitzender der Föderalversammlung (ehemals Nationalversammlung).⁵³⁶

25. – 29. Mai 1971: Der 14. Parteitag wurde abgehalten, der außerordentliche 14. Parteitag vom August 1968 wurde als illegal bezeichnet.⁵³⁷

26. – 27. November: Parlamentswahlen wurden durchgeführt.⁵³⁸

Herbst 1971: Die Verfolgung politischer Gegner wurde verschärft, im Jänner und Februar 1972 wurden einige hundert Personen verhaftet.⁵³⁹

April 1973: Der Sowjetbotschafter Cervonenko wurde abberufen, was als Anzeichen für eine Verbesserung der Lage gewertet werden konnte.⁵⁴⁰

1975: Präsident Svoboda trat aus Gesundheitsgründen zurück, der erste Sekretär Gustav Husak übernahm das Amt und somit wurden erstmals wieder die beiden wichtigsten Ämter in einer Person vereinigt, wie es schon unter Novotny der Fall war.⁵⁴¹

1977: Es wurde das Manifest „Charta 77“ veröffentlicht, von Intellektuellen, Künstlern wie Vaclav Havel, ehemaligen Politikern wie Jiri Hajek oder Zdenek Mlynar. Darin wurde die Einhaltung der Menschenrechte und der demokratischen Grundfreiheiten gefordert. Die Antwort darauf von Seiten des Staates war eine Durchsuchungs- und Verhaftungswelle. Endlich war die „Normalisierung“ vollendet.⁵⁴²

⁵³³ Hoensch. S. 177 ff.

⁵³⁴ Ders. S. 180

⁵³⁵ Schott. S. 85

⁵³⁶ Ders. S. 86

⁵³⁷ Hoensch. S. 180

⁵³⁸ Ebd.

⁵³⁹ Ders. S. 181

⁵⁴⁰ Ders. S. 183

⁵⁴¹ Schott. S. 86

⁵⁴² Ebd.

3.3. Einzelschicksale

Oldrich Cernik: Er wurde Ende Jänner 1970 von Lubomir Strougal als Ministerpräsident abgelöst,⁵⁴³ später im selben Jahr kam der Parteiausschluss.⁵⁴⁴

Alexander Dubcek: Im November 1968 wurde er zum Mitglied des Exekutivkomitees des ZK-Präsidiums der KSC ernannt, im Dezember bekam er die Verantwortung für die Parteiorganisation in den Streitkräften und im Jänner 1969 wurde er ins Präsidium der Bundesversammlung und zum Vorsitzenden des Verteidigungsrates gewählt.⁵⁴⁵ Am 17. April 1969 wurde Dubcek vom ZK-Plenum als erster Sekretär abgewählt, sein Nachfolger wurde Gustav Husak.⁵⁴⁶ Er wurde auf den einflusslosen Posten des Bundesparlamentspräsidenten abgeschoben.⁵⁴⁷ Im September 1969 wurde er aus dem Parteipräsidium ausgeschlossen, im Oktober 1969 wurde er zum Botschafter in der Türkei ernannt.⁵⁴⁹ Am 25. Mai 1970 wurde ihm auch noch die Parteimitgliedschaft entzogen, und er wurde von seinem Botschafterposten in Ankara abberufen.⁵⁵⁰ Er stand daraufhin unter Hausarrest und war in der Forstverwaltung beschäftigt.⁵⁵¹ Er arbeitete bis zu seiner Pensionierung als Aufseher eines Fuhrparks der Waldarbeiter in einem Forstbetrieb in Bratislava, abgeschirmt von der Öffentlichkeit durch den Sicherheitsdienst. Im März 1992 trat er der Sozialdemokratischen Partei der Slowakei (SDSS) bei, deren Vorsitz er im Juni übernahm. Im September hatte er mit seinem Dienstwagen einen schweren Unfall und erlag den Verletzungen am 7. November 1992.⁵⁵²

Jiri Hajek: Der Außenminister musste am 19. September 1968 zurücktreten.⁵⁵³ Bis 1972 arbeitete er im Historischen Institut der tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaft, dann wurde er in den Ruhestand gezwungen, von 1990 bis 1992 fungierte er als Berater von Alexander Dubcek.⁵⁵⁴

Zdenek Mlynar: Er trat Mitte November 1968 von allen Parteiämtern zurück, nachdem ihm Dubcek in einem Gespräch die Forderung Moskaus nach Mlynars Rücktritt mitgeteilt hatte. Danach war er im Nationalmuseum in der Abteilung Insektenkunde beschäftigt.⁵⁵⁵ Im September 1969 wurde er aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen, 1970 aus der Partei. Da er zu den Initiatoren der „Charta 77“ gehörte, wurde er gekündigt und unter Hausarrest

⁵⁴³ Hoensch. S. 180

⁵⁴⁴ Schott. S. 86

⁵⁴⁵ www.dhm.de

⁵⁴⁶ Schott. S. 83

⁵⁴⁷ www.dhm.de

⁵⁴⁸ Schott. S. 85

⁵⁴⁹ www.dhm.de

⁵⁵⁰ Hoensch. S. 179

⁵⁵¹ Schott. S. 86

⁵⁵² www.dhm.de

⁵⁵³ Schott. S. 76

⁵⁵⁴ en.wikipedia.org

⁵⁵⁵ Schott. S. 78 f.

gestellt. Schließlich emigrierte er nach Österreich und arbeitete dort als Politikwissenschaftler.⁵⁵⁶ Er habilitierte sich für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck, und nach Gastprofessuren wurde er 1989 an dieser Universität auch Professor. Er starb am 15. 11. 1997.⁵⁵⁷

Josef Pavel: Der Innenminister trat am 31. August 1968 zurück,⁵⁵⁸ sein Stellvertreter, Oberstleutnant Viliam Salgovic, der eine pro-sowjetische Haltung eingenommen hatte, beging 1990 Selbstmord.⁵⁵⁹

Jiri Pelikan: Am 17. September 1968 wurde er als Direktor des tschechoslowakischen Fernsehens entlassen.⁵⁶⁰

Ota Sik: Ihm wurde nicht nur von Freunden, sondern auch von Seiten des Präsidenten Svoboda nahe gelegt, nicht nach Prag zurückzukehren, sondern in Jugoslawien zu bleiben. Sik sollte zum Hauptschuldigen der Konterrevolution gemacht werden. Auch seine Frau durfte nur dann nach Prag zurückkehren, um private Gegenstände und Kleidungsstücke zu holen, wenn ihr Mann zuerst von seiner Regierungsfunktion abdankte.⁵⁶¹ Am 2. September 1968 wird er des Amtes des stellvertretenden Premierministers enthoben.⁵⁶² Im Mai 1969 verlor er seinen Sitz im Zentralkomitee, der Parteausschluß erfolgte im Oktober 1969.⁵⁶³ Schon im Oktober 1968 war er in die Schweiz emigriert, 1970 wurde er Professor an der Universität von St. Gallen und behielt diesen Posten bis 1990. Er starb am 22. August 2004.⁵⁶⁴

Josef Smrkovsky: Am 7. Dezember 1968 gab es ein Treffen zwischen der tschechoslowakischen und sowjetischen Führungsspitze in Kiew, Smrkovsky durfte von Seiten Moskaus nicht teilnehmen. Am 7. Jänner 1969 trat er, angeblich freiwillig, als Präsident der Nationalversammlung zurück und wurde Präsident der tschechischen Volkskammer.⁵⁶⁵ Der Parteausschluß folgte 1970. Smrkovsky starb 1974 ohne je aufgehört zu haben, die „Normalisierung“ zu kritisieren. Er durfte nicht in Prag beerdigt werden.⁵⁶⁶

⁵⁵⁶ Ders. S. 85 f.

⁵⁵⁷ info.uibk.ac.at

⁵⁵⁸ Kun, Miklos. S. xii

⁵⁵⁹ Schott. S. 75

⁵⁶⁰ Kun, Miklos. S. xii

⁵⁶¹ Schott. S. 74

⁵⁶² Kun, Miklos. S. xii

⁵⁶³ Schott. S. 85

⁵⁶⁴ ota-sikbiography.ms

⁵⁶⁵ Schott. S. 79 f.

⁵⁶⁶ Ders. S. 86

LITERATUR

Bücher:

Andics, Hellmut. Ergert, Viktor. Kriechbaumer, Robert. 50 Jahre Rundfunk in Österreich. Band IV: 1967-1974. Salzburg und Wien 1985.

Bertleff, Erich. Mit bloßen Händen. Der einsame Kampf der Tschechen und Slowaken 1968. Wien-München-Zürich 1968.

Dubcek, Alexander. Leben für die Freiheit. München 1993.

Grünwald, Leopold. Löbl, Eugen. Die intellektuelle Revolution. Hintergründe und Auswirkungen des Prager Frühlings. Wien 1969.

Hoensch, Jörg K. Geschichte der Tschechoslowakei. Stuttgart-Berlin-Köln 1992.

Kun, Miklos. Prague Spring – Prague Fall. Blank Spots of 1968. Budapest 1999.

Norden, Peter (Hg.). Prag, 21. August ... Revolution, Intervention, Invasion. München 1968.

Schott, Harald. Worte gegen Panzer. Der Prager Frühling 1968. Recklinghausen 1991.

Skoug, Kenneth N., Jr. Czechoslovakia's lost fight for freedom 1967-1969. Westport, Connecticut 1999.

Vodopivec, Alexander. Der verspielte Ballhausplatz. Vom schwarzen zum roten Österreich. Wien 1970.

Williams, Kieran. The Prague Spring and its aftermath. Czechoslovak politics, 1968-1970. Cambridge University Press 1997.

Internetlinks:

Radio Prag (nach Datum geordnet):

(16.08.1998): The intervention, Radio Prague, <http://www.radio.cz/print/en/44258>

(16.08.1998): 21. August 1968 im Tschechoslowakischen Rundfunk, Radio Prague, <http://www.radio.cz/print/en/44245>

(17.08.1998): Events leading up to the Warsaw Pact intervention of August 1968, Radio Prague, <http://www.radio.cz/print/en/44257>

(18.08.1998): Kurzer Rückblick auf jene Geschehnisse, die dieser nicht nur tschechischen Geschichte vorausgegangen waren, Radio Prague, <http://www.radio.cz/print/en/44246>

Vaughan, David (10.08.2003): Dubcek and Brezhnev: the last conversation, Radio Prague, <http://www.radio.cz/print/en/43912>

Bock, Katrin (16.08.2003): Der 21. August 1968 und der Tschechoslowakische Rundfunk, Radio Prague, <http://www.radio.cz/print/en/44069>

Martin, Lothar (06.09.2004): Ex-Politiker Hoffmann nach nur 25 Tagen Haft wieder auf freiem Fuß, Radio Prague, <http://www.radio.cz/print/en/57872>

Andere:

APA-Dossier AHD0001 5 AA. Der Prager Frühling.

<http://www.cnn.com/SPECIALS/cold.war/episodes/14/documents/letter/>

Alexander Dubcek.

<http://www.dhm.de/lemo/html/biografien/DubcekAlexander/>

Jiri Hajek.

<http://en.wikipedia.org/wiki/J%C5%99%C3%AD%C3%A1jek>

Sieben Tage in Prag (1968).

http://www.friedenspaedagogik.de/themen/gewaltfr/aktionen/aktio_05.htm

Institut für Politikwissenschaft: Zdenek Mlynar – Wider den Strom

<http://info.uibk.ac.at/c/c4/c402/per/mlzd.html>

Prager Frühling

http://lexikon.freenet.de/Prager_Fr%C3%BChling

Der Prager Frühling

<http://www.kssursee.ch/schuelerweb/kalter-krieg/entspannung/prag.htm>

Das gewaltsame Ende des Prager Frühlings

<http://www.medienladen-ev.de/filme/zeitungen2.pdf>

<http://ota-sik.biography.ms/>